

Erkennen

Erhalten

Erweitern

## Die Karl-Marx-Allee in Berlin



HafenCity Universität Hamburg  
Stadtplanung  
Lehrstuhl : Städtebau und Quartiersentwicklung

Bachelorarbeit:  
Erkennen, Erhalten, Erweitern -  
Die Karl-Marx-Allee in Berlin  
Charlotte Kaulen

Betreuer:  
Prof. Dr. Michael Koch  
Zweitbetreuerin:  
Reneé Tribble

April 2012

# Inhaltsverzeichnis

Exposé	4-5
Methodik	6-8
Erkennen - Kapitel 1	
1.1 modernes Bauen in der DDR im internationalen Kontext	10-13
1.2. Auf der Suche nach neuen Leitlinien - der sozialistische Wohnkomplex	14-17
1.3 Der Wettbewerb	18-22
1.4. Realisierung des Entwurfs	23-33
Erhalten - Kapitel 2	
2.1. Ein Planwerk teilt die Gemüter	36-39
2.2 Die Karl-Marx-Allee im "Planwerk Innenstadt"	40-45
2.3 Neue Planungen als Chance	46-50
Zwischenfazit	52-53
Erweitern - Kapitel 3	
3.1 Städtebauliche Analyse	56-79
3.2 Modellstudie	80-94
Fazit	96-97
Endnoten	101
Abbildungsverzeichnis	101-103
Quellen	104-105

## Exposé

Die Karl-Marx-Allee in Berlin ist eine innerstädtische Hauptstraße, die östlich vom Frankfurter Tor zum Alexanderplatz hin verläuft. Dabei durchquert sie die Stadtteile Friedrichshain und Berlin Mitte.

Die Karl-Marx-Allee ist eine geschichtsträchtige Straße: Nach der Teilung Berlins 1949 lag diese im Stadtgebiet Ostberlins und sollte hier als Aufmarsch- und Paradestraße ausgebaut werden. Es war genau hier, wo die Aufmärsche des 17. Junis 1953 oder die Parade der vom Mauerbau zurückgekehrten Soldaten 1961 stattfand. Die ursprünglich benannte „große Frankfurter Straße“ wurde 1949 zur „Stalinallee“ umbenannt, 1961 bekam sie ihren heutigen Namen „Karl-Marx-Allee“.

Die Karl-Marx-Allee zeichnet sich durch zwei baulich unterschiedliche Teilabschnitte aus: der zuerst gebaute Abschnitt der Karl-Marx-Allee vom Frankfurter Tor bis zum Straußberger Platz wurde in der Architektur des sozialistischen Klassizismus gebaut. Der zweite Bauabschnitt vom Straußberger Platz bis zum Alexanderplatz wurde nur einige Jahre später in industrieller Herstellungswiese gebaut. Der Wohnkomplex war nicht nur eine technische Bauinnovation sondern markierte ebenso als erster „sozialistische Wohnkomplex“ die neuen städtebaulichen Leitlinien in der DDR. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands galt es Berlin nach 40-jähriger Teilung planerisch wieder zusammen zuführen. 1996- 1999 wurde hierfür das „Planwerk Innenstadt“ als städtebauliches Leitbild vom Berliner Senat erarbeitet, in dessen Planungsgebiet auch der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee lag. Die Entstehung des Planwerks Innenstadt war von einer kontrovers geführten Diskussion über die zukünftige Stadtgestalt Berlins begleitet, bei der besonders der Umgang mit

dem baulichen Erbe der DDR zum Konfliktpunkt wurde. Im Erstentwurf des Planwerks war das Wohngebiet mit Umbaumaßnahmen abgebildet, die anstelle an die bestehende Struktur anzuknüpfen sich auf die historische Stadtstruktur der ehemaligen Königstadt Berlin bezogen. Die vom Senat aufgestellten Pläne stießen auf großen Widerstand bei dem Bezirk Mitte sowie den Einwohnern des Gebiets, die keine identitätsfremden Umbaumaßnahmen für den Bauabschnitt erstrebten. Der Bezirk Mitte beauftragte daher 1996 das Architekturbüro MBHS ein Gutachten zu erstellen, welches Nachverdichtungen innerhalb des Gebiets im Sinne seiner Struktur erarbeiten sollte. Es sollten noch drei Jahre der intensiven Diskussion vergehen, bis das Planwerk Innenstadt 1999 verabschiedet wurde. Bis heute sind keine im Planwerk abgebildeten Neubauprojekte innerhalb des zweiten Bauabschnitts realisiert worden. Auf Grund von vorliegenden Bauanfragen hat der Bezirk Mitte 2010 den Beschluss zur Planaufstellung für zwei Bebauungspläne für das Wohngebiet gefasst. 2011 fand hierfür ein Expertenworkshop statt, der die Grundlagen für die Bebauungspläne erarbeiten sollte. Als Ergebnis des Workshops ist der sogenannte „Konsensplan“ hervorgegangen. Der Konsensplan – dessen Name schon selbsterklärend ist - ist in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit von Bezirk, Senat und Experten erarbeitet worden, und beruht auf der Übereinstimmung der Erhaltung des Gebiets. Im Plan sind konkrete Konzepte für die Erweiterung einzelner Teilbereiche des Gebiets abgebildet. Neben den Konzepten für diese Gebiete sind auch Flächen für weitere Verdichtungen ausgewiesen, sogenannte Potentialflächen, für die noch keine Konzepte entwickelt worden. Ende 2011 wurde auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung

ein erster Entwurf des Bebauungsplans der Öffentlichkeit vorgestellt.

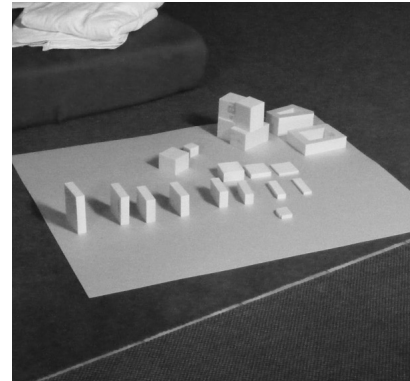
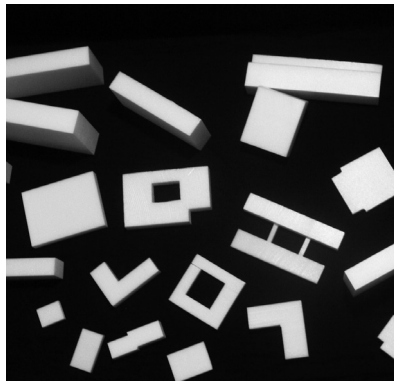
In meiner Bachelorarbeit werde ich mich mit dem zweiten Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee beschäftigen. Ich möchte an den aktuellen Planungsstand anknüpfen und in einer Modellstudie Entwurfsvarianten für die im Konsensplan dargestellten Potentialflächen finden.

Im ersten Teil meiner Arbeit beschäftige ich mich ausgiebig mit der Entstehung des Gebiets. Ich erachte die historischen Entstehungshintergründe als wichtigen Teil der Arbeit, da sie mir Auskünfte über Zeitgeist und Intentionen der Planverfasser geben können. Ebenso denke ich, dass die Einordnung des Gebiets in seinen historischen Kontext mir Aufschluss über die heutige Gestalt des Wohnkomplexes geben kann.

Im zweiten Teil der Arbeit sollen die Diskussionen um den zweiten Bauabschnitt nach der Wende bis zum heutigen Planungsstand verfolgt werden. Ich möchte die Schwerpunkte der vergangenen und aktuellen Diskussionen herausstellen und sehen, welche Anforderungen an den heutigen Planungsstand gestellt werden.

Im letzten Teil der Arbeit beschäftige ich mich mit den Potentialflächen des Konsensplans. Ziel soll es sein, Entwurfsvarianten zu finden, die die Struktur des Gebiets erhalten und weiterführen und sich ebenso in ihr städtebauliches Umfeld einfügen. Als Methodik dienen hierfür eine städtebauliche Analyse sowie eine Modellstudie.

## Methodik



Um einen ersten Überblick über das Baugebiet zu erhalten, habe ich eine zunächst eine breite Literatur- bzw. Internetrecherche durchgeführt. In der Literatur wird sehr umfangreich der Entstehungsprozess des ersten Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee beschrieben, dagegen fällt der der Umfang der Literatur über den zweiten Abschnitt geringer aus. Es stellte sich mir die Frage, ob der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee als jüngerer Teil der Geschichte nicht oft zum Studienprojekt geworden ist oder ob diese Tatsache auf unterschiedlichen Wertschätzungen der Baugebiete beruht.

Die ersten Internetrecherchen zeigten mir, dass der 2. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee seit der Wende im Rahmen des „Planwerks Innenstadt“ viel diskutiert wurde. Die Frage nach Berlins zukünftiger Stadtgestalt bzw. der Umgang mit dem baulichen Erbe der DDR rückte dabei in den Mittelpunkt der Kontroversen.

Seit 2010 hat der Bezirk Mitte ein Planaufstellungsverfahren eingeleitet. Im Sommer 2011 fand unter Leitung des Berliner Planungsbüros „Stadt, Land, Fluss“ ein Workshop für den zweiten Bauabschnitt der Karl Marx Allee statt, in dem der Konsensplan erarbeitet wurde.

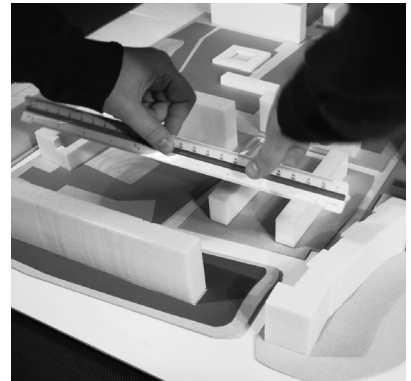
Zur weiteren Recherche kontaktierte ich Herrn Steven Miller und Herrn Christian Voigt, beide Teilhaber des Büros „Stadt, Land, Fluss“. Herr Miller und Herr Voigt waren sofort bereit, sich mit mir zu treffen. Aus dem Expertengespräch konnte ich zunächst detaillierte Informationen über den Workshop sowie den aktuellen Planungsbestand entnehmen. Herr Miller und Herr Voigt betonten immer wieder, dass der Konsensplan - wie der Name schon sagt - erstmalig in Zusammenarbeit von Bezirk und Senat erarbeitet worden war. Fre-

undlicherweise stellten die Experten mir die Dokumentation des Workshops sowie weitere Materialien zur Bearbeitung zur Verfügung.

Im Dezember 2011 fand im Zuge des Bebauungsplanverfahrens eine Bürgerinformationsveranstaltung statt, bei der der Konsensplan der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Veranstaltung war rege besucht, besonders die Bewohner des Wohnkomplexes waren zahlreich erschienen. Vor Ort hatte ich die Möglichkeit, mich mit Bürgern zu unterhalten und die Entwicklung der Planungsdiskussion der letzten 15 Jahre aus der Perspektive von Planungsbetroffenen zu hören. Die Präsentation des Konsensplans stieß auf eine breite Zustimmung bei den Zuhörern, die sich ihren Äußerungen nach schon fast erleichtert über den aktuellen Entwurf zeigten. Die Informationsveranstaltung ließ mich erahnen, wie emotional die Diskussion über die Planungen der KMA in der Vergangenheit geführt worden war.

Im nächsten Schritt kontaktierte ich Herrn Peter Meyer, Architekturbüro MBHS in Berlin, der 1996 in einem Co-Gutachten einen Gegenentwurf zum Planwerk Innenstadt für den zweiten Bauabschnitt

erarbeitet hatte. Von dem Expertengespräch erhoffte ich mir Informationen über die vergangene Diskussion von 1996 zu erhalten. Das Expertengespräch gab mir Aufschluss über die in der Vergangenheit sich gegenüberstehenden Positionen von Bezirk und Senat sowie verwaltungsinterne Streitpunkte. Das Gespräch ließ mich feststellen, dass sich die Schwerpunkte der Planungsdiskussion von 1996 bis heute verändert hatten. Während zuvor der Senat den Städtebau der 60er Jahre der DDR in Frage gestellt hatte, herrscht heute ein allgemeiner Konsens über den



Erhalt des Wohngebiets. Heute gilt es, eine gesteuerte Entwicklung des Bauabschnitts im Sinne seiner Struktur planungsrechtlich zu binden. Auch Herr Meyer stellte mir Materialien wie das Co-Gutachten aus dem Jahr 1996 zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung.

Als nächstes entschloss ich mich, eine breite Recherche über die Entstehungsgeschichte des zweiten Bauabschnitts durchzuführen. Ich erhoffte mir dadurch, das heutige Erscheinungsbild des Wohnkomplexes sowie den Zeitgeist seines Entstehungsprozesses besser verstehen zu können. Ich wollte auch herausfinden, ob die geringe Wertschätzung des Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee in der vergangenen Diskussion auf bauliche, strukturelle Defizite zurückzuführen ist.

In der weiteren Recherche verfolgte ich den Planungsverlauf um den zweiten Bauabschnitt nach der Wende bis zum heutigen Konsensplan.

Die Bereitschaft der Experten, sich mit mir zu treffen, sowie die öffentliche Informationsveranstaltung verdeutlichten mir die Aktualität der Planungsdiskussionen um das Wohngebiet. Ich habe mich daher dazu entschlossen, mit meiner Bachelorarbeit an die aktuellen Planungen anzuknüpfen. Im Konsensplan sind neben konkreten Entwürfen für das Baugebiet Potentialflächen ausgewiesen, die für eine weitere bauliche Verdichtung in Frage kommen. Ich habe mir das Ziel gesetzt, Bebauungsvorschläge für die Potentialflächen zu erarbeiten, die sich bestmöglich in die Struktur des Wohngebiets einfügen.

Als Methodik habe ich mich für eine Modellstudie entschieden. Das Arbeiten am Modell bietet gegenüber der zeichnerischen oder computeranimierten Darstellung viele Vorteile<sup>1</sup>: Das Modell als Abstraktion der Wirklichkeit ist eine reduzierte

Darstellung. Es kann durch die Wahl der Materialien sowie durch seinen Maßstab wichtige Aspekte für die Untersuchung gezielt herausstellen. Der Betrachter kann durch die plastische Darstellung räumliche Gegebenheiten schnell erfassen und sich seinen Betrachtungswinkel frei wählen. Die Modellstudie an sich bietet dem Arbeitenden die Möglichkeit, viele Entwurfsvarianten auszutesten. Das Modell bot mir ebenso die Möglichkeit, einzelne Arbeitsschritte fotografisch zu dokumentieren.

Charakteristisch für den zweiten Bauabschnitt der KMA ist die hohe Bebauung sowie die Anordnung seiner Gebäude. Aus diesen Gründen habe ich mich für den Bau eines Modells mit Styrodur entschieden, das die Baustruktur und das Bauvolumen des Wohngebiets wiedergeben soll. Zunächst begann ich ein Modell im Maßstab 1:1000 für das gesamte Gebiet zu bauen, stellte aber bald schon fest, dass die ausgewiesenen Potentialflächen auf Grund ihrer kleinen Fläche einen größeren Maßstab der Bearbeitung erfordern. In einem fast schon architektonischen Maßstab konnte ich Höhenunterschiede und räumliche Gegebenheiten besser erfassen. Aus diesen Gründen habe ich einen Teilausschnitt des Gebiets im Maßstab 1:500 gebaut, der die Potentialflächen und ihr näheres städtebauliches Umfeld darstellt.

Um Entwurfsvarianten zu entwickeln, welche die Struktur des Gebiets weiterführen, musste ich zunächst übergeordnete Strukturmerkmale des Gebiets herausstellen. Ich habe das Wohngebiet daher auf städtebauliche Parameter wie Höhe oder Baustruktur untersucht, die die Regeln für eine weitere Bebauung innerhalb des Gebiets definieren. Grundlage für die städtebauliche An

alyse waren zahlreiche Gebietsbegehungen.

Aus der städtebaulichen Analyse habe ich Rückschlüsse für das gesamte Gebiet ziehen können. Diese gelten als Bewertungskriterien für die Entwürfe. Ich habe unterschiedliche bauliche Typologien herausgestellt, die charakteristisch für den zweiten Bauabschnitt sind und sich in ihren Atmosphären unterscheiden.

Im nächsten Schritt habe ich die Potentialflächen näher auf ihr städtebauliches Umfeld untersucht. Dabei habe ich die Rückschlüsse aus der städtebaulichen Analyse berücksichtigt, so dass ich Raster für die Anordnung der neuen Gebäude entwickeln konnte.

In der Modellstudie habe ich die Erkenntnisse der Analyse in die Praxis umgesetzt. Ich habe einzelne Gebäudetypologien in die Potentialflächen eingesetzt und dann bewertet, ob diese sich gut in ihr städtebauliches Umfeld einfügen. Ebenso habe ich eine Höhenstudie durchgeführt.

Im letzten Schritt habe ich Entwurfsvarianten herausgestellt, die sich meiner Meinung nach am besten in die Bebauung der jeweiligen Potentialflächen einfügen und diese näher beschrieben.

Sowohl die städtebauliche Analyse als auch die Versuchsreihe am Modell beruhen auf Kriterien, die ich weitgehend objektiv herzuleiten versuche, die aber dennoch durch meine subjektive Wahrnehmung des Gebiets stark beeinflusst sind. Letztlich habe ich als Verfasser der Studie Prioritäten der Bewertungskriterien selbst bestimmt und so automatisch meinen Blickwinkel auf das Gebiet gezeigt.



– Erkennen  
Kapitel 1



## 1.1 modernes Bauen in der DDR im internationalen Kontext

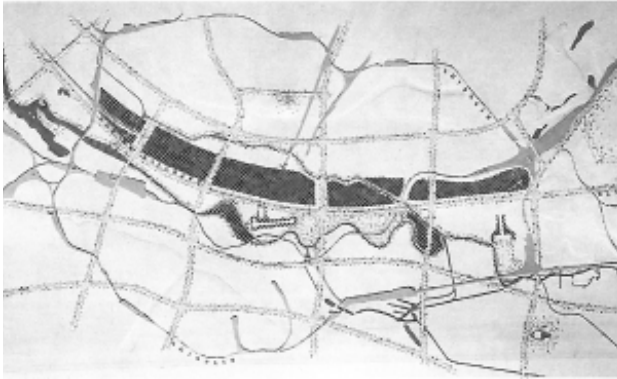


Abb. 1: Kollektivplan für Berlin , Hans Scharoun, 1946

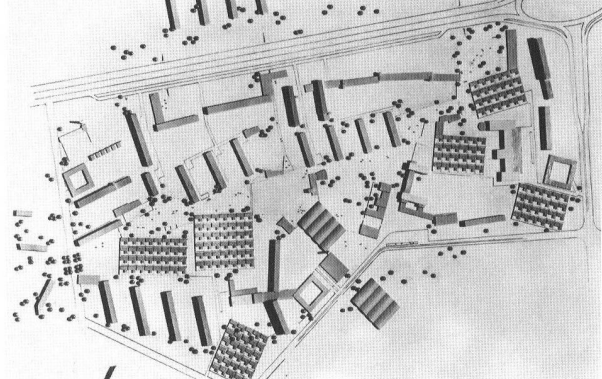


Abb. 2: Wohnzelle Friedrichshain, Hans Scharoun , 1951

Der zweite Weltkrieg hatte Berlin weiträumig zerstört; die Wohnungsnot war groß und verlangte nach schnellen Strategien für den Wiederaufbau. Zunächst aber musste man sich über die zukünftige Stadtgestalt Berlins einig werden. Vertreter des Modernen Bauens sahen im Wiederaufbau der Städte die Chance für einen Neubeginn. Die Zerstörung der Stadt bot die Möglichkeit, die vorkrieglichen Baustrukturen nicht wiederherzustellen und durch neue Stadtstrukturen das Leben der Gesellschaft besser organisieren zu können. 1946 wurde unter Leitung von Hans Scharoun der Kollektivplan für Berlin veröffentlicht, der eine Dezentralisierung und völlige Neuaufteilung der Stadt vorsah. Scharoun, namenhafter Vertreter des neuen Bauens, war von 1945-49 Vorsitzender des Groß-Magistrats Berlins und damit für die Aufbauplanungen der Stadt zuständig. Der Kollektivplan beruhte auf der Idee, Berlin in einzelne funktionale Struktureinheiten zu teilen. Die historischen Stadtstrukturen sollten durch ein flächendeckendes, rechteckiges Straßenraster überbaut werden. Entlang den Hauptverkehrsstraßen ordneten sich die einzelnen Funktionseinheiten für Wohnen, Arbeiten und Erholen an. Die kleinste Struktureinheit war die Wohnzelle, die sich durch ihre offene Bebauung durch eine durchgängige Grünstruktur auszeichnete. Insgesamt sollte Berlin als eine Art Stadtlandschaft erscheinen.

Nicht nur in Berlin, sondern fast überall in Deutschland entwickelten sich nach dem Krieg neue Stadtstrukturen, die auf der Funktionstrennung der Grunddaseinsfunktionen beruhten. Dieser Planungsansatz war nicht neu, sondern hatte seinen Ursprung seit der Charta von Athen

in der frühen Moderne gefunden. Dennoch prägte die Nachkriegsmoderne eigene Strukturmerkmale aus. In den 50er Jahren setzte sich vor allem das Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt durch. Hauptcharakteristika waren die Gliederung des Stadtkörpers in „soziale Einheiten“ (Zentrum, Quartier, Nachbarschaften), die Anordnung von Grünräumen innerhalb und zwischen den Quartieren sowie die Trennung von Hauptverkehrsstraßen und Wohnquartieren<sup>2</sup>. In naher Umgebung sollten den Bewohnern notwendige Versorgungseinrichtungen bereitgestellt werden, um das alltägliche Leben möglichst praktisch und zeitsparend zu gestalten. Die Bebauung der neuen Siedlungen war nun nicht mehr in geschlossenen Blockrandbebauungen, sondern in offenen Baustrukturen vorgesehen<sup>3</sup>. Als Beispiele der Nachkriegsmoderne der frühen 50er Jahre ist die Stadt Hannover zu nennen, die nach dem Krieg weiträumig im Sinne der gegliederten und aufgelockerten Stadt wiederaufgebaut wurde. Mit der Gründung der DDR 1949 unterlag Berlin keiner gesamtstädtischen Planung mehr. 1950 wurde die Zuständigkeit für den Wiederaufbau an das Zentralkomitee der SED übergeben. Das im selben Jahr ausgerufene Aufbaugesetz brachte die gesamtstädtische Enteignung mit sich. 1951 wurden mit der Verabschiedung der 16 Grundsätze des Städtebaus die neuen Leitlinien für das Bauen in der DDR bestimmt. Die 16 Grundsätze waren als Ergebnis einer nach Russland gesendeten Delegation hervorgegangen, die den Städtebau des „großen Bruders“ studieren sollte. Als architektonische Stilrichtung wurde die nationale Bautradition festgelegt, die sich an

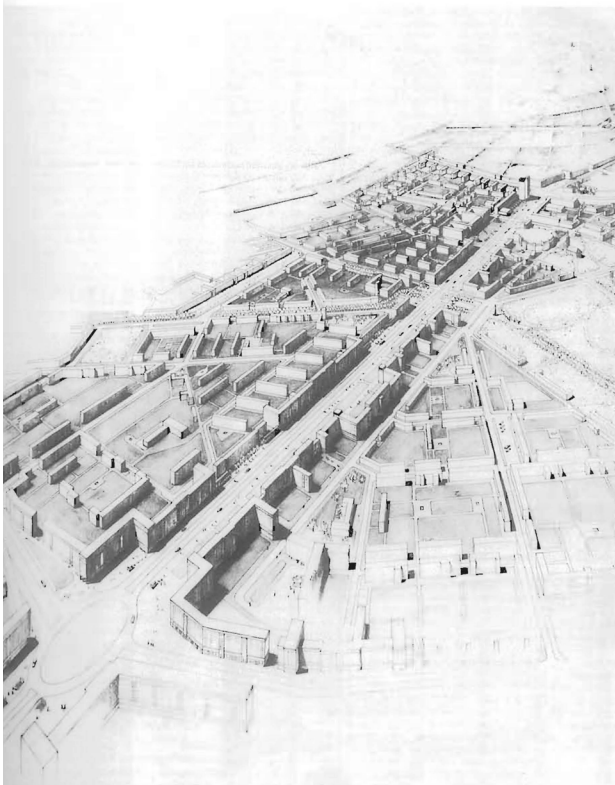


Abb. 3: Siegerentwurf des Wettbewerbs für die Stalinallee, Schaubild von nordwesten, Egon Hartmann, 1951

der Monumentalarchitektur der 30er Jahre in Russland orientierte. Die 16 Grundsätze können als Gegenentwurf zu den im Westen vorherrschenden modernen Leitlinien bewertet werden und demonstrierten die Verbundenheit der DDR nach Russland hin. Wurde 1949 noch an der Stalinallee in Anlehnung an den Kollektivplan die Wohnzelle Friedrichshain errichtet, waren nun alle modernen Ansätze der Stadtplanung und Architektur unterbunden worden und westlich, kapitalistisch deformiert. Dass Walter Ulbricht verkündete, „man wolle Paläste für Arbeiter statt amerikanische Eierkisten bauen“<sup>4</sup>, lässt vermuten, dass die Konkurrenz der Systeme die Architekturdynamik im geteilten Deutschland beeinflusste. Der Wiederaufbau der Städte wurde zunehmend zum Politikum, schließlich sollte die Architektur und der Städtebau repräsentativ für ein politisches Gedankengut sein.

Als erstes Projekt der Aufbauplanungen Ostberlins in der nationalen Bautradition wurde 1951 mit dem Bau der Stalinallee begonnen. Sie ist bis heute ein 1,2 Kilometer langer Boulevard, der auf bei-



oben: Abb. 4: Blick auf die Stalinallee, 1954  
unten: Abb. 5: Hannover- Vahrenheide-Ost



den Seiten von einer durchgehend Baustruktur umschlossen wird. Die monumentalen Gebäude sind in einer klassizistisch anmutenden Architektur gebaut, die sich zahlreicher Stilelemente wie Baustuck oder Säulen aus unterschiedlichen Architekturepochen bedient. Die Fassaden der Gebäude wurden mit Meißner Keramikplatten verkleidet.

In Westberlin erntete der Bau der neuen Stalinallee wenig Anerkennung. Hier hatten die fachlichen Diskussionen um das moderne Planen das internationale Niveau erreicht. In Westberlin fand 1957 unter dem Titel: „Die Stadt von morgen“ die internationale Bauausstellung (Interbau) statt, im Zuge derer das Hansaviertel errichtet wurde. Nationale und internationale Protagonisten des neuen Bauens wie Oscar Niemeyer oder Bakema wirkten beim Bau des Wohnviertels mit. Das Hansaviertel folgt dem Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt. Mit der Interbau zeigte Westberlin sich als Teil der internationalen Gemeinschaft und demonstrierte selbstbewusst

seine zukünftigen städtebaulichen Leitlinien. In der DDR kam das Signal zur Wende im Bauwesen erneut aus Moskau. Hier hatte sich nach Stalins Tod die politische Situation verändert und neue städtebauliche Grundsätze hervorgebracht. Die Allunionsbaukonferenz der UdSSR 1953 leitete offiziell die Industrialisierung des Bauwesens ein, die neue städtebauliche Leitlinien bedingte. In der DDR wurde ein Jahr später auf der 1. Baukonferenz der Bauschaffenden, die unter dem Titel „besser, schneller und billiger Bauen“<sup>5</sup> stattfand, die Industrialisierung des Bauwesens eingeleitet. Erst drei Jahre später wurde mit dem Bau des 2. Abschnitts der KMA begonnen. Der Entwurf kennzeichnet sich durch seine offene Baustruktur. Die Wohnhäuser wurden in Großplattenbauweise errichtet und waren von den angewandten Bautechnologien und Ausstattungen auf internationale hohem Niveau. Die DDR war das erste sozialistische Land, das den Bau von 10-geschossigen Scheibenhochhäusern für den Massenwohnungsbau verwirklichte und sogar Moskau in seinen Konstruktionstechnologien überholt hatte<sup>6</sup>. Das Gebiet verstand sich als Gesamtensemble, das durch Höhensetzung und Farbgestaltung der Häuser eine neue Ästhetik des Bauens hervorbrachte. Vorbilder hierfür suchte man in England, Schweden oder Frankreich, wo der dezentralisierte Massenwohnungsbau schon weiter vorangeschritten war und sich städtebaulich das Prinzip der Ensemblegestaltung durchgesetzt hatte. Mit dem Bau des zweiten Abschnitts der KMA präsentierte die DDR ihr neues Selbstverständnis als ein technologisch fortschrittlicher Staat. Hatte man in den Jahren zuvor noch die Ästhetik der industriellen Bauweise verpönt, war diese zum eigenen Instrument des Wohnungsbaus geworden. Dennoch war der

Bauabschnitt nicht mit den westlichen Wohngebieten der 50/60er Jahre gleichzusetzen, sondern bildete eigene Strukturmerkmale aus: Die KMA war der erste sozialistische Wohnkomplex der DDR und verstand sich als sozial-räumliche Einheit. Während im Westen vor allem Versorgungseinrichtungen innerhalb der Wohngebiete entstanden waren, sollten im sozialistischen Wohnkomplex alltägliche Funktionen in Gemeinschaftshäuser ausgelagert werden, um die sozialen Beziehungen der Bewohner innerhalb des Wohngebiets zu stärken.

Der zweite Bauabschnitt der KMA ist also als eigener Beitrag zur internationalen Moderne der 50/60er Jahre zu bewerten.

Abb. 6: Der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee, um 1970



Abb. 7 : Der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee, um 1970

## 1.2. Auf der Suche nach neuen Leitlinien - der sozialistische Wohnkomplex

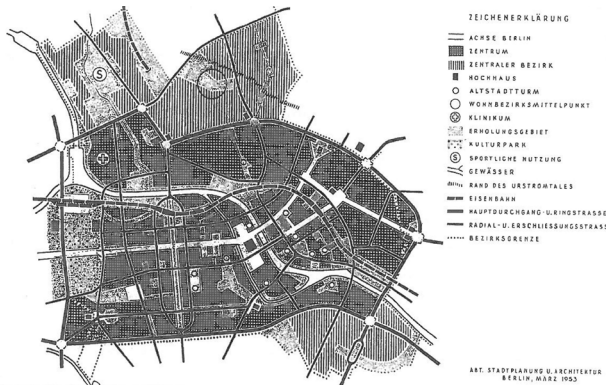


Abb. 8: Plan zur Flächennutzung des neuen Zentrums, 1953  
Die Verlängerung der Karl-Marx-Allee ist erstmals dargestellt

In der DDR galt es zunächst, die theoretischen Beschlüsse der Baukonferenz in die Praxis umzusetzen. Durch die Entwicklung von Prototypen erhoffte man, einen rationalisierten Wohnungsbau betreiben zu können, der die immer noch stark anherrschende Wohnungsnot beseitigen sollte.

Die DDR war allerdings zu diesem Zeitpunkt bautechnologisch noch nicht in der Lage, eine landesweite Industrialisierung des Bauwesens durchzuführen. Die Forschung musste weiter vorangetrieben werden. Politisch wollte man sich noch nicht von der nationalen Bautradition trennen, schließlich war diese ein bewusstes Abgrenzungsmerkmal zum Westen hin. In den folgenden Jahren zeigten sich immer wieder Differenzen zwischen der fachlichen und politischen Diskussion.

Wichtige Forschungsinstanzen für die Baupraxis waren die Bauakademie und das Büro des Chefarchitekten für Berlin. Hermann Henselmann, der schon beim Bau des ersten Abschnitts der Karl-Marx-Allee wesentlich mitgewirkt hatte, wurde zum Chefarchitekten Berlins berufen. Dem Wiederaufbau Ostberlins wurde eine gesonderte Rolle zugeschrieben, schließlich sollte die Hauptstadt der DDR repräsentativ für den neu gegründeten Staat sein. 1953 hatte man im Hauptamt Stadtplanung einen Generalplan für Berlin veröffentlicht, der die Flächennutzung des Zentrums bestimmte. Hier war auch erstmals die Verlängerung der Stalinallee bis zum Alexanderplatz vorgesehen, der als zentraler Versammlungsplatz mit einem Hochhaus als städtebauliche Höhendominante ausgewiesen wurde. Der Ausbau der Karl-Marx-

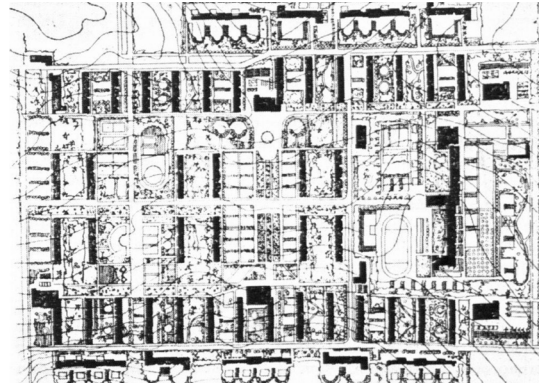


Abb. 9: Plan zum Wohnkomplex in Magnitogorsk, Gruppe Ernst May, 1932

Allee als Hauptmagistrale wurde zum wichtigen Gestaltungselement der Zentrumsplanungen.

Nach den ersten Forschungen erkannten Planer und Architekten bald schon, dass die Industrialisierung des Bauwesens zwangsläufig einer Vereinfachung der Architektur gleichkam<sup>7</sup>. Die neuen Konstruktionsweisen waren nur schwierig mit der Architektur der nationalen Bautradition in Einklang zu bringen und bedingten eine neue Ästhetik des Bauens. Dabei war nicht mehr die Architektur von Einzelbauten von vordergründigem Interesse, sondern der Städtebau selbst rückte in den gestalterischen Mittelpunkt.

Auf der Suche nach neuen städtebaulichen Leitlinien besann man sich auf die Vorbilder der russische Avantgarde Architektur der 20/30er Jahre zurück. Im Zuge der Industrialisierung hatten sich hier viele neue Arbeiterstädte nahe zu den Industriestandorten gegründet. Ähnlich wie im internationalen Stil des modernen Bauens beruhten die neuen Städte auf konzeptionellen Planungsansätzen. Viele internationale Vertreter des neuen Bauens waren in den 20/30er Jahren in Russland tätig. Zu nennen ist Ernst May, der während seiner Forschungszeit in Russland mit einer internationalen Planungsgruppe ein Schema zur Stadtorganisation entwickelte. In der Stadt sollten zueinander gegenläufige Funktionen wie Wohnen und Schwerindustrie voneinander getrennt werden<sup>8</sup>. May strukturierte die Stadt in Einheiten; die kleinste Einheit war der „Wohnkomplex“, der mit sozialen Einrichtungen wie Kinderkrippen oder Speisehäusern ausgestattet war. Mehrere Komplexe bildeten ein „Quartal“, das ein Zentrum mit Läden, Schulen, Post etc. den Bewohnern zu

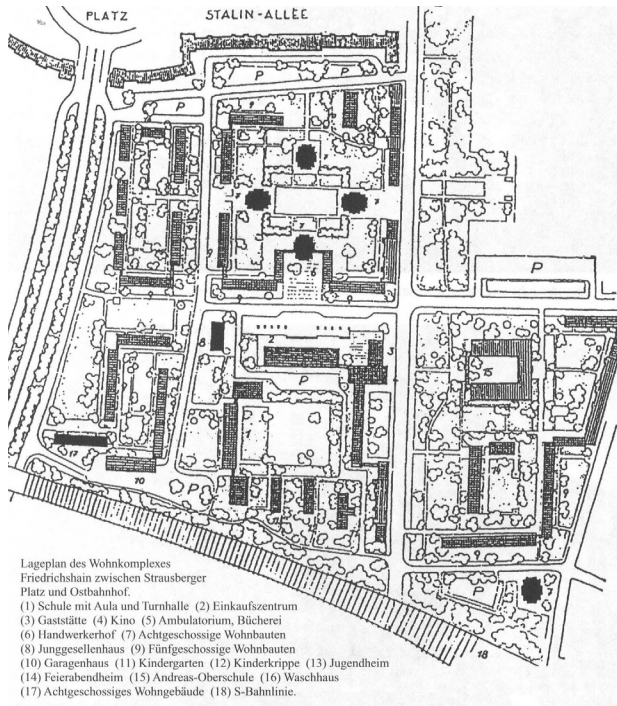


Abb. 10: Wohnkomplex Friedrichshain, Hermann Henselmann, 1956

Verfügung stellte. Ein Bezirk bestand letztlich aus mehreren Quartalen<sup>9</sup>.

In der DDR veröffentlichte Hermann Henselmann 1956 den Plan „Wohnkomplex Friedrichshain“ als Vorschlag für ein Wohnviertel in der industriellen Produktionsweise. Das Plangebiet lag zwischen dem Strausbergerplatz und dem Ostbahnhof und war für ca. 5000 Bewohner konzipiert. Die Ähnlichkeiten des Entwurfs zu den Stadt Konzepten Mays war nicht zu leugnen: Henselmann plante fünf Wohngruppen in offener Bauweise und markierte das Zentrum des Gebietes durch vier Hochhäusern, die symmetrisch zu einander angeordnet waren. Der Plan beruhte auf dem Prinzip der Trennung von Verkehr und Wohnen. Die an der Hauptstraße gelegenen Häuser sollten von der Straßenflucht zurückgesetzt werden; innerhalb des Gebietes sollten kleinere Erschließungsstraßen verlaufen.

Der Plan Henselmanns für den Wohnkomplex Friedrichshain wurde nicht verwirklicht. Die Kritik an dem Entwurf von Partei und traditionellen Architekturvertretern war vielseitig, am meisten zeigte sie jedoch, dass man immer noch an der na-

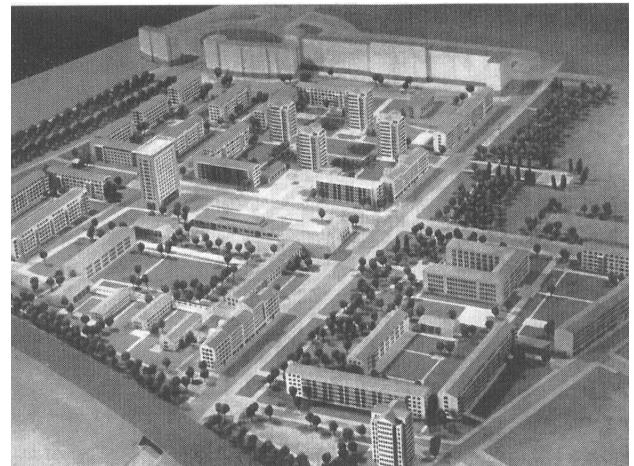


Abb. 11: Modell zum Plan

tionalen Bautradition festhalten wollte und sich auf noch keine neuen städtebaulichen Leitlinien einigen konnte<sup>10</sup>.

Um die Forschungen zur Bautechnologie weiter voranzutreiben, hatte man Fachleute wie Hans Schmidt an die Bauakademie berufen, der schon einige Jahre zuvor in der UdSSR bei der Entwicklung von neuen Produktionsverfahren tätig gewesen war<sup>11</sup>. Zunächst konzentrierte man sich auf die Herstellung von Prototypen in der Großblockbauweise, später lag der Forschungsschwerpunkt dann auf der Großplattenbauweise. Erste Beispiele für die Industrielle Bauweise in Berlin findet man in Hoyerswerda oder im Neanderviertel.

Henselmann entwickelte schon früh Entwurfsvarianten für die Stalinallee. Waren die ersten Entwürfe von 1954 noch in Großblockbauweise vorgesehen, sollte der Wohnkomplex in späteren Entwürfen überwiegend aus Scheibenhochhäusern bestehen. Als Henselmann jedoch 1957 seinen Entwurf des Planwerks „rund um

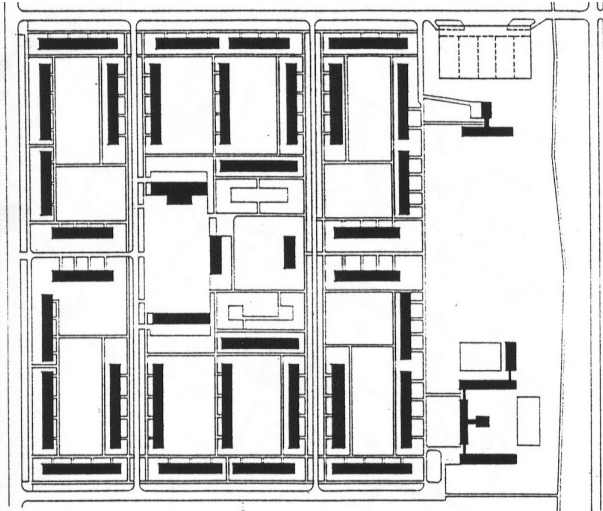


Abb. 12 : Strukturschema "sozialistischer Wohnkomplex", Hans Schmidt, 1958

den Alex" in der Zeitschrift „neues Deutschland“ vorstellte, sorgte dieser für große Empörung in der Führungsspitze der SED. Henselmann hatte sich seinen Entwurf zuvor nicht im Politbüro bestätigen lassen. Man befürchtete durch die Veröffentlichung den Verlust der politischen Einflussnahme über das architektonische Geschehen in der Hauptstadt<sup>12</sup>. Noch mehr Kritik erntete die Gestaltung des Entwurfs. Das Gebiet war für ca. 15 000 Einwohner geplant und zeigte eine aufgelockerte, offene Bauweise mit durchgängiger Begrünung. Henselmann plante die KMA in rhythmischer Reihenfolge durch Laubenganghäuser zu fassen, denen regelmäßig ein Punkthochhaus vorgestellt werden sollte. In der Partei assoziierte man den Entwurf sofort mit dem kurz zuvor gebauten Hansaviertel und kritisierte ihn aufs Schärfste. Man wollte unter keinen Umständen ein Ostberliner Hansaviertel bauen und damit den Westen imitieren. Als Reaktion auf Henselmanns Veröffentlichung beauftragte das Politbüro die Fachgremien, innerhalb von drei Wochen im Rahmen eines Wettbewerbs neue Entwürfe zu erarbeiten. Als städtebauliches Leitbild sollte der „sozialistische Wohnkomplex“ fungieren, dessen theoretische Definition Hans Schmidt 1958 ausgearbeitet hatte. Der sozialistische Wohnkomplex verstand sich als eine sozial-räumliche Einheit. Er definierte sich nicht nur funktional, sondern hatte ebenso einem gestalterischen Anspruch gerecht zu werden. Schmidt beschrieb den sozialistischen

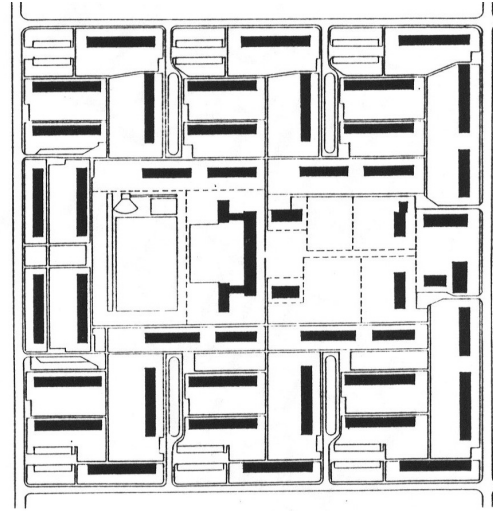


Abb. 13: Strukturschema "sozialistischer Wohnkomplex", Bauakademie 1959

Wohnkomplex wie folgt: „... Das Wesentliche liegt darin, dass der Wohnkomplex als eine Einheit, ein Ganzes erdacht, gebaut und bewohnt werden soll. Diese Einheit ist aber mehr als die Summe von Wohnblöcken und gesellschaftlichen Bauten. Es stellt sich die Aufgabe, die verschiedenen Bauten so zusammen zuordnen, dass sie eine räumliche Einheit bilden, bei der alle Teile in einem bewussten und vom Bewohner empfundenen Zusammenhang zueinander stehen“<sup>13</sup>



Abb. 14: Entwurf für den zweiten Bauabschnitt, Hermann Henselmann, 1957



Abb. 15: Skizze zum Plan, Hermann Henselmann, 1957

### 1.3 Der Wettbewerb

Um weitere architektonische Eklats zu vermeiden, wurden die zur Teilnahme zugelassenen Architekten im Vorfeld des Wettbewerbs bestimmt. Zugelassen waren die Kollektive Edmund Collein, Werner Dutschke und Joseph Kaiser, Hermann Henselmann, Otto Englberger, Georg Funk, Hans Hopp, Richard Paulick sowie Hans Schmidt. Der Großteil dieser Architekten bekleidete zu dieser Zeit wichtige Positionen des Baugeschehen der DDR: Collein war Leiter des Instituts für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Deutschen Bauakademie, Werner Dutschke Leiter des VEB Hochbauprojektierung Berlin I und Georg Funk tätig an der TH Dresden<sup>14</sup>. Durch die Konkurrenz namhafter Architekten sollte der Wettbewerb auf ein hohes architektonisches Niveau gebracht werden. Auch die Vorgaben für den Wettbewerb waren zuvor durch das Politbüro definiert worden.

Der Entwurf sollte ein innerstädtisches Wohngebiet entstehen lassen, das im Vergleich zu anderen Wohngebieten eine höhere Bewohnerdichte aufweisen sollte. Es sollten zwei Wohnviertel, eines nördlich und eines südlich der KMA entworfen werden. Innerhalb der Wohnkomplexe sollten gemäß der Definition des sozialistischen Wohnkomplexes Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs den Bewohnern zu Verfügung gestellt werden. Der Entwurf sollte sich in sein städtebauliches Umfeld integrieren: der neue Bauabschnitt war das Bindeglied zwischen dem alten Teil der Stalinallee und dem Zentrum. Die KMA selbst sollte daher gestalterisch an den ersten Bauabschnitt anknüpfen und zum Alexanderplatz hin die neuen Zentrumsplanungen berücksichtigen. Um den gewünschten Magistralcharakter der Straße zu unterstützen, sollten entlang der Allee Einrichtungen von überörtlichen Funktionen

wie Handels- und Vergnügungstätten entstehen. Auch die Anforderung der Erweiterung der Straße mit vergrößerter Fahrbahn und großzügig gestalteten Fußgängerpromenaden sollte dies unterstützen.

Im südlichen Teil des Wohngebiets sollte die heutige S-Bahnstation Jannowitzbrücke nach Norden verlegt werden und direkt an das Wohngebiet anschließen.

Die Kosten für den Bau des Gebiets sollten möglichst gering gehalten werden. Die Teilnehmer des Wettbewerbs waren aufgefordert, einen Finanzierungsplan dem Entwurf beizufügen. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren hatten gezeigt, dass es kostengünstiger war, nach dem Prinzip der Funktionstrennung zu bauen. Deshalb war die Funktionstrennung der Gebäude eine weitere Wettbewerbsvorgabe.

Als Reaktion auf Henselmans Entwurf wurden einige gestalterische Elemente ausgeschlossen. Dazu gehörten die Laubengang- sowie die Punkthochhäuser.

Als Sieger des Wettbewerbs gingen die Architektenkollektive Collein und Dutschke/Kaiser hervor. Sie wurden aufgefordert, ihre Entwürfe zu überarbeiten und einen gemeinsamen Plan für das Gebiet zu erstellen. 1959 wurde der Bebauungsplan genehmigt und mit dem Bau des Wohngebiets begonnen.

#### Beschreibung des Entwurfs:

Der Plan von Collein und Dutschke sah ein Wohngebiet für ca. 15 000 Einwohner vor<sup>15</sup>. Die Karl-Marx-Allee sollte durch Scheibenwohnhochhäuser symmetrisch gefasst werden, denen in rhythmischer Reihenfolge zweigeschossige Pavillonbauten vorgestellt waren. Die Pavillons waren im östlichen Teil der Allee als L-förmige, im westlichen Teil als T-förmige Bauten geplant und sollten überörtliche Funktionen wie einen

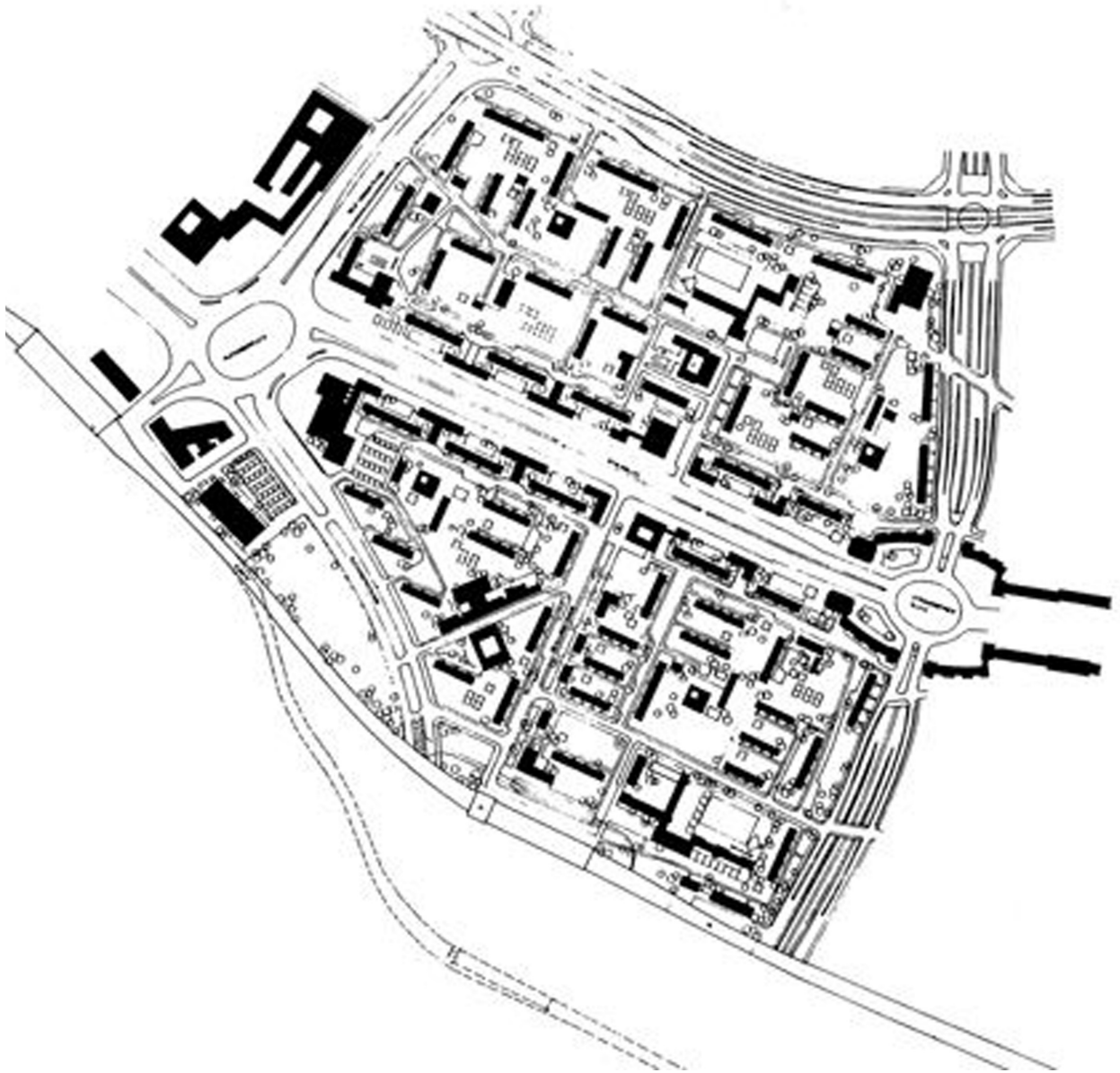


Abb. 16 : überarbeiteter Entwurf Collein und Dutschke/Kaiser,  
1958

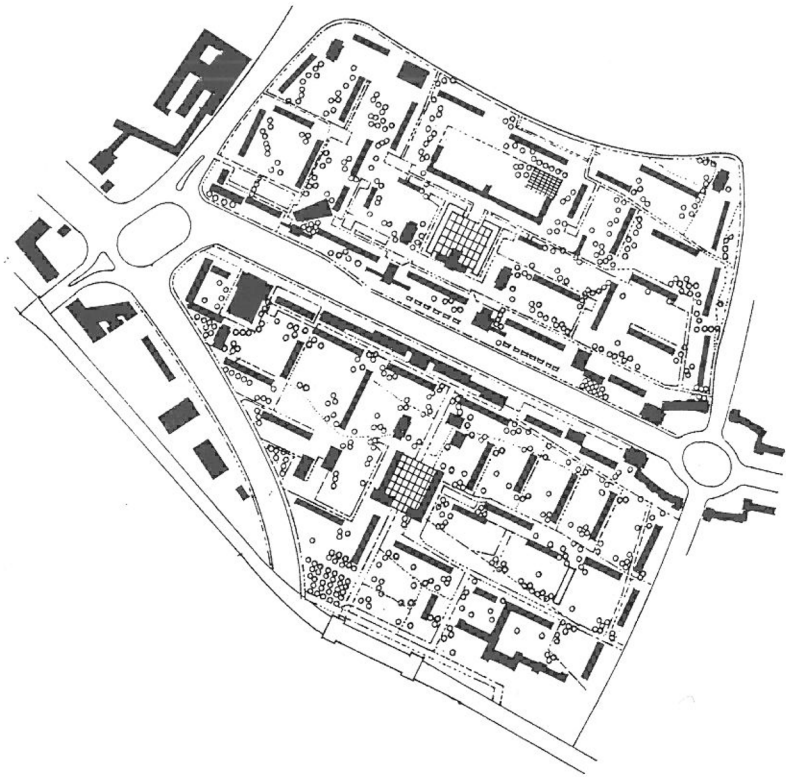


Abb. 17: Wettbewerbsentwurf, Richard Paulick, 1958

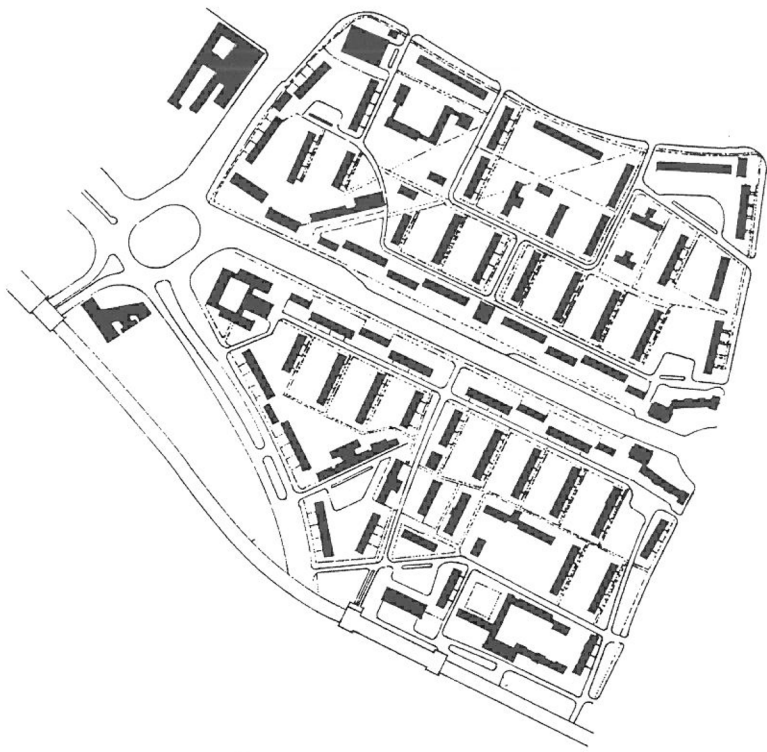


Abb. 18: Wettbewerbsentwurf, Hans Schmidt, 1958

Abb. 19: Wettbewerbsentwurf, Kollektiv Joseph Kaiser, Werner Dutschke, 1958

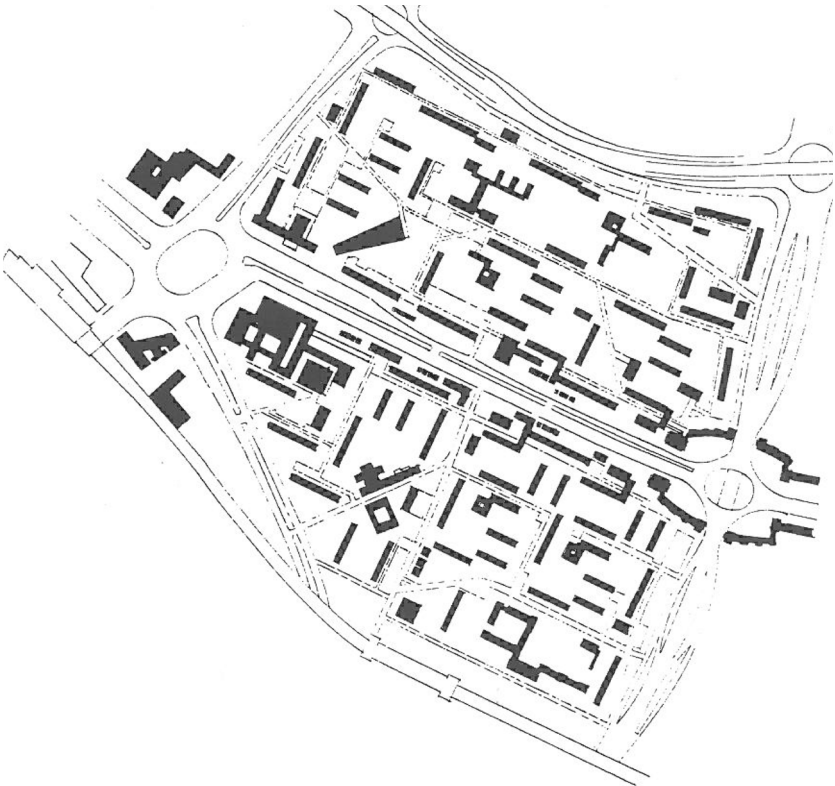
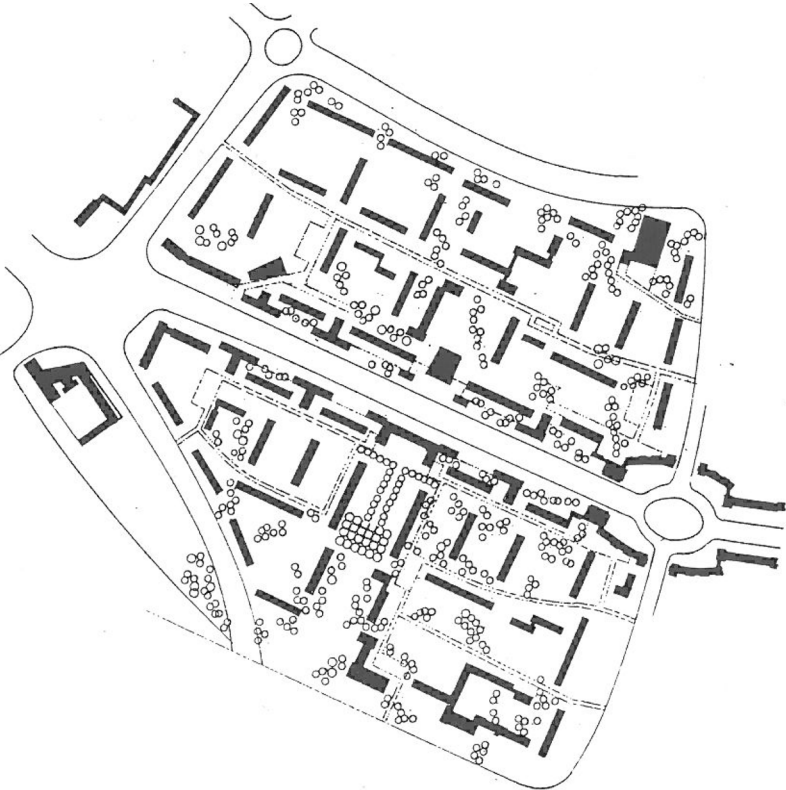


Abb. 20: Wettbewerbsentwurf, Edmund Collein, 1958



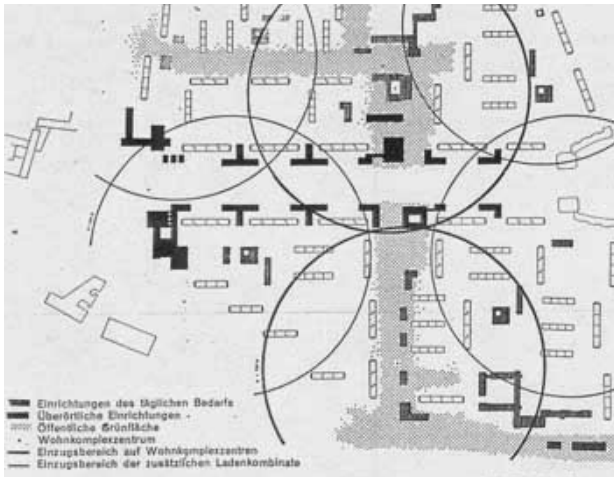


Abb. 21 : Schema zu örtlichen und überörtlichen Einrichtungen, Collein, Kollektiv Dutschke/Kaiser, 1958

Jugendtreff, Kunstgalerien oder Verkaufsflächen beinhalten. Mittig der Allee sollte ein Zentrum mit einem Kino, einem multifunktionalen Treff/Restaurant und einem Hotel gebaut werden. Collein und Dutschke verstanden die KMA als Gesamtensemble: die Wohnscheiben sollten nicht mehr als 8 bis 10 Geschosse haben und damit die städtebaulichen Höhendominanten am Straußbergerplatz und das geplante Hochhaus am Alexanderplatz respektieren. Das Hotel im Zentrum der Allee, welches 13 Geschosse haben sollte, wurde daher bewusst in seiner Position von der Allee zurückgesetzt, um die Höhenflucht der KMA beizubehalten. Die Pavillonbauten nahmen die Bauline der alten Allee auf. Am westlichen Ende der Allee zum Zentrum hin sollte auf der Nordseite das letzte Wohnhochhaus hochgeschossig (mehr als 10 Geschosse) gebaut und ebenfalls zurückgesetzt werden, um die Allee zum Zentrum hin zu öffnen. Im südlichen Teil war als Gegengewicht ein hochgeschossiges Versammlungszentrum geplant.

Die Wohnkomplexe wurden durchgehend von acht- bis zehngeschossigen Scheibenhochhäusern an den Rändern eingeschlossen. Innerhalb der Wohnkomplexe sollten Scheiben und Zeilenbauten als Wohnhäuser errichtet werden, die zwischen fünf, acht und zehn Geschossen variierten. Jeder Wohnkomplex wurde mit einer Schule sowie zwei Kindergärten/Tagesstätten ausgestattet. Weiterhin waren soziokulturelle Einrichtungen wie Waschkäuser, Werkstätten und kleine Verkaufsläden geplant. Alle gemeinschaftlichen

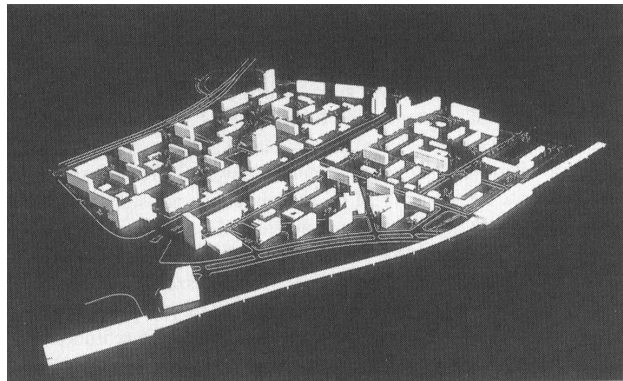


Abb. 22 : Modell zum Entwurf Collein, Kollektiv Dutschke/Kaiser 1958

Einrichtungen waren als freistehende Baukörper konzipiert, die nicht mehr als zwei Geschosse haben sollten.

Die Schillingstraße war als Nord-Süd-Achse des Gebiets angelegt. Sie verband die S-Bahnstation mit der KMA. Auf der Nordseite der KMA sollte die Schillingstraße hinter dem Hotel in Form eines großen Versammlungs- und Kulturzentrums ihre Fortführung finden. Die Schillingstraße war als Versorgungsachse des Gebiets geplant. Entlang der Straße sollten als freistehende Pavillonbauten Läden und Einrichtungen für den alltäglichen Bedarf der Bewohner entstehen. Insgesamt war das Gebiet auf die Fußläufigkeit seiner Bewohner ausgelegt. Kurze Wege zu öffentlichen und alltäglichen Einrichtungen, aber auch zu öffentlichen Verkehrsmitteln sollten die Lebensqualität der Bewohner steigern.

Der Entwurf von Collein und Dutschke verstand die KMA und die angrenzenden Wohngebiete als Einheit. Sie sollten sich in ihren Funktionen ergänzen und miteinander in Beziehung stehen.

## 1.4. Realisierung des Entwurfs



Abb. 23 : Realisierung des Entwurfs



Abb. 24: Bau eines achtgeschossigen Scheibenhochhaus

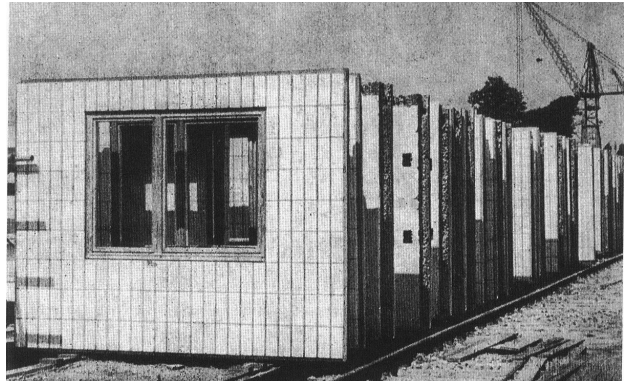


Abb. 25: vorgefertigte Außenwände

1959 bis 1965 wurde der Entwurf für den zweiten Bauabschnitt der KMA realisiert. Während des Baus wurden im nordwestlichen Gebiet einige Planungsänderungen vorgenommen. Die nördlich geplante Bebauung am Ende der Allee zum Alexanderplatz hin wurde zu Gunsten der voranschreitenden Zentrumsplanungen verändert. Hier wurde anstelle der Wohnbebauung ein Verwaltungskomplex mit dem Haus der Statistik errichtet. In den späten 60er Jahren wurde das Wohngebiet nachträglich erweitert: Da die Verlegung der Stadtbahn aufgegeben wurde, ist der südliche Wohnkomplex mit einer zehngeschossigen Wohnscheibe und einem weiteren Schulgebäude bis hin zur Holzmarktstraße ergänzt worden<sup>16</sup>. Auch die Schillingstraße ist nach Süden hin verlängert und am Ende zur Holzmarktstraße durch drei Punkthochhäuser und eine Verkaufshalle ergänzt worden. Im nördlichen Wohnkomplex zum Platz der Vereinten Nationen hin wurden die ursprünglich als zwei Wohnscheiben geplanten Wohnhäuser durch eine langgezogene Wohnplatte ersetzt.

Der Straßenraum der Karl-Marx-Allee wurde auf ca. 110 Meter erweitert. Die Straße selbst hat je 3 Fahrspuren in beiden Richtungen, die durch einen breiten Parkstreifen voneinander getrennt werden. Die Karl-Marx-Allee wird durch zehngeschossige Wohnbauten gefasst, die als Plattenbauten im Querwandsystem konstruiert sind. Die Querscheiben stellen hierbei die tragenden Wände der Gebäude dar. Die Fassaden der Wohnscheiben wurden in Anlehnung an den ersten Bauabschnitt mit hellen Keramikplatten verkleidet; die Fugen zwischen den einzelnen Plat-

ten wurden als Gestaltungselement beibehalten und blieben sichtbar. Die Wohnhäuser wurden auf beiden Seiten der Allee durch Grünstreifen und einer breiten Fußgängerpromenade von der Straße getrennt. Baumreihen entlang der Fußgängerpromenade bieten Sichtschutz zu den Wohnhäusern.

Der Architekt Joseph Kaiser leitete in Zusammenarbeit mit anderen Architekten den Bau des Zentrums der Allee. Die Gebäude des Zentrumsensembles waren funktionsbedingt in eigenen architektonischen Sonderformen errichtet. Auf der Südseite entstand das Café Moskau, das unterschiedliche Räumlichkeiten wie Restaurants, Cafés oder Tanzflächen integrierte. Auf der gegenüberliegenden Nordseite wurde das Kino International und das Hotel Berolina gebaut. Das Hotel Berolina hatte 13 Geschosse und war der erste Hochplattenbau der DDR, der eine öffentliche Funktionsunterlagerung hatte. Die L-förmigen Pavillons zum Straußbergerplatz hin sind als identische, zweigeschossige Pavillons gebaut und beinhalteten zu DDR-Zeiten Handels-, Dienstleistungs- und Gastronomieeinrichtungen wie einen Friseursalon oder einen Laden für Damenbegleitung. Besonders bekannt wurde die Mokka-Milch-Eisbar direkt neben dem Kino International, die zum beliebten Jugendtreffpunkt Ostberlins wurde. Die T-förmigen Pavillons im westlichen Teil der KMA wurden nicht realisiert. Als städtebauliche Höhendominante wurde am Ende der Allee zum Alexanderplatz das „Haus des Lehrers“ gebaut.

Innerhalb der Wohnkomplexe wurden unterschiedliche Plattentypen angewandt. Die Fassaden





Abb. 26 : Blick entlang der Schillingstraße, um 1966



Abb. 27 : Blick entlang der Karl-Marx-Allee, um 1965

der höheren Wohnscheiben (ab 8 Geschossen) erhielten eine Kachelverkleidung, die niedrigeren fünfgeschossigen Gebäude einen gekratzten Edelputz<sup>17</sup>. Die Farbgestaltung der Wohnhäuser galt als wichtiges Gestaltungselement der neuen Baukonstruktionen. Durch die hellen Pastellfarben der Gebäude sollte die Außenwirkung der Blöcke trotz ihrer Größe dezent gehalten werden. Durch unterschiedliche Abstufungen der Farben erscheint das Gebiet als städtebauliche Gesamtkomposition.

Der aufgelockerte Städtebau gilt als Ordnungsschema des Gebiets und ermöglicht eine fließende Grünstruktur innerhalb der Wohnkomplexe. Entstanden sind unterschiedliche Grünflächen mit Aufenthaltsqualität, gestaltete Fußgängerwege, parkähnliche Situationen oder Grünstreifen als Abstandsflächen.

Die Folgeeinrichtungen der Wohnkomplexe wurden als freistehende Baukörper errichtet. Dabei war die Form von der Funktion abhängig. Kinderkrippen wurden als eingeschossige Atriumbauten konzipiert, Kindergärten als zweigeschossige Bauten. Zwei der geplanten Kindergärten wurden später durch neue Prototypen errichtet, die sich aus den vorangeschrittenen Forschungen der Bautechnologie entwickelt hatten. Versorgungseinrichtungen für den alltäglichen Bedarf wurden als eingeschossige Pavillionbauten konstruiert.

Die Schillingstraße als Versorgungsachse erhielt an ihrer Ostseite eine Fußgängerpromenade, die an den Verkaufspavillons vorbeiführt. Die Fußgängerpromenade wird durch breite Hochbeete von der Fahrbahn getrennt. Am Ende der

Schillingstraße markieren vier Punkthochhäuser den Eingang zum Wohngebiet.

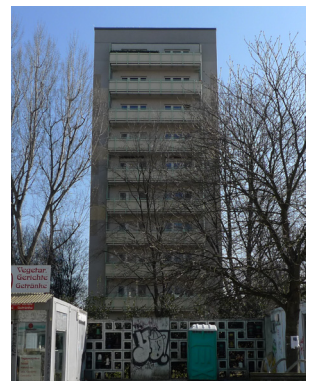
Das Hotel Berolina wurde 1995 nach der Wende abgerissen und durch einen Neubau für das Rathaus Mitte ersetzt. Der Neubau lehnt sich in seiner Fassadengestaltung an das alte Gebäude an und fügt sich gut in sein Umfeld ein; die Fassaden wurden mit blauen Kermaikkacheln verkleidet. Die Plattenbauten sind mittlerweile fast alle baulich saniert und in guter Qualität, allerdings sind die Fassaden bei einigen Gebäuden hierbei stark verändert worden. Auch die öffentlichen Bauten entlang der KMA haben ihre ursprüngliche Erscheinung auf Grund von Umbaumaßnahmen verändert. Von den L-förmigen Pavillionbauten ist alleine die Mokka-Milch-Eisbar in ihrer ursprünglichen Fassadengliederung erhalten geblieben<sup>18</sup>.

Die Pavillons entlang der Karl-Marx-Allee funktionieren immer noch als Verkaufs- oder Gastronomieeinrichtungen, allerdings sind neue Einrichtungen wie ein Fahrradladen, eine Kunstgalerie und neue Gastronomielokale hier eingezogen.

Der zweite Bauabschnitt der KMA erscheint in einem allgemein guten Zustand, lediglich der Verwaltungskomplex an der Otto-Braun-Straße, die Schule im nördlichen Wohnkomplex sowie die Pavillionbauten entlang der Schillingstraße sind in einem schlechten Zustand.

# Plattentypen





# Gebäudetypen

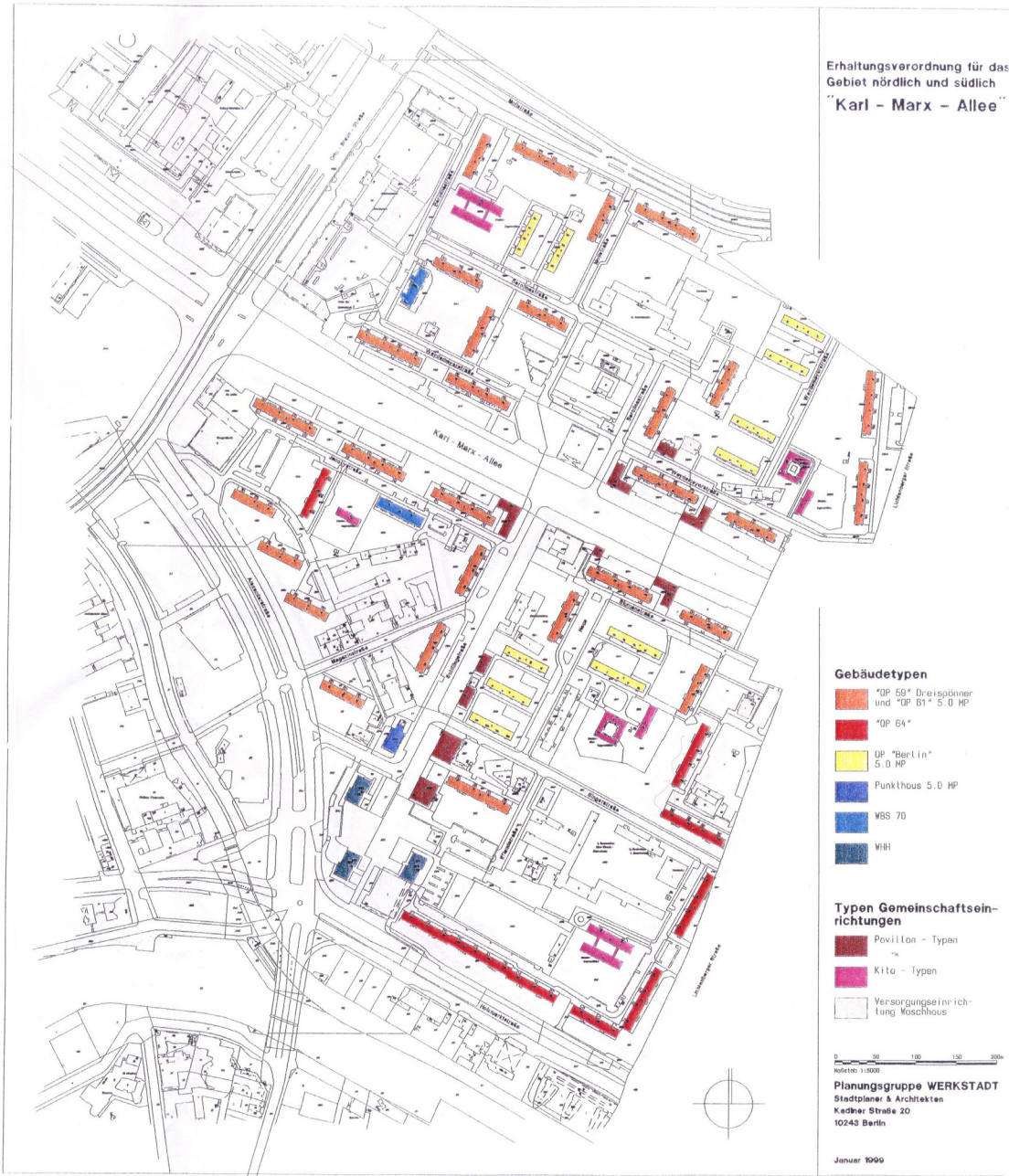


Abb. 28

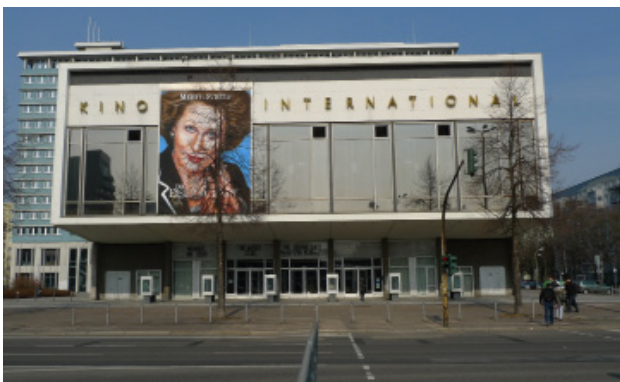
# Die Karl-Marx-Allee



## Die Karl-Marx-Allee - prägende Bauten



Cáfe Moskau



Kino International



Hotel Berolina



alte Mokka-Milch-Eisbar

Wohnscheibe



L-förmiger Pavillonbau



Abb. 29:  
Haus des Lehrers mit Versammlungshalle



Haus der Statistik



# Die Schillingstraße





# Grünraum





— Erhalten  
Kapitel 2



## 2.1. Ein Planwerk teilt die Gemüter

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands war Berlin politisch-administrativ wieder zusammengeführt worden. Der Stadt als neue Hauptstadt der Bundesrepublik wurde ein enormes wirtschaftliches und gesellschaftliches Wachstum prognostiziert. Der Flächenwiedergewinn der Stadt durch seinen ehemaligen Ostteil bot zahlreiche Möglichkeiten für Investitionen und Neubau. In den ersten Jahren nach der Wende wurden vor allem Neubauprojekte für große Wirtschafts- oder Politikstandorte verwirklicht wie am Potsdamer Platz, am Alexanderplatz oder im neuem Regierungsviertel. Die erwartete Wachstumsdynamik blieb gesamtstädtisch allerdings aus. Die Flächen des ehemaligen Ostberlins boten Investoren keine Planungssicherheit, hier waren Eigentumsverhältnisse von einzelnen Grundstücken noch nicht geklärt und noch keine gültigen Bebauungspläne aufgestellt worden. Räumlich zeigte Berlin sich immer noch als geteilte Stadt, was nach 40 Jahren separater Stadtentwicklung sicherlich nicht verwunderlich war, jedoch die Dringlichkeit nach einem stadtübergreifendem Entwicklungskonzept verdeutlichte. Es mussten nicht nur die Ost- und Westinnestadtgebiete planerisch miteinander verbunden werden, sondern ebenfalls die zukünftige Stadtgestalt Berlins definiert werden. 1995/6 leitete der Berliner Senat schließlich die Entwicklung des „Planwerk Innenstadt“ ein. Ziel war es, eine überbezirkliche Planungsgrundlage zu schaffen, die in den nachfolgenden Planungen auf Bezirksebene berücksichtigt werden sollte. Das Planwerk sollte bauliche wie auch stadtpolitische Themen umfassen. Bspw. sollten Maßnahmen gegen die anhaltende Abwanderung der Bevölkerung ins Berliner Umland ergriffen oder solide Modelle

für die Bodenpolitik entwickelt werden. Die Planwerksausarbeitung wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie an zwei Projektteams übergeben, die die leitenden Prinzipien im Plan zeichnerisch umsetzen sollten<sup>19</sup>. Für das historische Zentrum waren Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm und Prof. Bernd Albers, für die City West Prof. Fritz Neumeyer sowie Prof. Manfred Ortner zuständig. Im November 1996 wurde der erste Entwurf für das Planwerk Innenstadt vorgestellt. Das Planungsgebiet umfasste den Innenstadtbereich im Osten von der Uhlandstraße bis zur Oberbaumbrücke im Westen, im Süden vom Mehringdamm bis zum Nordbahnhof. Der textliche Teil des Planwerks beschrieb die zukünftigen Entwicklungsprinzipien einer nachhaltigen Stadtentwicklung: Die Innenstadt sollte als Wohnstandort gestärkt und baulich verdichtet werden, um eine erhöhte Urbanität im Sinne der Stadt der kurzen Wege zu erstreben. Dabei sollten besonders eigentumsfähige Häusertypologien entstehen, die eine starke Mittelschicht als Stadtbewohner in die Innenstadt holen sollte. Gleichzeitig sollte ein ausgeglichenes Verhältnis von Grünflächen und Baudichte beibehalten werden. Die Frage nach der zukünftigen Stadtgestalt Berlins beantwortete das Planwerk auf Grundlage der kritischen Rekonstruktion. Diese bezog sich auf die historischen Stadtstrukturen der früheren Königsstadt und wollte diese baulich wiederherstellen. Seit der IBA 1987 hatten die gründerzeitlichen Strukturen eine neue Wertschätzung erfahren. Die Blockrandstrukturen hatten sich den Ansprüchen einer modernen Stadtentwicklung im Sinne der Stadt der kurzen Wege bewährt und wurden schrittweise in multifunktionale Quartiere umgewandelt. Das Planwerk

Innenstadt knüpfte an diese Entwicklungen an, wollte aber die spezifischen Identitäten einzelner Stadtteile beibehalten. Dabei sollten alle neuen Entwicklungen mit „so wenig Abriss wie möglich durchgeführt werden“<sup>20</sup>, allerdings verursachte der stark vermehrte Neubau an einzelnen Orten eine veränderte Stadtgestalt.

Die Kontroverse war vorprogrammiert: Während der Plan im City-West Bereich nur wenig Verdichtungsmaßnahmen vorsah, sollte das historische Zentrum weiträumig verdichtet und so in seinem bestehenden Erscheinungsbild stark entfremdet werden. Die betroffenen Bezirksverwaltungen begrüßten diese Entwicklungstendenzen wenig. Mit der Veröffentlichung des Planwerks geriet dieses in starke Kritik. Gegner des Konzepts warfen seinen Verfassern vor, das bauliche Erbe der DDR nicht wertzuschätzen, zumal kein einziger Stadtplaner oder Architekt der Projektteams des Planwerks aus Ostberlin kam. Wie konnte es sein, dass wichtige Teile der modernen Stadtplanung in Berlin Ost - wie bspw. das Marx Engels Forum – fast völlig überbaut werden sollten? Auch die ergänzende Bebauung auf der Fischerinsel, die eine Erweiterung der vier Hochhäuser durch niedrige Blockrandbebauungen vorsah<sup>21</sup>, lehnte vielleicht an die historische Stadtstruktur, jedoch nicht an sein direktes städtebauliches Umfeld an. Dabei waren es genau diese Orte, die Ostberlins städtebauliche Identität prägten und von vielen Bewohnern genutzt und geschätzt wurden. Die kritische Rekonstruktion als Instrument für eine neue gesamtstädtische Identität anzuwenden, erschien gerade im ehemaligen Ostteil der Stadt als wenig geeignet.

Das Planwerk Innenstadt geriet nicht nur we-

gen seiner Inhalte, sondern ebenso wegen seines Entwicklungsverfahrens in Kritik: Das Konzept wurde verwaltungsintern ohne Beteiligungsverfahren erarbeitet; der Entwicklungsprozess war nicht transparent gestaltet<sup>22</sup>. Auch die übergeordneten Ziele des Planwerks waren nicht öffentlich diskutiert worden, sondern alleine durch seine Verfasser bestimmt. Das Planwerk als übergeordnetes Entwicklungskonzept der Stadt hätte auf einem weitreichenden Konsens aller Betroffenen beruhen müssen und nicht einer autoritären Planung nahe kommen dürfen, die durch einzelne Protagonisten normiert und entwickelt wurde. Die Kritik an dem Planwerk kam daher nicht nur aus fachlichen Kreisen, sondern ebenso aus großen Teilen der Bevölkerung. Besonders die Ostberliner beklagten die angestrebten baulichen Veränderungen im historischen Zentrum. 40 Jahre Stadtentwicklung in der DDR hatten wie im Westen Orte hervorgebracht, die für ihre Bewohner auch emotionale Werte hatten. Der Plan zeigte die angestrebten Entwicklungen als schon durchlaufenden Entwicklungsprozess in einem baulich vollendeten Zustand. Das Planwerk erschien so als schon abgeseignete Lösung, die keinen Raum für Veränderungen ließ.

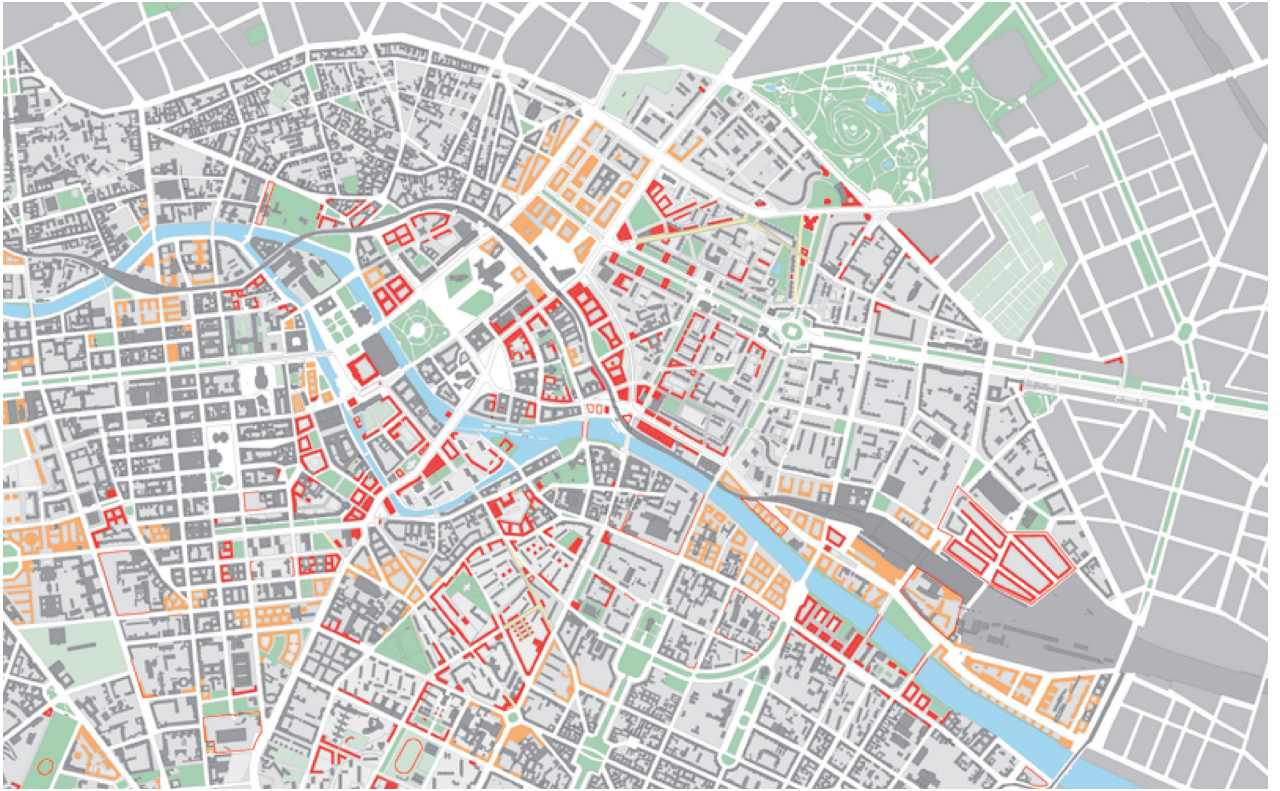
Dies sind nur einige der Kritikpunkte, die nach der Planvorstellung hervorgebracht wurden. In jedem Fall aber löste das Planwerk eine breite Diskussion über die zukünftige Stadtentwicklung Berlins aus. Bis zur Verabschiedung des Plans sollten noch drei Jahre vergehen, die durch eine intensive Kommunikation zwischen Verfassern und Bürgern/Plangegnern geprägt war. Als Reaktion



Abb. 30: "Planwerk Innenstadt", 1999

auf die erste Vorstellung des Plans wurden breite Beteiligungsverfahren eingeleitet. In den Stadtforen, die jeweils unter einem Themenschwerpunkt - wie beispielsweise auch der Umgang mit der Nachkriegsmoderne - stattfanden, wurden die zukünftige Leitlinien öffentlich diskutiert. Zusätzlich fanden Planungswerkstätten zu einzelnen Entwicklungsgebieten wie der Fischerinsel oder auch der Karl-Marx-Allee statt, an denen Senat, Bezirk und unmittelbar betroffene Institutionen wie Wohnungsbaugesellschaften oder Bürgervereine teilnahmen<sup>23</sup>. Co- Gutachter wurden hinzugezogen, um fachliche Korrekturen an den Planungen vorzunehmen. Im Mai 1999 wurde das Planwerk schließlich vom Senat als überbezirkliche Planungsvorlage verabschiedet. Dabei waren die Planungswerkstätten noch nicht für alle Gebiete - wie auch der Karl-Marx-Allee - abgeschlossen und sollten in den folgenden Jahren fortgeführt werden. Die Verfasser lobten die intensiven Beteiligungsverfahren, die nach der ersten Veröffentlichung des Planwerks von 1996, welches mittlerweile als „Diskussionsgrundlage

für die weiteren Entwicklungsprozesse“ bezeichnet wurde, eingesetzt hatten. Es sei dahingestellt, ob die erste Version des Planwerks wirklich eine Diskussionsgrundlage sein sollte, in jedem Fall aber löste das Planwerk eine Kontroverse von großen öffentlichen Interesse aus, die nur vorteilhaft für eine Stadtentwicklung sein kann.



## 2.2 Die Karl-Marx-Allee im "Planwerk Innenstadt"

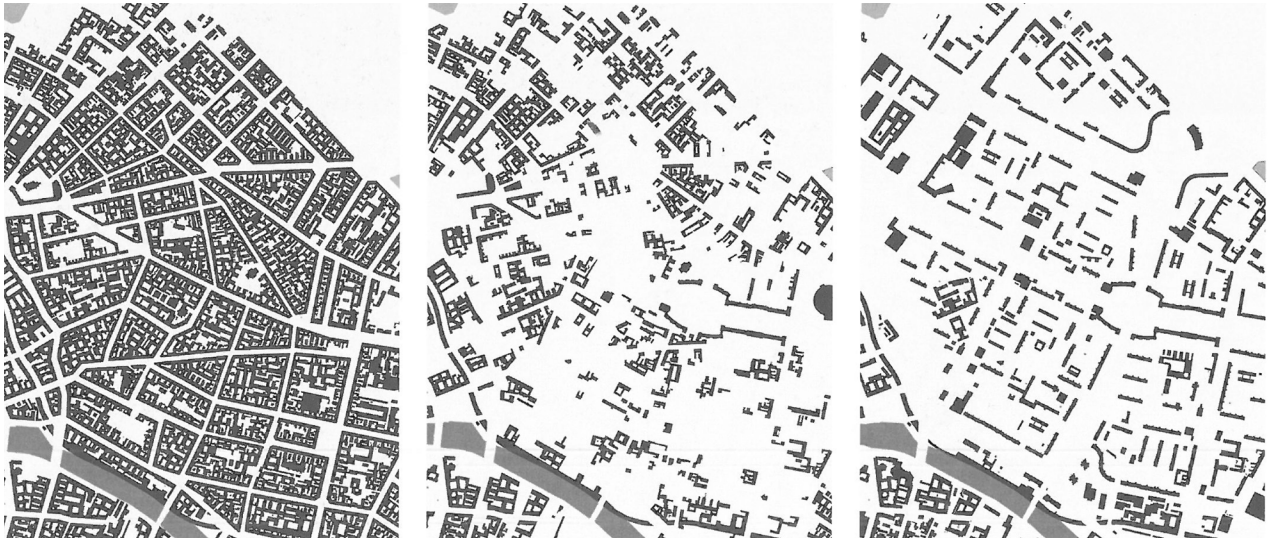


Abb. 31: Wandel der Stadtstruktur, Pläne um 1940, 1953, 1989

In der Erstveröffentlichung des Planwerks von 1996 war der zweite Bauabschnitt der KMA durch viele Neubauten gekennzeichnet. Auch hier - in einem Gebiet, das durch den Städtebau der 60er Jahre gekennzeichnet ist - griff der Grundsatz der kritischen Rekonstruktion: Im nördlichen Teil des Gebiets sollte die Landsberger Allee wiederaufgenommen werden, die diagonal vom Platz der vereinten Nationen bis hin zum Alexanderplatz verlaufen sollte<sup>24</sup>. Die Landsberger Allee war eine wichtige Verbindungsstraße der historischen Königsstadt. Bis 1945 war das Gebiet der heutigen Karl-Marx-Allee durch eine enge, parzellierte Baustruktur durchlaufen, die nach dem Krieg nicht wieder hergestellt worden war. Einhergehend mit der Wiederaufnahme der Landsberger Straße sollte die nördliche Bebauung entlang des Straßenverlaufs abgerissen werden und an die historische Stadtstruktur anknüpfen. Anstelle der freistehenden Hochhausscheiben sollten Großblöcke gebaut werden, die zum Alexanderplatz hin einen kleinen Park umschlossen. Im südlichen Teil des Wohngebiets sollten entlang der Alexanderstraße gezackte Baukörper der ursprünglichen Randbebauung vorgestellt werden. An der Holzmarktstraße wurden diese Baukörper zu Scheibenhochhäusern. Auch die Karl-Marx-Allee selbst war von den Neuplanungen betroffen: Um die Fahrbahnbreite zu reduzieren, waren im westlichen Teil der Allee auf der Südseite drei neue Hochhausschei-

ben ausgewiesen, die den Wohnhäusern der KMA vorgestellt waren und diese optisch verdeckten. Auf der gegenüberliegenden Nordseite sollten kurze, querstehende Hochbauten zwischen den Wohnhäusern die Bauflucht der Verkaufspavillons aufnehmen. Im Inneren des Gebiets waren nur eine geringere Wohnverdichtung vorgesehen. Das Projektteam von Hoffmann-Axthelm und Albers hatte mit seinem Entwurf die Chance verfehlt, die modernen städtebaulichen Strukturen in ihrer Gestalt zu erhalten und in den aktuellen städtebaulichen Kontext einzuarbeiten. Vielmehr noch wurden typische bauliche Charakteristika des Wohnviertels wie die KMA selbst oder die Ränder des Gebiets durch Neubaumaßnahmen optisch verstellt. Der Entwurf zeigte sich damit gegenläufig zu den theoretisch formulierten Zielen des Planwerks und erhielt nicht den „Spezifischen Charakter des Wohngebietes“<sup>25</sup>. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Planersteller die modernen Stadtstrukturen für weniger erhaltenswert hielten als die Blockstrukturen im westlichen Teil Berlins, zumal Prof. Hoffmann-Axthelm die IBA 1987 unter dem Motto der kritischen Rekonstruktion mit veranstaltet hatte.

Im Bezirk Mitte wurden die Planungen für die Karl Marx Allee wenig begrüßt: 1996 beauftragte der Bezirk das Architekturbüro MBHS (Meyer/Bach/Hebestreit/SSommerer) mit der Erstellung eines eigenen Gutachten für den Bauabschnitt.



Die Gutachter respektierten die bestehenden Stadtstrukturen und versuchten, die Identität des Gebiets auch durch die Neubaumaßnahmen zu erhalten. Als Ergebnis wurde eine prozesshafte Erweiterung des Wohnviertels erarbeitet, in der schrittweise das Gebiet verdichtet werden sollte. Es wurden Baufelder festgelegt, die als Potentialflächen für künftige bauliche Aktivitäten in Frage kamen. Innerhalb der Baufelder waren sogenannte Bauspuren ausgewiesen, die mögliche Positionen für künftige Bauvorhaben markierten und beliebig gefüllt werden konnten<sup>26</sup>. Die Felder standen in Relation zu der vorhandenen Grünstruktur des Gebiets und erhielten wichtige Grünzüge als Ausgleichsflächen für die verdichteten Maßnahmen. Die Co-Gutachter respektierten auf diese Weise den Zusammenhang von Bau- und Grünstrukturen. Als Baukörper sollten ausschließlich Zeilenbauten bzw. Scheibenhäuser im Inneren des Gebiets entstehen, die orthogonal zueinander positioniert waren. Dem Gutachten lag die Erkenntnis zu Grunde, dass das Wohngebiet in seiner bestehenden Struktur gut funktioniert und „alle entscheidenden Voraussetzungen für eine aus der eigenen Identität erwachsende Entwicklung habe“<sup>27</sup>. Diese These konnte durch die rege Beteiligung der Einwohnerschaft bestätigt werden: Sie zeigte auf Stadteilkonferenzen wie öffentlichen Diskussionsforen, dass sich das Wohngebiet bei seiner Einwohnerschaft einer großen Beliebtheit erfreute und in seinem bestehenden Charakter erhalten werden sollte.

Mit dem Gutachten des Architekturbüros MBHS war eine Gegenposition zu dem Planwerk Innenstadt entstanden. In den folgenden Jahren musste ein gemeinschaftlicher Konsens für die Entwicklung des Gebiets gefunden werden. Seit

1998 hatte man mit den vertiefenden Gesprächen zur Planung begonnen. 1999 wurde die Planungswerkstatt „Karl-Marx-Allee“ durchgeführt.

Während der Gespräche und auf Grund von neuen Planungsvorhaben außerhalb des Gebiets einigte man sich auf den Ausbau der Landsberger Allee als Fußgängerpromenade, über die nördlichen Neubauten der Landsberger Allee konnte allerdings kein Konsens gefunden werden. Einig waren sich alle Beteiligten über die Verengung der Fahrbahn der KMA. Für bauliche Maßnahmen hier sollte ein Wettbewerb durchgeführt werden.

Für die baulichen Verdichtungen innerhalb des Wohngebiets wurden sogenannte Aktionsfelder ausgewiesen. Diese grenzten ähnlich wie die Baufelder des Co-Gutachtens die Räume für zukünftige Neubauten ein, gaben jedoch keine Auskunft über mögliche Anordnungen oder Formen der Baukörper. Investoren zukünftiger Bauvorhaben hatten so mehr Gestaltungsspielraum für neue Bauprojekte, die Bewohner hingegen befürchteten bauliche Entwicklungen, die nicht der Gestalt des Gebietes entsprachen.

Ein formeller Abschluss des Verfahrens hatte nicht stattgefunden. Der im Planwerk 1999 dargestellte Entwurf für den zweiten Bauabschnitt war gegenüber seiner ersten Variante schon verändert. Allerdings sind immer noch Bauvorhaben wie nördlich der Landsberger Straße abgebildet, für die kein gemeinschaftlicher Konsens erzielt worden war.

#### 4 Phasen der Entwicklung, Gutachten Architekturbüro MBHS, 1996

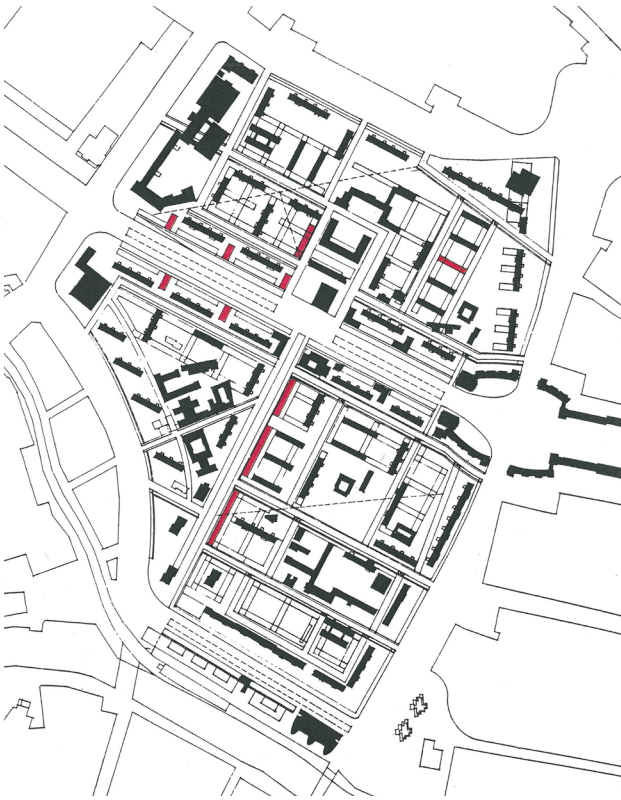


Abb. 32:  
Phase 1



Abb. 33:  
Phase 2

Abb. 34:  
Phase 3



Abb. 35:  
Phase 4



## Entwicklung der Planung für die Karl-Marx-Allee, Senat Berlin

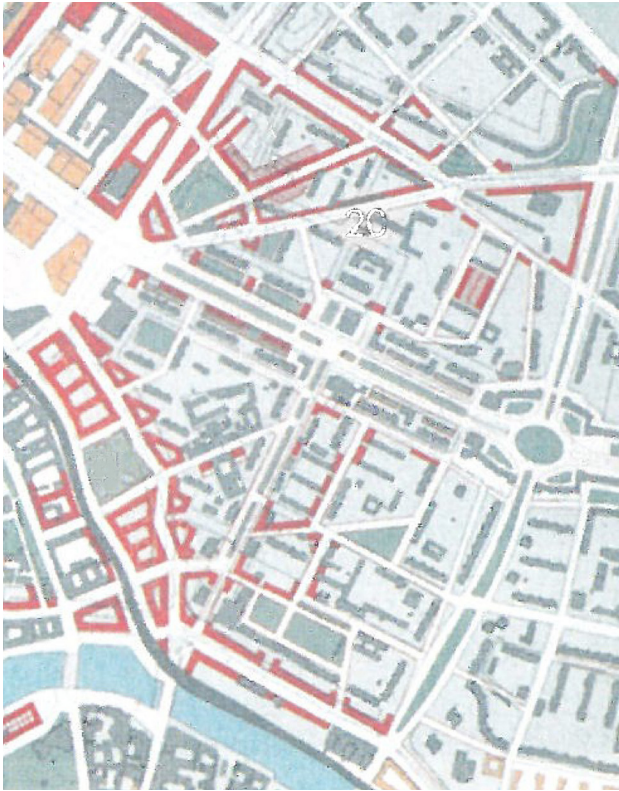


Abb. 36:  
Planungsstand November 1996

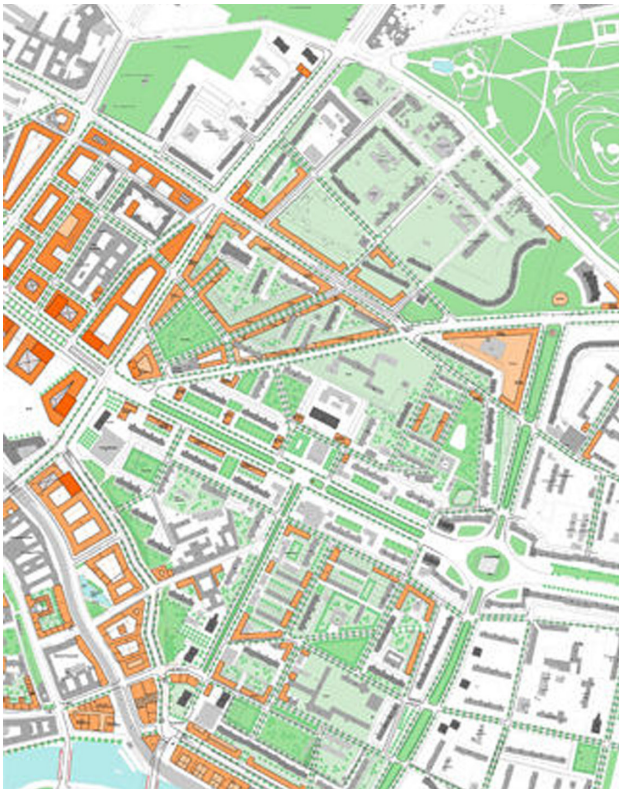


Abb. 37:  
Planungsstand Oktober 1998

Abb. 38:  
Planungsstand November 1998

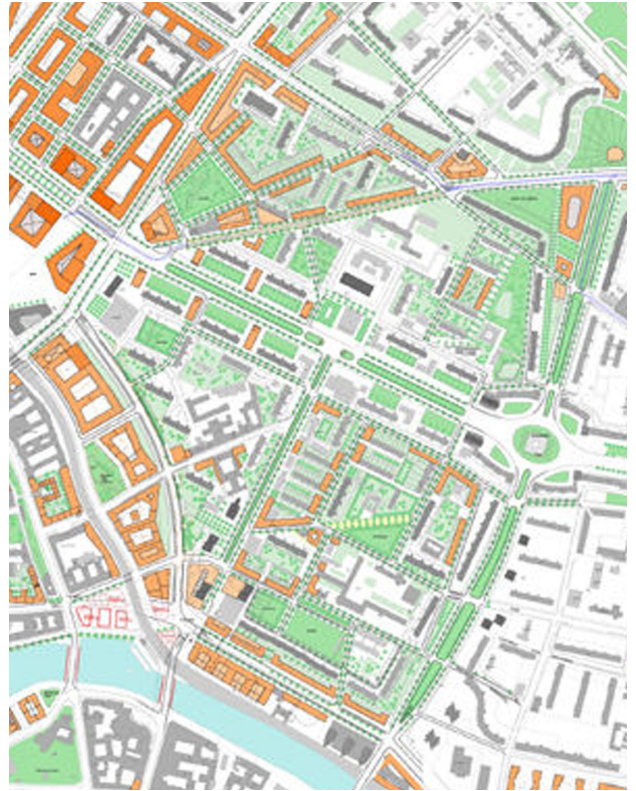


Abb. 39:  
Planbeschluss 1999



### 2.3. Neue Planungen als Chance

Nachdem das Planwerk Innenstadt 1999 verabschiedet worden war, versuchte der Bezirk Mitte Bebauungspläne für das Wohngebiet zu erstellen. Die Aufstellungsverfahren wurden allerdings nicht zu Ende geführt, da Bezirk und Senat sich nicht über gemeinsame Entwicklungsstrategien einigen konnten. In den folgenden Jahren ließ der Veränderungsdruck für das Gebiet nach und das Planaufstellungsverfahren wurde nicht weiter verfolgt<sup>28</sup>.

2008 wurden die Planungen für das Wohngebiet wieder aufgenommen. Der Bezirk Mitte beauftragte das Büro MBHS mit der konzeptionellen Weiterentwicklung des Gutachtens aus dem Jahr 1996 für den Bereich der Schillingstraße und den Bereich der Alexanderstraße/Holzmarkstraße, wo zu diesem Zeitpunkt eine konkrete Bauanfrage vorlag. Als Ergebnis des Gutachtens war ein Bebauungskonzept entstanden, das einheitliche Gebäude in Zeilen oder Kubenbebauung für die Nachverdichtung entlang der Schillingstraße bestimmte. In dem Gutachten wurden auch gestalterische Vorgaben sowie die max. Baukörperhöhe von 18m festgelegt<sup>29</sup>. In den letzten Jahren ist der Veränderungsdruck auf das Gebiet wieder angestiegen.

Grundstückverkäufe brachten neue Grundstücksgrenzen sowie neue Eigentümer hervor, die konkrete Baubegehren an einzelne Flächen stellten. Da kein Bebauungsplan für das Gebiet vorliegt, sollte die Zulässigkeit von Bauvorhaben nach § 34 BauGB entschieden werden, der Neubauvorhaben anhand seines städtebaulichen Umfelds bewertet. Die vorangeschrittenen Planungen im äußeren Umfeld des Wohngebiets, wie zum Beispiel am Alexanderplatz, hatten die umliegende Stadtgestalt stark verändert. Auch im

nördlichen Teil des Wohngebiets am Verwaltungskomplex und dem Haus der Statistik hatte 2009 ein Wettbewerb stattgefunden, dessen Siegerentwurf Großblockstrukturen für das Teilgebiet erarbeitet hatte. Für den zweiten Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee existiert gemäß § 172 BauGB eine Erhaltungsverordnung. Diese gilt allerdings nur für den ursprünglichen Teil des Wohngebiets und nicht für die später erweiterten Teilbereiche. Bauliche Vorhaben bedürfen nach der Erhaltungsverordnung einer besonderen Genehmigung. „Ziel der Erhaltungsverordnung ist der städtebauliche Ensembleschutz, die Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets, d.h. der Stadtgestalt, bestimmt durch Bebauungs- und Freiraumstruktur, und des historischen Ortsbildes.“<sup>30</sup> Zwar beschreibt die Erhaltungsverordnung die charakteristischen Strukturmerkmale des Wohnkomplexes, allerdings sind in ihr nur wenig verbindliche Vorgaben gesetzt. Die Karl-Marx-Allee selbst sowie ihre prägenden Bauten stehen unter Denkmalschutz.

Als 2011 beim Bezirk Mitte zwei weitere Bauanfragen im Bereich der Schillingstraße und um das Rathaus Mitte vorlagen, leitete das Bezirksamt daraufhin ein Bebauungsplanverfahren ein. Die vorhandenen planungsrechtlichen Instrumentarien waren nicht ausreichend gewesen, um den Erhalt der städtebaulichen Gestalt des Gebiets planungsrechtlich zu sichern.

Im Sommer 2011 fand ein Expertenworkshop statt, der die Grundlagen für die Bebauungspläne erarbeiten sollte. Ziel war es, für die Teilbereiche mit konkreten Bauanfragen Konzepte für eine strukturverträgliche Nachverdichtung zu erar-

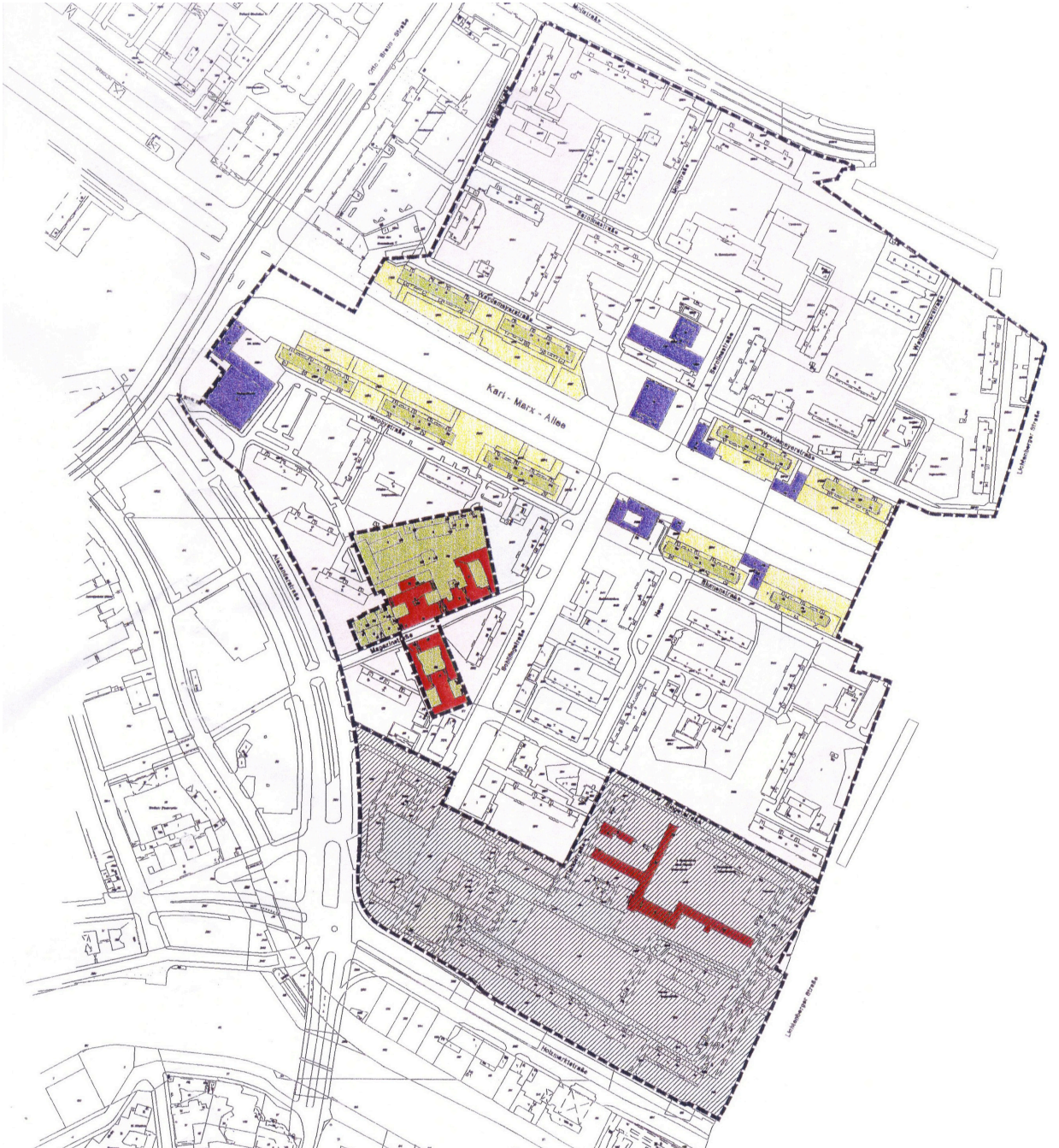


Abb. 40: Denkmalschutz



Abb 41.: Entwurfsvorschlag für die Schillingstraße im Konsensplan.

beiten. Ebenso sollten mögliche planungsrechtliche Instrumentarien diskutiert werden. Neben Experten nahmen auch Vertreter des Senats und des Bezirks am Workshop teil. Als Ergebnis des Workshops ist der Konsensplan hervorgegangen. Erstmals beruhte die Planung im Gebiet auf der Übereinstimmung von Senat und Bezirk. Zuvor hatte der Senat im selben Jahr das „Planwerk Innenstadt“ durch das „Planwerk Innere Stadt“ ersetzt. In diesem war der 2. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee bereits mit einer erheblich geringeren Nachverdichtung ausgewiesen. Der Konsensplan konkretisierte die zukünftigen baulichen Entwicklungen in Konzepten. Entlang der Schillingstraße sollen fünfgeschossige, gleichförmige Baukörper entstehen, die im Erdgeschoss Räume für Läden bzw. Sondernutzungen bereitstellen. Das Ende der Schillingstraße markiert ein fünfgeschossiger Kubenbau, der einen Einzelhandel im Erdgeschoss und in den oberen Geschossen ein Hotel beinhalten soll. Im Bereich des Rathauses soll der leerstehende Verkaufspavillon durch eine fünfgeschossige Bebauung ersetzt werden, die im Erdgeschoss ebenfalls Raum für Läden und Sondernutzung bietet. Westlich des Rathauses ist ein Neubau mit fünf Geschossen geplant. Für die Karl-Marx-Allee selbst wurde kein Entwicklungskonzept erarbeitet, dieser Bereich soll als Teil der IBA 2020 weiterhin behandelt werden. Innerhalb des Wohngebiets zeigt der Plan einzelne Flächen, sogenannte Potentialflächen, die für weitere Bebauungen in Frage kommen. Für die Potentialflächen wurde allerdings kein Konzept entwickelt, sie müssen ebenfalls noch weiter diskutiert werden.



Abb. 42: im Workshop diskutierter Entwurf für die Bebauung um das Rathaus

Neben den konkreten Konzepten wurden im Workshop übergeordnete städtebauliche Parameter erarbeitet, die für alle Neubauvorhaben im gesamten Gebiet greifen sollen. Als wichtiges Ergebnis ist dabei die Höhenbegrenzung aller Neubauprojekte auf fünf Geschosse zu nennen.<sup>31</sup> Der Konsensplan als Regelwerk für die Entwicklung des Wohngebiets hat einen informellen Charakter. Als Grundlage für einen Bebauungsplan bietet er aber erstmals die Chance, eine strukturverträgliche Erweiterung des Gebiets zu sichern, die sowohl von Senat als auch vom Bezirk unterstützt wird. Jetzt, wo ein gemeinsamer Konsens besteht, darf das Planaufstellungsverfahren nicht wieder fallen gelassen werden. Es wäre wünschenswert, wenn der Entwicklungsprozess des Gebiets weiterhin intensiv von Fachleuten, Öffentlichkeit, Bezirk und Senat begleitet wird oder sogar begleitende Strukturen innerhalb der Verwaltung entstehen, sodass die Genehmigung von Bauvorhaben nicht von der Entscheidung einzelner Beamter abhängig ist.

Der aktuelle Planungsbestand stellt neue Anforderungen an planungsrechtliche Instrumentarien für das Gebiet. Eine strukturverträgliche Entwicklung alleine ist nicht ausreichend, um die Identität des Gebiets zu erhalten. Nun gilt es, auch gestalterische Festsetzungen für Neubauten planerisch zu binden. Diese können in einen Bebauungsplan mitaufgenommen werden. Ebenso ist die Präzisierung der Erhaltungsverordnung möglich. Vor allem aber ist es wichtig, ein allgemeines Konzept für die Gestaltung der Neubauprojekte bezüglich Farbe, Material, Konstruktion etc. zu finden, das ebenso auf einem breiten Konsens beruht.



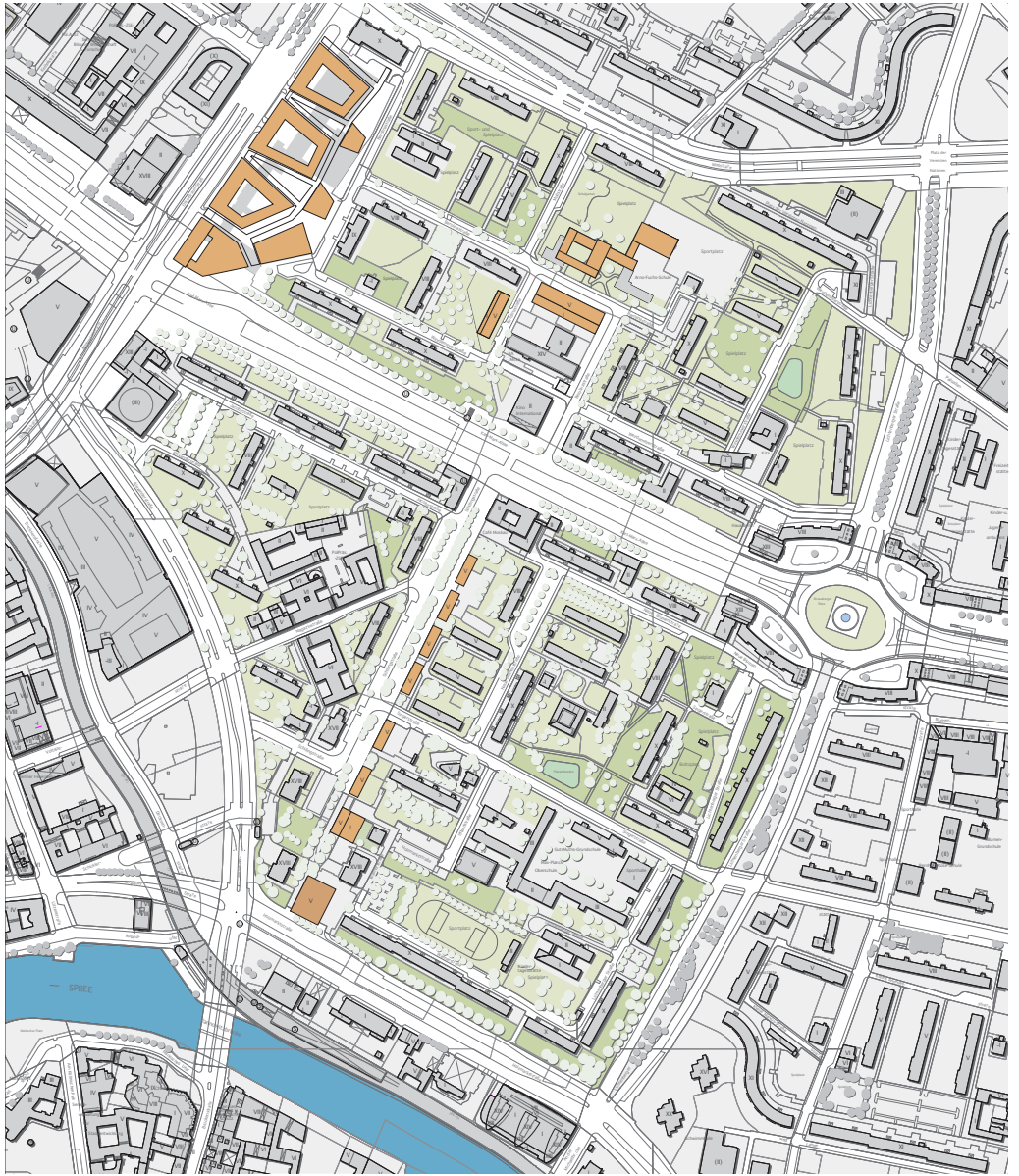


Abb. 43: Der Konsensplan

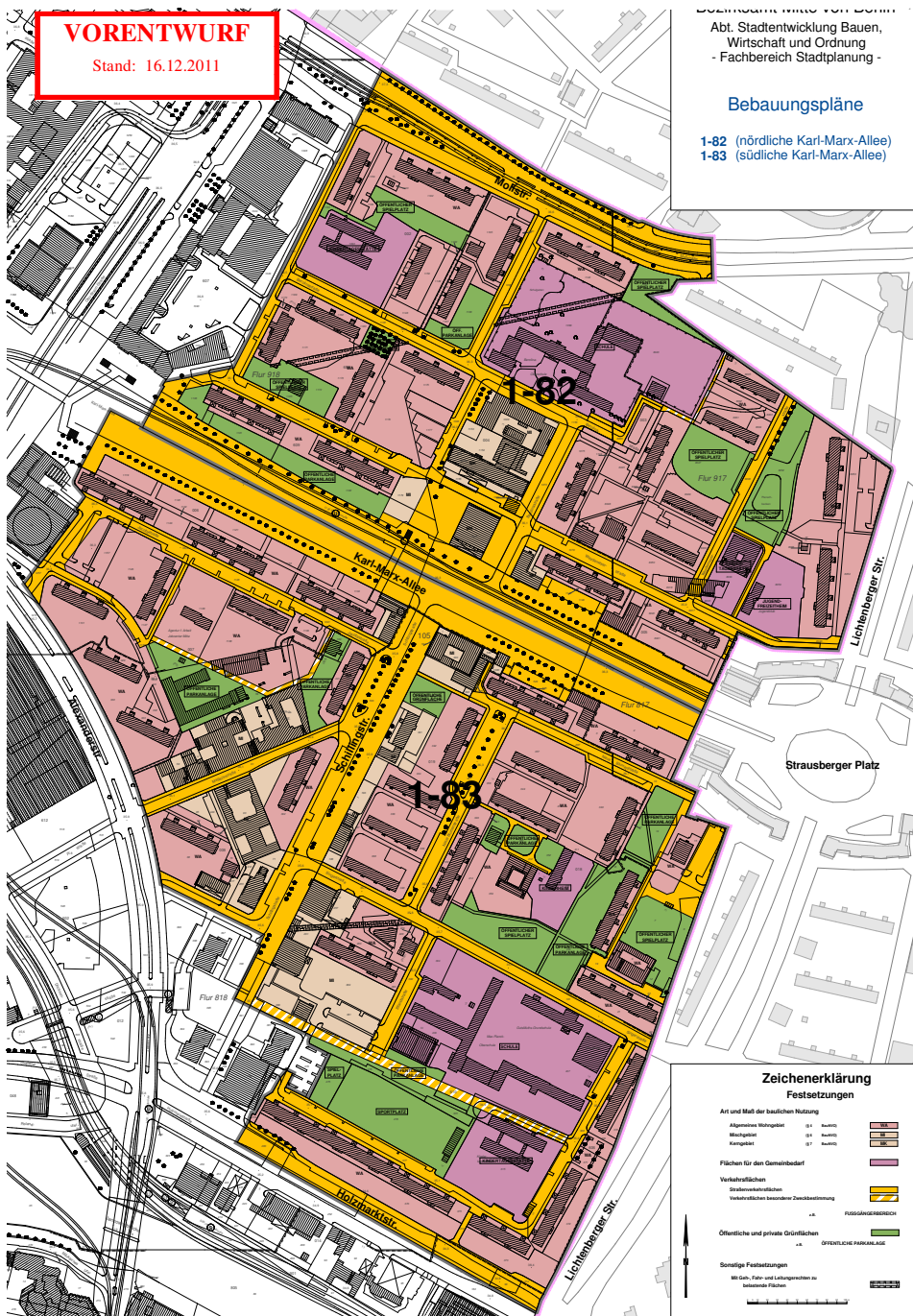
# VORENTWURF

Stand: 16.12.2011

LEHRSTUHL FÜR VON BORN  
 Abt. Stadtentwicklung Bauen,  
 Wirtschaft und Ordnung  
 - Fachbereich Stadtplanung -

## Bebauungspläne

- 1-82 (nördliche Karl-Marx-Allee)
- 1-83 (südliche Karl-Marx-Allee)



### Zeichenerklärung Festsetzungen

Art und Maß der baulichen Nutzung	
Allgemeine Wohngebiete	W 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Mischgebiete	M 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Konzepte	K 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Flächen für den Gemeinbedarf	
Verkehrsmitteln	
Strassenverkehrsflächen	SV 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Verkehrsmittel besonderer Zweckbestimmung	SV 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Öffentliche und private Grünflächen	Ö 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Sonstige Festsetzungen	
Mit Grün-, Fahr- und Liegeflächen zu bebaubaren Flächen	SB 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Abb. 44 : Vorentwurf zum Bebauungsplan 1-82,1-83



## Zwischenfazit

Der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee ist ein Wohngebiet mit hoher baulicher Qualität, dessen städtebauliche Struktur erhaltenswert ist. Bauliche Erweiterungen müssen aus der Struktur des Wohngebiets entwickelt werden und diese weiterführen.

Das Gebiet zeichnet sich durch die Einheit von Städtebau, Architektur und Landschaft aus. Der fließende Grünraum lässt das Gebiet wie einen Park in der Stadt erscheinen. Trotz der innerstädtischen Lage wirkt die Atmosphäre innerhalb der Wohnkomplexe ruhig und halbprivat.

Die funktional-räumliche Gliederung hat bis heute Bestand und bildet einzelne Teilräume aus. Durch die einzelnen Teilräume, die unterschiedlichen Farbgestaltungen der Plattenbauten sowie verschiedene Grünräume wirkt das Gebiet auf den Betrachter vielseitig. Es hat nichts mit dem allgemein vorherrschenden Vorwurf der Monotonie gegenüber Plattensiedlungen zu tun. Das Gebiet ist auf die Fußläufigkeit seiner Bewohner ausgelegt und von öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen. Es erfüllt so die Anforderungen an das heute weit verbreitete Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ bzw. Der Ausbau der Nutzungsmischung innerhalb des Gebiets wäre wünschenswert.

Als erster sozialistischer Wohnkomplex der DDR hat der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee eine baugeschichtliche Bedeutung. Er stellt einen eigenen Beitrag der Nachkriegsmoderne in Deutschland dar. Die gesamte Karl-Marx-Allee mit der Verlängerung der Frankfurter Straße kann als Zeitstrahl der Berliner Stadtgeschichte gelesen werden: Auf die gründerzeitlichen Strukturen im Osten folgt der erste Teilabschnitt der Karl-Marx-Allee mit der sozialistisch-klassizistischen Architektur. Als letzter Abschnitt folgt der sozialistische Wohnkomplex. Die Stadt Berlin darf die Chance nicht versäumen, den Städtebau der DDR in das aktuelle Stadtbild zu integrieren.

Die Kontroverse um das „Planwerk Innenstadt“ hat gezeigt, dass die Anwohner ihr Wohngebiet schätzen und keine identitätsentfremdende Neubauprojekte wünschen. Sie hat auch dazu geführt, dass keine der ursprünglich im Planwerk ausgewiesenen Umbaumaßnahmen bis heute realisiert wurde.

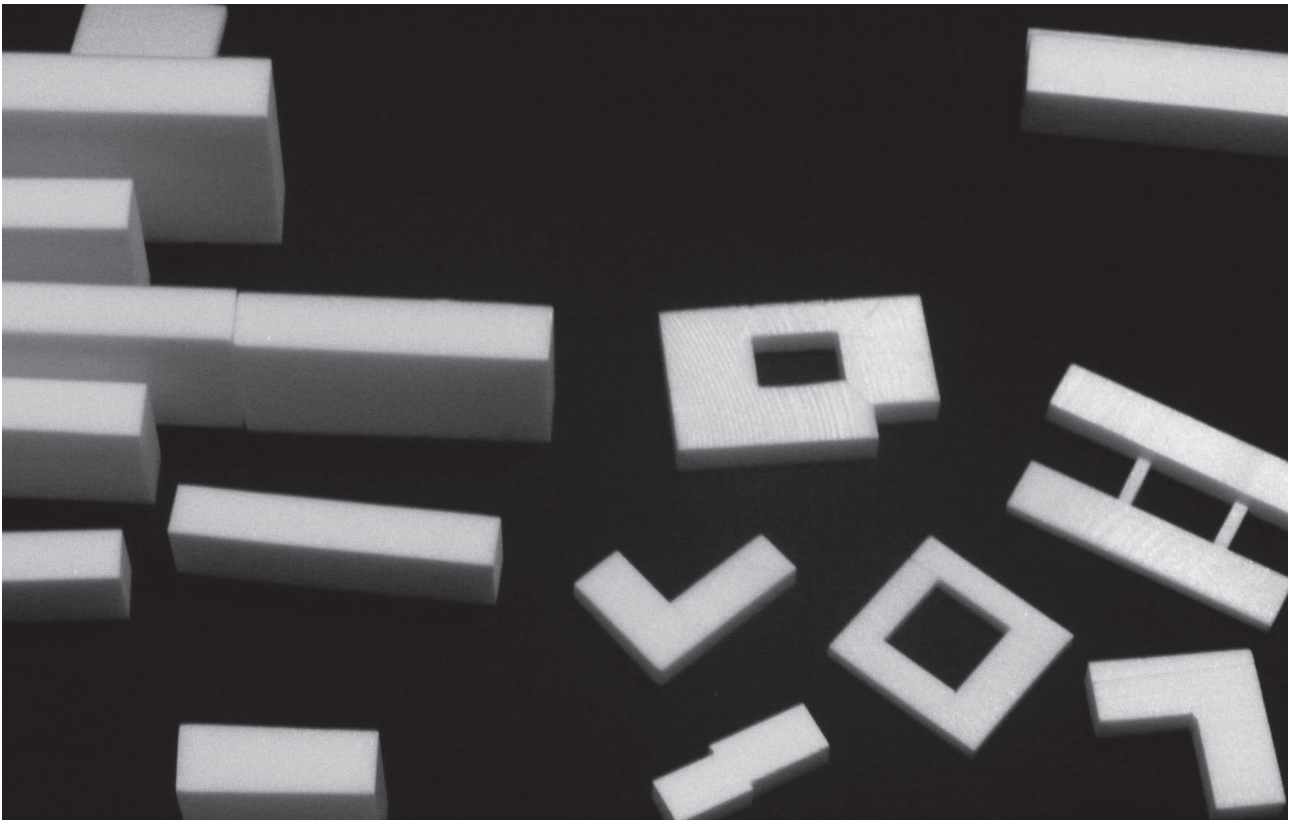
Der heutige Planungsstand stellt erstmalig die Chance dar, nicht über grundsätzliche Erweiterungsstrategien zu diskutieren, sondern eine strukturverträgliche Entwicklung des Gebiets planungsrechtlich zu binden. Es sei dahin gestellt, ob der veränderte Standpunkt des Senats auf eine neue politische Aufstellung, auf veränderte strategische Ziele der gesamtstädtischen Planung oder auf die Diskussionen um das „Planwerk Innenstadt“ zurückzuführen ist.

Die Wertschätzung des Wohngebiets sowie des Städtebaus und der Architektur der DDR im allgemeinen scheint in den letzten Jahren gestiegen zu sein. 2004 veröffentlichten Andreas Butter und Ulrich Hartung das Buch „Ostmoderne“, das vom deutschen Werkbund Berlin e.V. herausgegeben wurde. Das Buch zeigt diverse architektonische sowie städtebauliche Projekte der DDR und stellt ihre baulichen Qualitäten - frei von politisch behafteten Entstehungsumständen - dar<sup>32</sup>. Auch der zweite Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee wird in der Veröffentlichung aufgezeigt. Dennoch ist die Wertschätzung des Wohngebiets nicht mit anderen Wohngebieten der 50er/60er Jahre im ehemaligen Westdeutschland gleichzusetzen. Während das Hansaviertel in seiner Gesamtheit unter Denkmalschutz steht, ist beim zweiten Bauabschnitt nur die Karl-Marx-Allee selbst unter Denkmalschutz gestellt. Der aufzustellende Bebauungsplan sollte daher auch viele gestalterische Vorgaben enthalten, um so die Eigenart auch der hinter der Karl-Marx-Allee liegenden Wohngebiete zu erhalten.

Da der Konsensplan die Grundlage für den Bebauungsplan darstellt, möchte ich mich in meiner weiteren Bearbeitung auf diesen beziehen. Die im folgenden gezeigten Karten enthalten daher sowohl die im Workshop erarbeiteten Konzepte für die Schillingstraße, das Gebiet um das Rathaus sowie die aus dem Wettbewerb von 2009 hervorgegangenen Planungen für den nördlichen Verwaltungskomplex. Ich versuche, geeignete Bebauungsvorschläge für die im Konsensplan gezeigten Potentialflächen zu entwickeln. Diese sollen die Struktur des Gebiets erhalten und sich bestmöglich in ihr städtebauliches Umfeld einfügen. Da ich mich in der Modellbaustudie auf zwei konkrete Flächen im Gebiet beziehe und eine größtmögliche Gestaltungsfreiheit bei den Entwürfen haben möchte, berücksichtige ich bei der weiteren Bearbeitung nicht die im Workshop erarbeiteten übergeordneten Kriterien für alle Neubauten im gesamten Gebiet wie bpsw. die Höhenbegrenzung der Neubauten auf fünf Stockwerke. Da der Konsensplan sich auf Grund von aktuellen Bauanfragen bereits mit den Versorgungszonen im Gebiet beschäftigt hat, möchte ich für meinen Entwurf Bebauungsvarianten finden, die überwiegend der Wohnfunktion dienen. Die Nutzungsmischung der Gebäude ist dabei nicht auszuschließen, um eine zeitgemäße Nutzungsstruktur des Gebiets zu gewährleisten, die nicht mehr auf dem funktionalen Städtebau beruht.



– Erweitern  
Kapitel 3

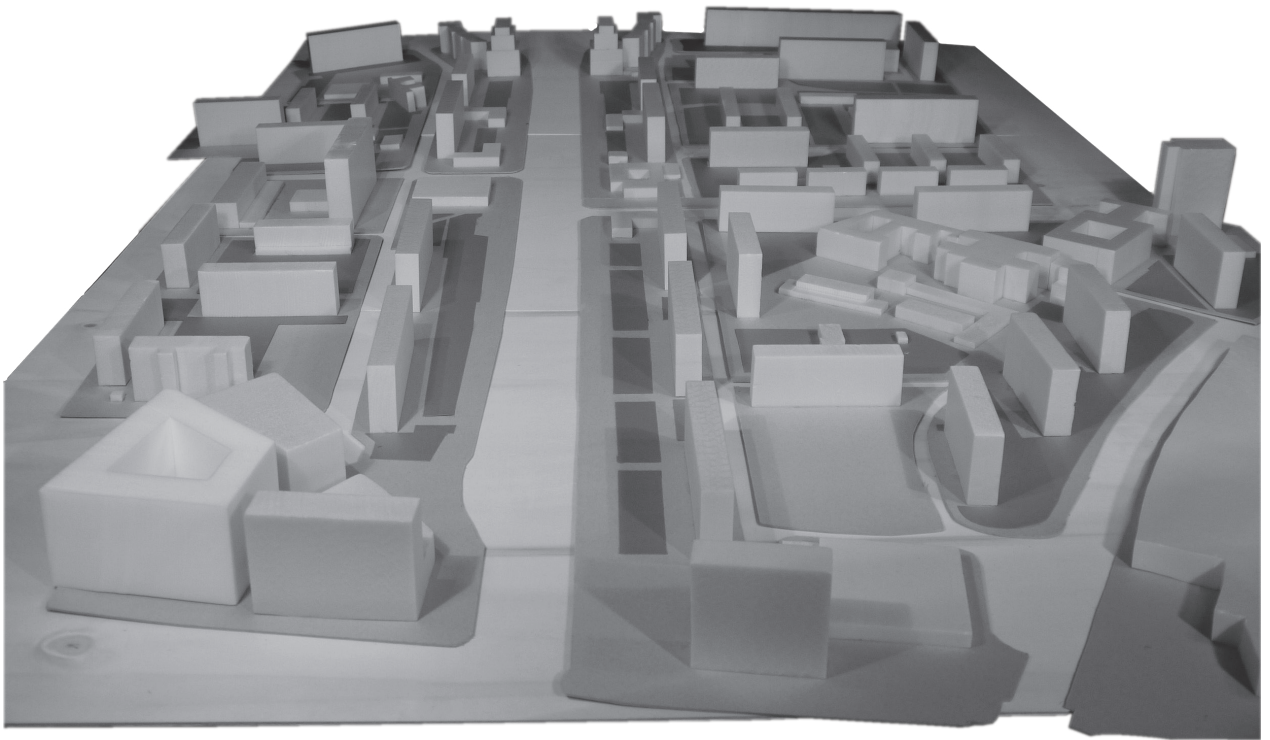


### 3.1 Städtebauliche Analyse

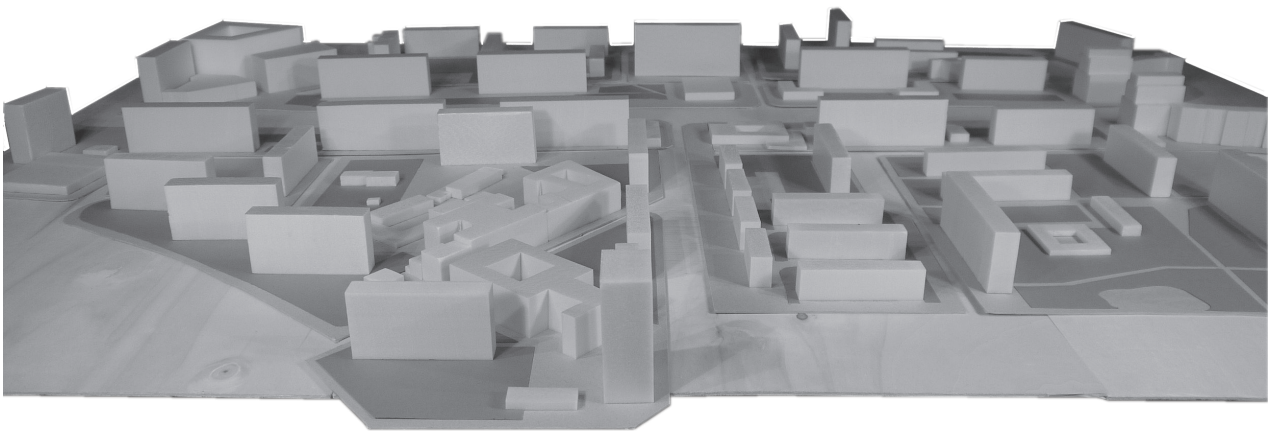


Lageplan mit Verortung des Modellausschnitts





Blick vom Alexanderplatz entlang der Karl-Marx-Allee



Blick in Richtung Norden

## städtebauliches Umfeld










Abb. 45.

# Erschließung




# Funktionen



- |   |   |
|---|---|
|  Mischnutzung |  Gewerbe               |
|  Gemeinbedarf |  Verwaltung            |
|  Kultur       |  Handel/Dienstleistung |
|  Wohnen       |   |

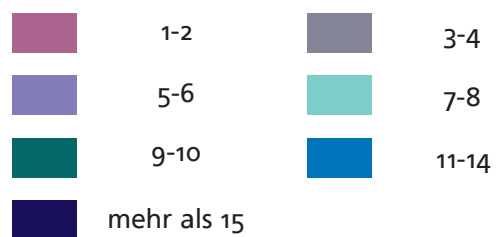


überörtliche Funktion 

örtliche Funktion: Versorgung 



örtliche Funktion: Gemeinbedarf 

# Anzahl der Geschosse

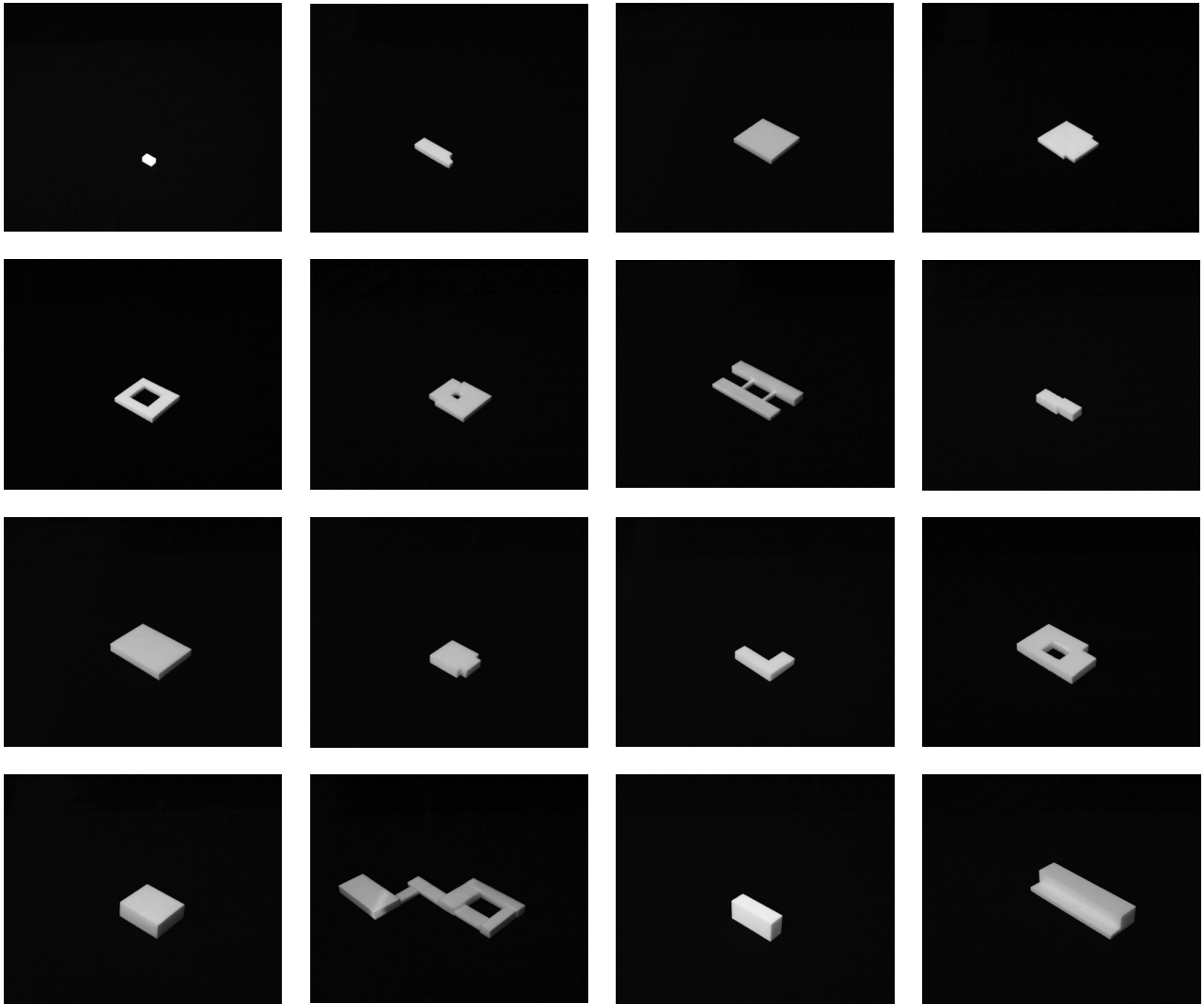


# Städtebauliche Höhendominanten und Blickachsen

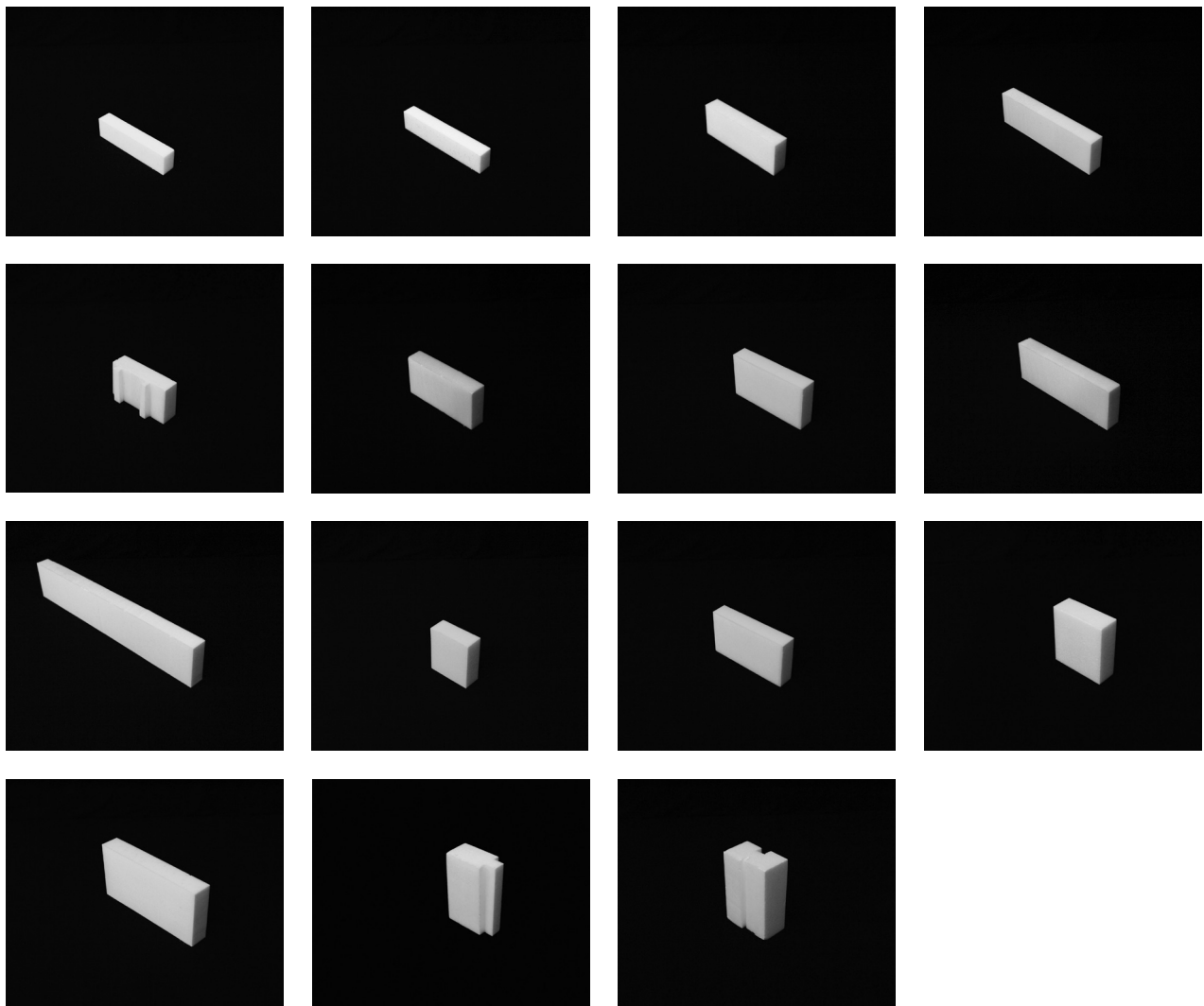


Höhendominanten   
Blickachsen 

# Gebäudetypen







# Grünflächen



# Bäume



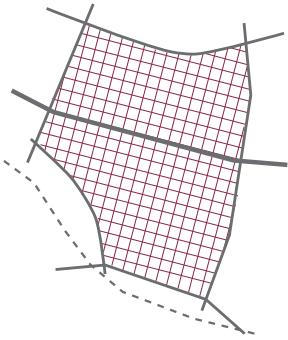
# Gemeinschaftsflächen



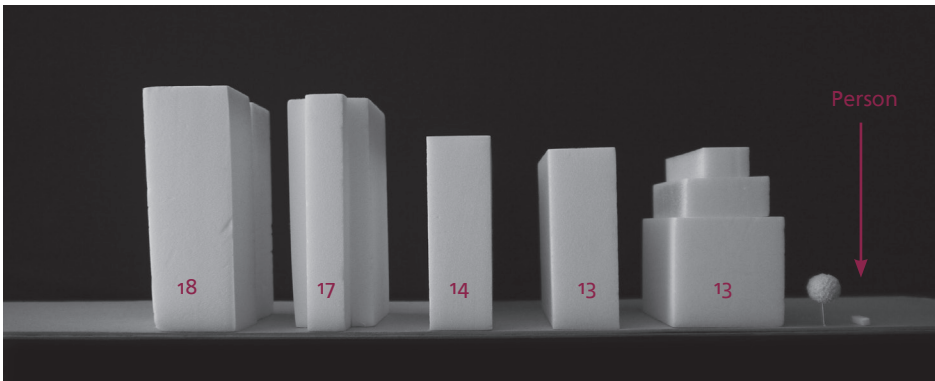
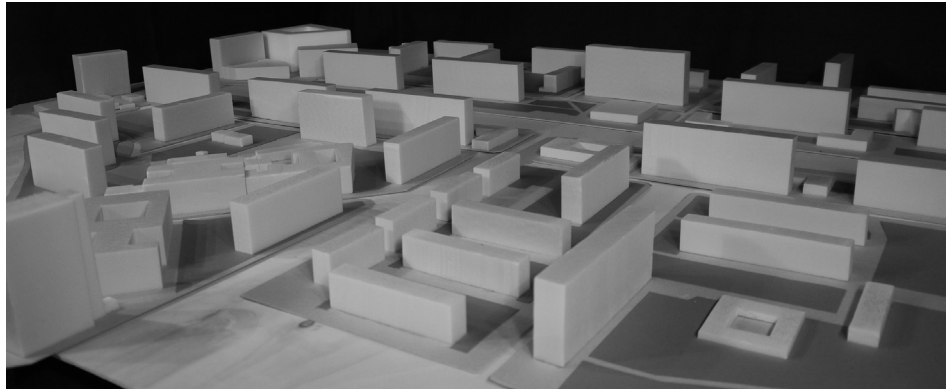
- Spielplatz
- Liegewiese
- Plansche
- Sportplatz
- Schulhof/Kindergarten

## Rückschlüsse aus der Analyse

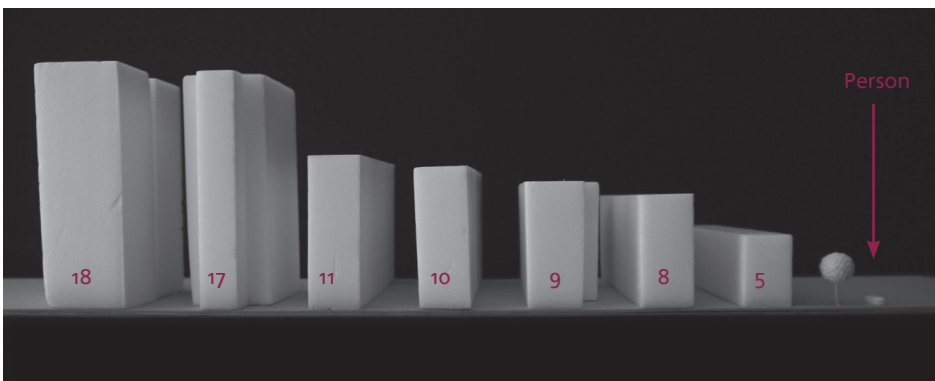
1. Das Gebiet folgt dem funktionalen Städtebau. Die Funktion der Gebäude bedingt ihre Form. Die städtebaulichen Komponenten für die Wohnfunktion sind die Zeilen-, Scheiben- und Punkthochhäuser. Gemeinschafts- oder öffentliche Einrichtungen haben Sonderformen. *Neue Wohnhäuser für das Gebiet müssen aus den bestehenden Strukturen entwickelt werden.*
2. Die Gebäude sind orthogonal zueinander angeordnet. *Dieses Ordnungsmuster muss auch bei Neubauten weitergeführt werden.*
3. Grün- und Baustruktur sind als Einheit zu betrachten. *Bauliche Erweiterungen im Gebiet dürfen die Grünstruktur nicht vollständig eliminieren, sondern sollen diese als Teil von baulichen Konzepten integrieren.*
4. Das Wohngebiet definiert sich vor allem durch seine Höhenstaffelung. Acht bis zehngeschossige Scheibenbauten fassen die Ränder des Gebiets, am Ende der Schillingstraße markieren vier Punkthochhäuser die Randsituation. Innerhalb der Ränder gliedern die hochgeschossigen Gebäude (acht bis zehn Stockwerke) das Wohngebiet in einzelne Teilräume. Die fünfgeschossigen Zeilenbauten finden sich ausschließlich im Inneren des Wohnkomplexes. Gebäude mit gemeinschaftlichen oder öffentlichen Funktionen haben eins bis drei Geschosse. Gebäude mit mehr als elf Geschossen stellen eine städtebauliche Höhendominante dar und sind an den Enden der zwei zentralen Achsen des Gebiets positioniert. *Die städtebaulichen Höhendominanten müssen vom Entwurf respektiert werden. Nachverdichtungsvorhaben dürfen die Grundstruktur der Höhenstaffelung nicht durchbrechen.*
5. Das Gebiet unterscheidet sich in seiner Innen- und Außenwahrnehmung. Die Ränder stellen die bauliche Grenze dar. Die Atomsphäre der Innenbereiche erscheint ruhig und vom Grünraum geprägt. Die Baumasse der Gebäude wird auf Grund und der Grünstruktur kaum wahrgenommen. Obwohl die Flächen innerhalb des Gebiets öffentlich zugänglich sind, erscheinen sie wie ein halbprivater Raum. Von Außen betrachtet zeichnet sich das Gebiet durch seine hohe Bebauung, dem regen Straßenverkehr sowie der räumlichen Nähe zum Alexanderplatz aus. *Neubauprojekte müssen sich den Atmosphären ihrer Umgebung anpassen.*
6. Die Baustruktur des Gebiets ist durch die Wiederholung der einzelnen städtebaulichen Komponenten geprägt. Dabei bilden sich einzelne städtebauliche Ensembles wie das der vier Scheibenhochhäuser an der Alexanderstraße oder der vier Punkthochhäuser am Ende der Schillingstraße. Die fünfgeschossigen Zeilenbauten sind zwar kein eigenes städtebauliches Ensemble, erscheinen aber immer als Doppelung im Wohngebiet. *Die städtebaulichen Ensembles dürfen durch bauliche Erweiterungen nicht gestört werden. Fünfgeschossige Zeilenbauten sollen nur in Doppelung auftreten.*
7. Aus den Rückschlüssen der Analyse lassen sich einzelne Typologien im Gebiet bestimmen, die sich durch ihre Baustrukturen und unterschiedlichen Atmosphären auszeichnen. Es ergeben sich folgende Räume: Die Karl-Marx-Allee, die Ränder, die Schillingstraße, die gründerzeitlichen Strukturen an der Magazinstraße sowie die im Inneren des Wohngebiets liegenden Wohnräume. Die gründerzeitlichen Strukturen sollen im folgenden nicht weiter behandelt werden.



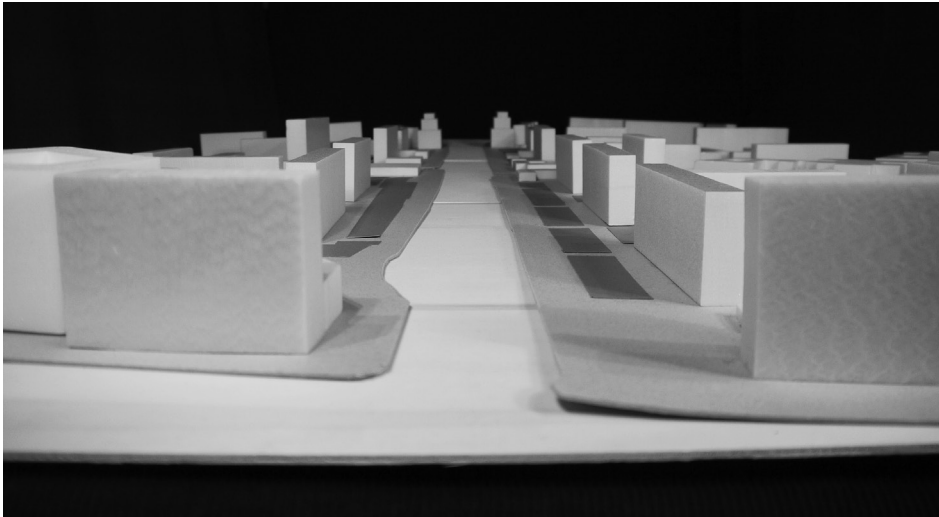
orthogonales  
Ordnungsmuster



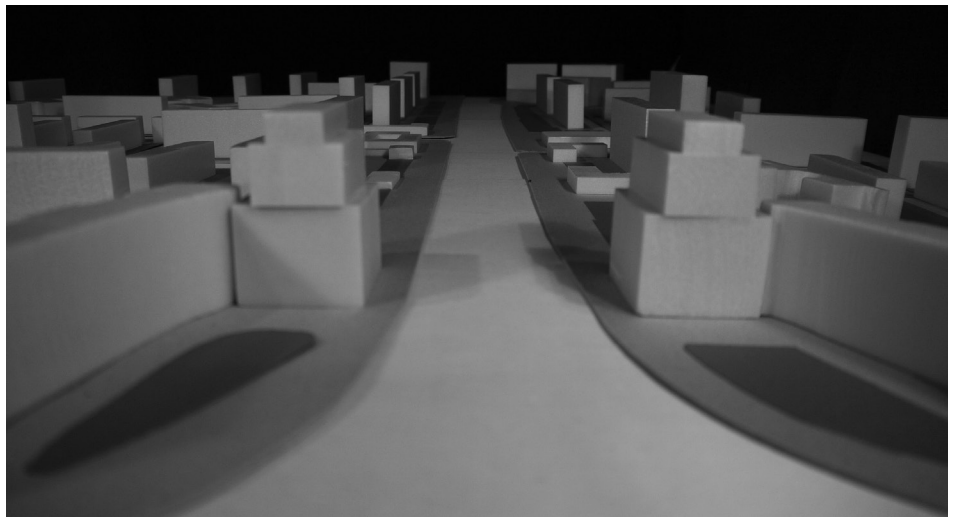
städtebauliche Höhendomi-  
nanten mit Anzahl der Ge-  
schosse



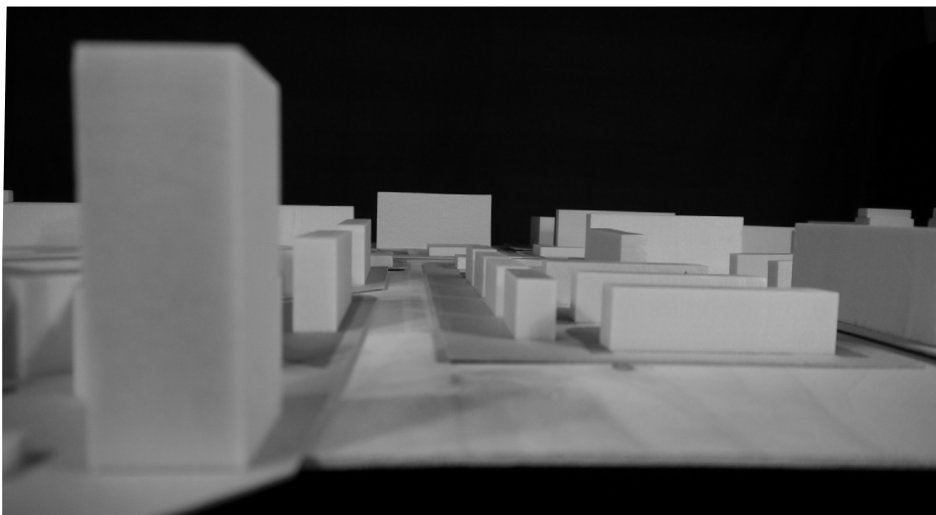
Wohnhäuser mit Anzahl der  
Geschosse



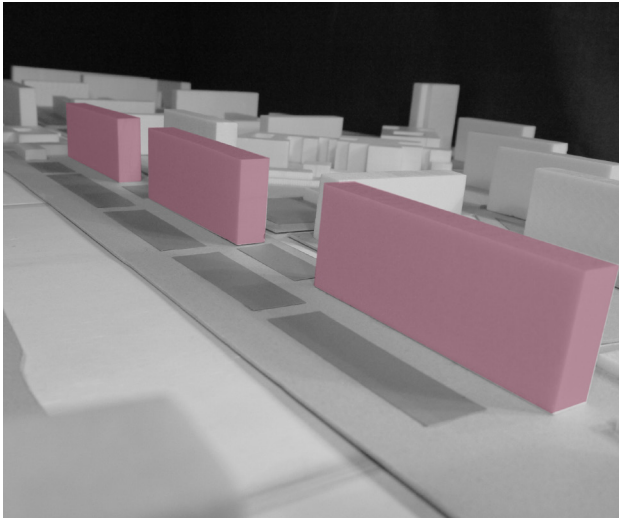
Blickachse Karl-Marx-Allee:  
Blick vom Alexanderplatz  
zum Straußbergerplatz



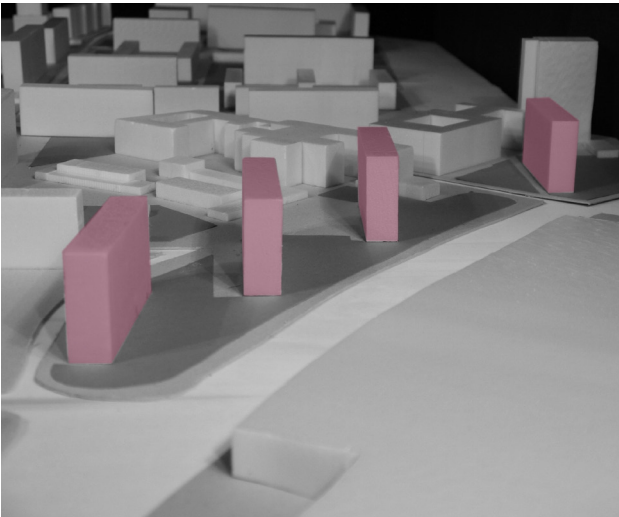
Blickachse Karl-Marx-Allee:  
Blick vom Straußbergerplatz  
zum Alexanderplatz



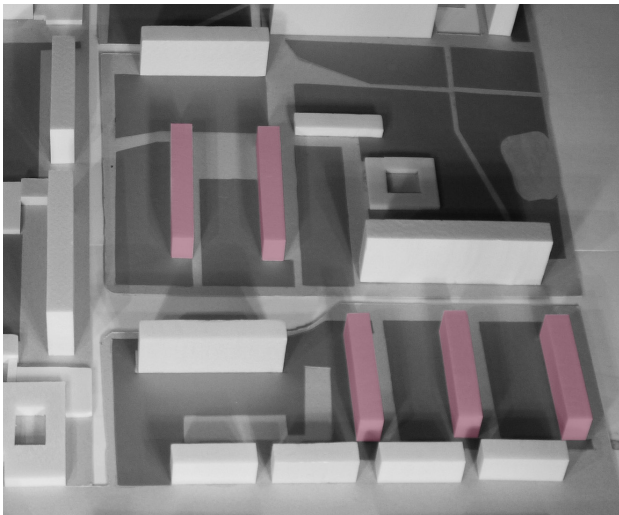
Blickachse Schillingstraße:  
Blick auf das Rathaus Mitte



Ensemble Karl-Marx-Allee,  
Wiederholung der zehngeschossigen  
Wohnscheiben



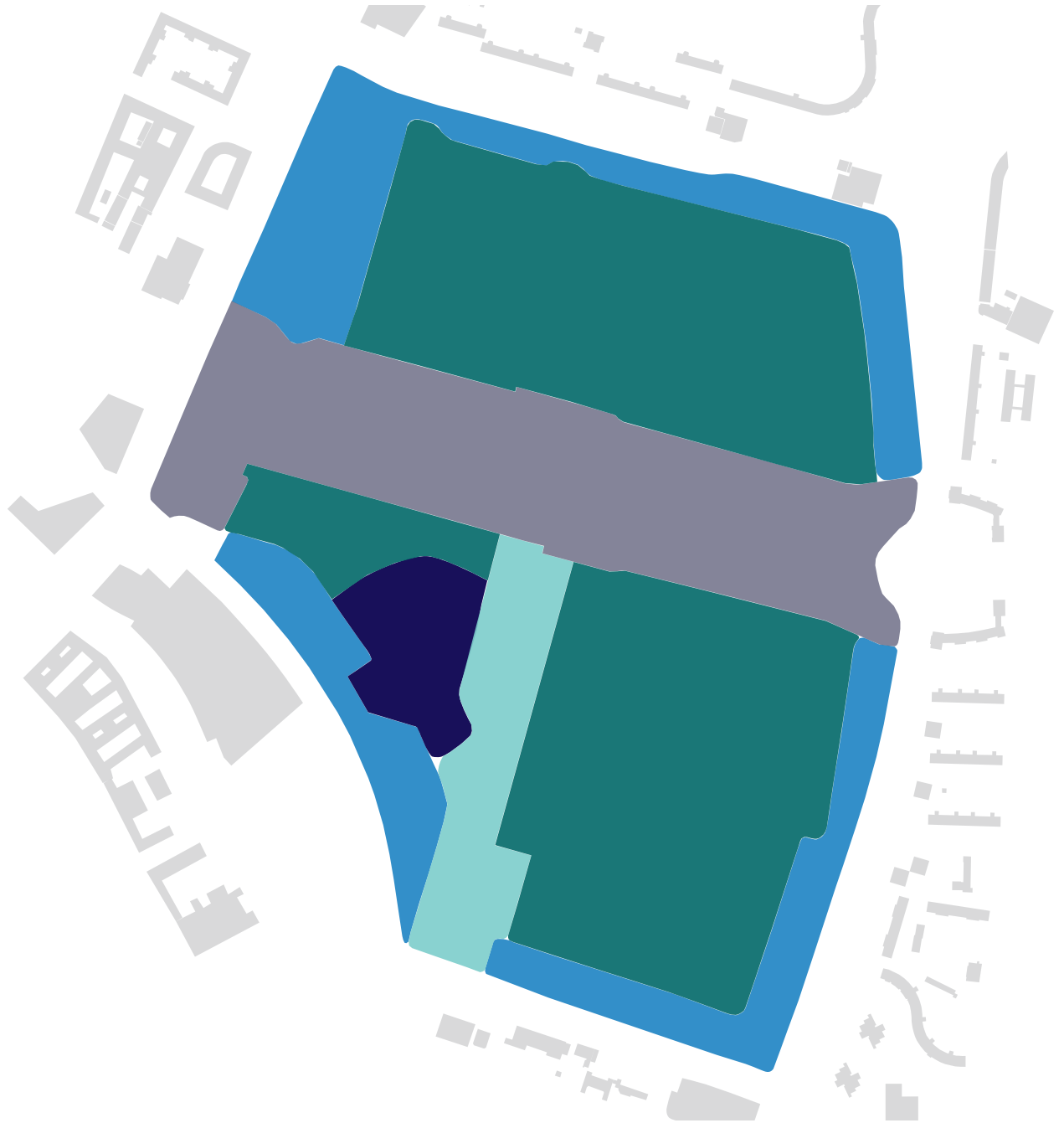
Ensemble Alexanderstraße,  
Wiederholung der zehngeschossigen  
Wohnscheiben



fünfgeschossige Wohnscheiben treten  
immer in Doppelungen auf

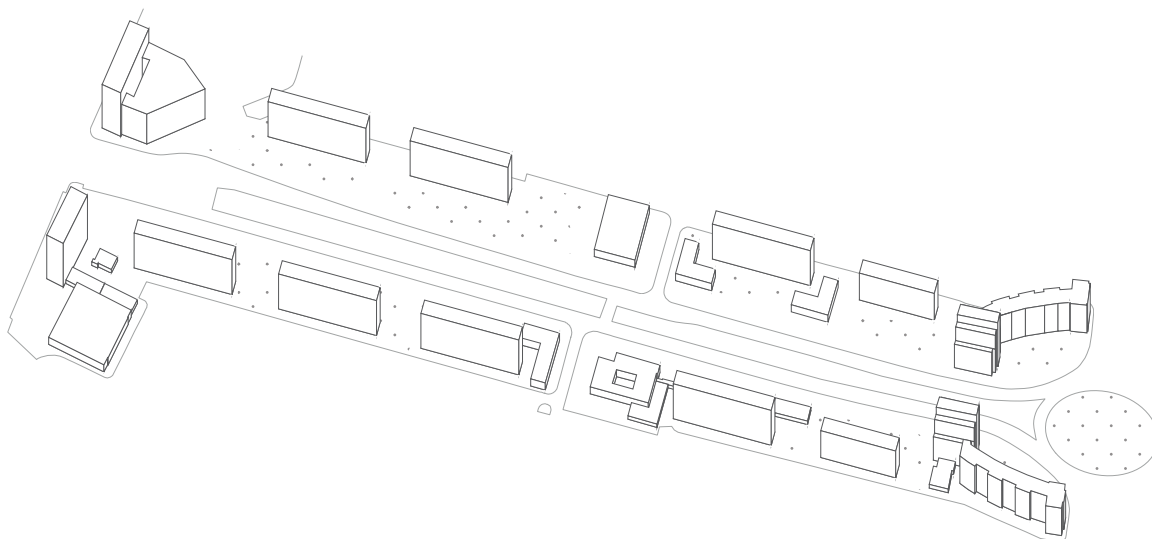


# Typologien

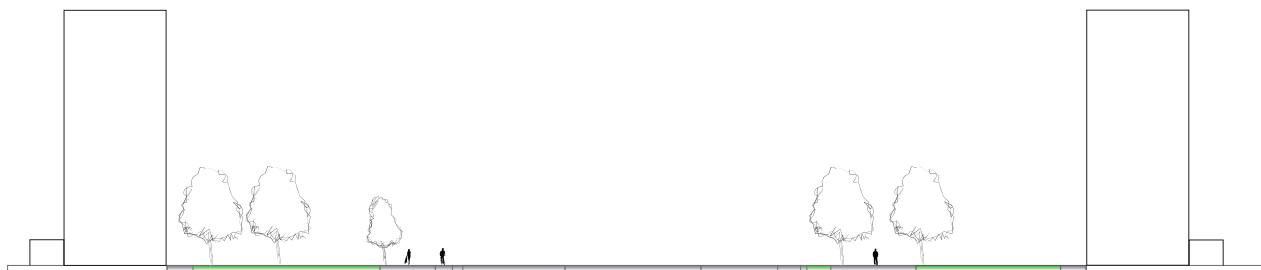


- Karl-Marx-Allee 
- Wohngemeinschaften 
- Gründerzeitliche Strukturen 
- Ränder 
- Schillingstraße 

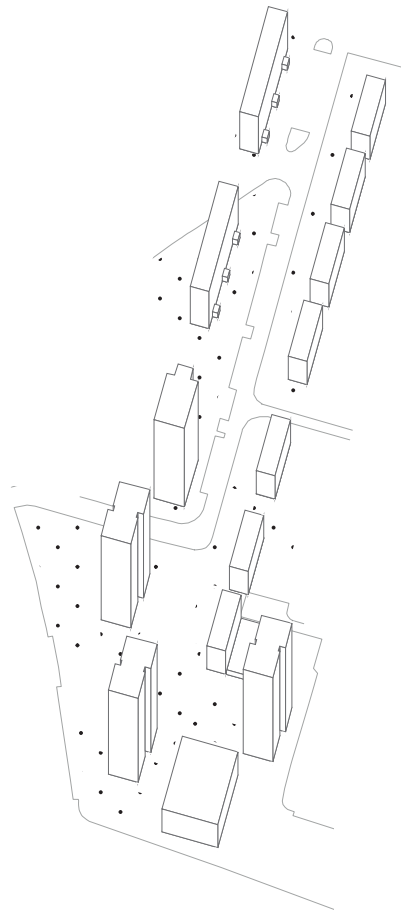
## Karl-Marx-Allee



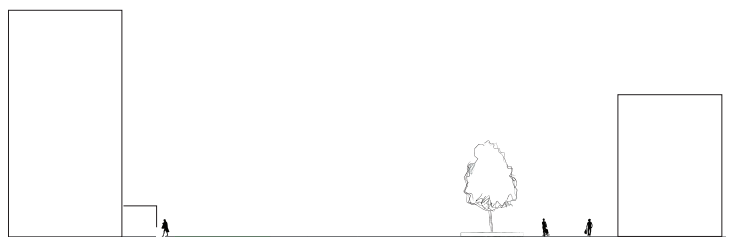
Die Karl-Marx-Allee zeichnet sich besonders durch ihren weiträumigen Straßenraum sowie das städtebaulichen Ensemble um das „Kino International“ herum aus. Sie hat eine überörtliche Funktion mit Handels- Vergnügungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Die Wohnscheiben liegen in einer Bauflucht und werden durch breite Grünstreifen sowie Baumreihen von der Fahrbahn getrennt.



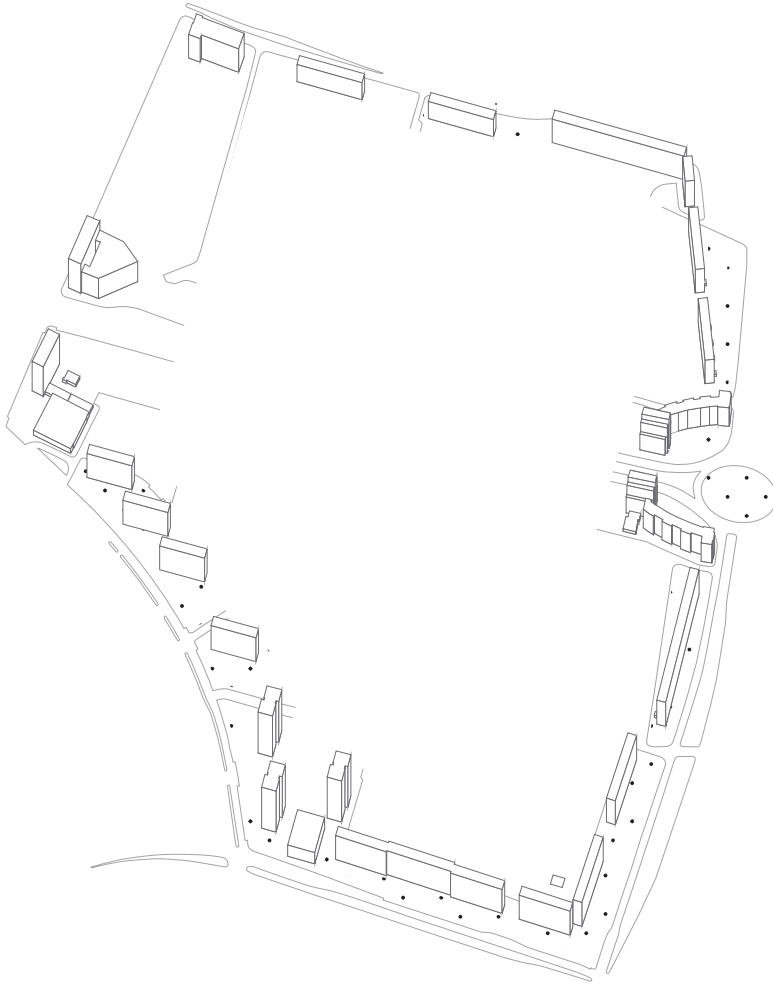
## Schillingstraße



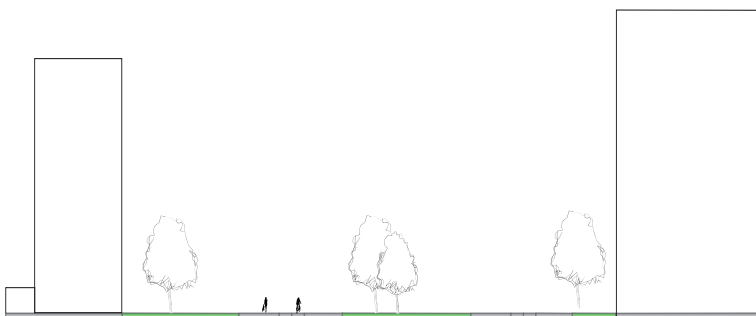
Die Schillingstraße ist als breite Fußgängerpromenade angelegt. Der Konsensplan weist anstelle der eingeschossigen Pavillons fünfgeschossige Zeilenbauten mit Handelsfunktion im Erdgeschoss aus. Die Schillingstraße als Versorgungsachse für den alltäglichen Bedarf sowie als wichtige Wegeverbindung zur S-Bahn Station wird stark von Fußgängern frequentiert. Kennzeichnend ist die Trennung von Verkehr und Fußgängerpromenade durch Hochbeete.



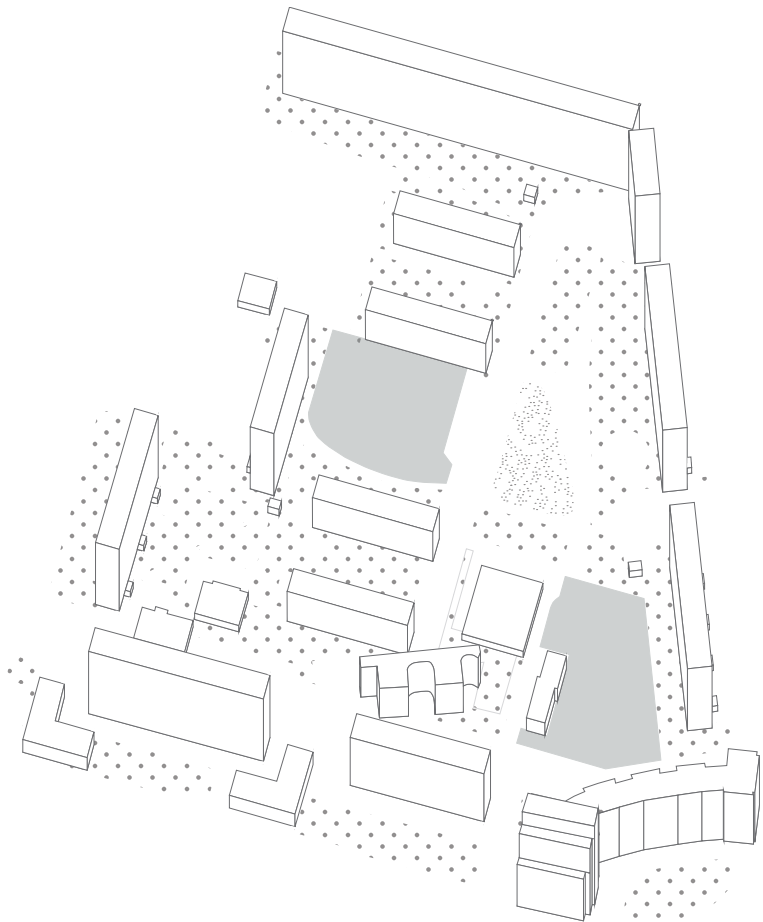
## Ränder



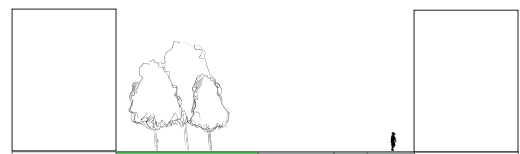
Die Ränder des Gebiets sind durchgehend von hochgeschossigen Bauten gefasst. Langgezogene Scheibenbauten kommen nur hier vor. Alle Gebäude werden durch breite Grünstreifen von der umlaufenden Hauptverkehrsstraße getrennt. Die Randzonen wirken wie die räumliche Grenze zwischen dem Inneren und dem äußeren Wohngebiet.



## Wohnräume



Die einzelnen Wohnräume innerhalb des Gebiets werden durch hochgeschossige Gebäude gefasst, die eine weiträumige, hofähnliche Situation hervorbringen. Innerhalb der Räume finden sich die niedrigeren fünfgeschossigen Zeilenbauten, Gemeinschaftseinrichtungen und Gemeinschaftsflächen. Die Atmosphäre der Wohnräume ist ruhig, die Innenbereiche wirken wie halbprivate Zonen.



## Wohnräume im gesamten Gebiet

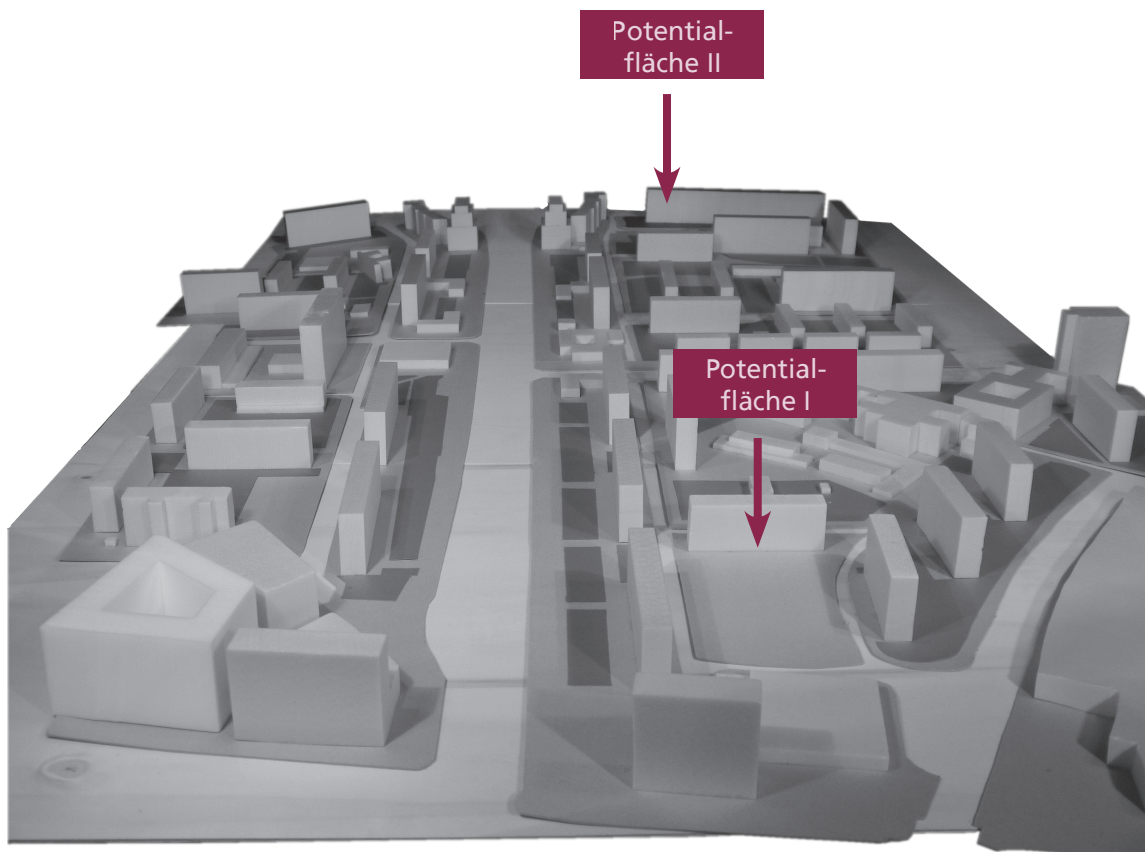




### 3.2 Modellstudie







Die städtebauliche Analyse hat Strukturmerkmale für das gesamte Gebiet herausgestellt, die als Gestaltungsregeln für die neue Bebauung anzuwenden sind.

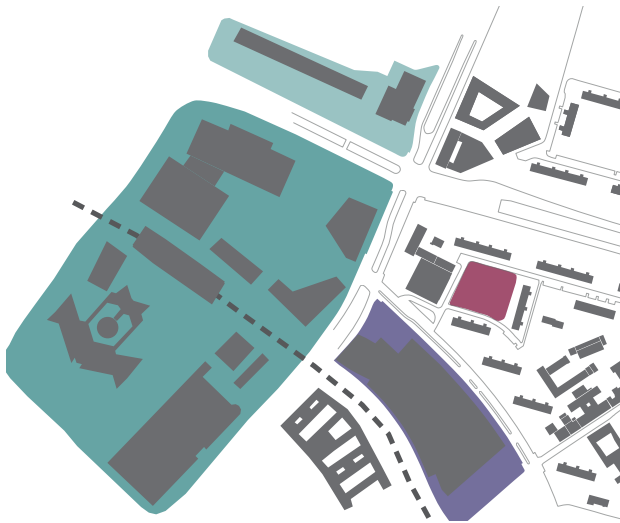
Für die konkreten Entwürfe der Potentialflächen stellt sich die Frage nach der Form, der Höhe und der Position der neuen Bebauungen. Ebenso ist wichtig, das nahe städtebauliche Umfeld der Potentialflächen in den Entwürfen zu respektieren.

Aus der städtebaulichen Analyse kann bereits die Form für die Erweiterung von Wohngebäuden festgelegt werden: Es kommen die Komponenten Punkthochhaus, Scheiben- und Zeilenbau hierfür in Frage. Ein Punkthochhaus mit 17 bzw. 18 Geschossen würde eine neue städtebauliche Höhendominante in dem Gebiet einführen. Ich habe daher versucht, aus der Analyse des nahen städtebaulichen Umfelds der Potentialflächen Anhaltspunkte zu finden, die die Einführung

eines Punkthochhauses rechtfertigen. Konnte ich aus der Analyse keine Rückschlüsse ziehen, habe ich eine Höhenstudie für die Fläche durchgeführt.

Im letzten Schritt habe ich aus allen Rückschlüssen mögliche Positionen für die ergänzende Bebauung hergeleitet. Es ergaben sich so Raster der Positionen. In der Modellbaustudie habe ich die einzelnen Positionen der Raster mit den in Frage kommenden Gebäudetypen gefüllt. Ich habe versucht zu bewerten, welche Bebauungsvorschläge sich am besten in das städtebauliche Umfeld einfügen. Die Ergebnisse der Modellstudie habe ich in tabellarischer Form wiedergegeben. Dabei habe ich die Bebauungsvarianten weggestrichen, die zwar nach den Gestaltungsregeln die Struktur des Gebiets und sein städtebauliches Umfeld respektieren, meiner Meinung nach allerdings weniger geeignet für die Flächen waren.

## Potentialfläche I



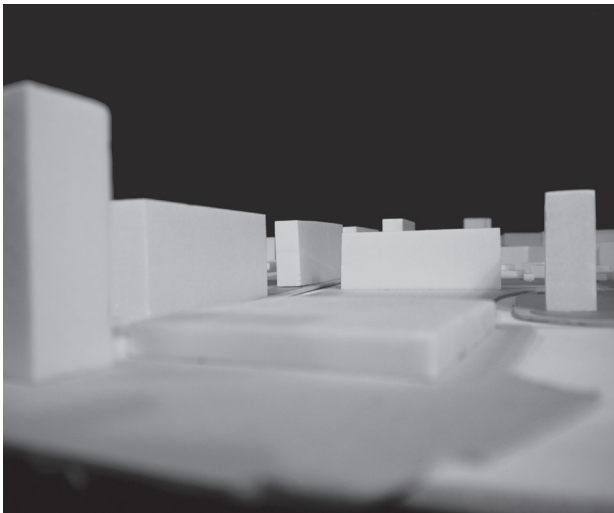
- Potentialfläche
- Alexanderplatz
- Alexa

### Beschreibung der Potentialfläche I:



Die Potentialfläche I liegt am östlichen Ende der Karl-Marx-Allee direkt hinter dem „Haus des Lehrers“. Sie wird von zwei charakteristischen Räumen des Wohnkomplexes umschlossen: Im Süden grenzt die Fläche an das Ensemble der Häuser am Alexanderplatz (Randzonen) und im Norden an die Wohnhäuser der Karl-Marx-Allee an. Ein achtgeschossiges Wohnhaus steht westlich der Potentialfläche. Die umliegende Bebauung umschließt die Potentialfläche von vier Seiten so, dass eine hofähnliche Situation entsteht. Auf der Potentialfläche befindet sich zur Zeit ein Parkplatz sowie ein großer Spielplatz.

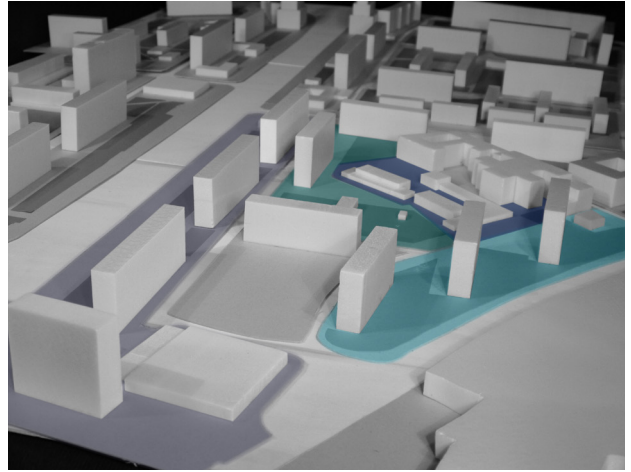
Die gründerzeitlichen Relikte an der Magazinstraße südöstlich der Fläche prägen die nahe städtebauliche Umgebung innerhalb des Wohngebiets.



Durch die unmittelbare Nähe zum Alexanderplatz wird die Potentialfläche I stark von seinem äußeren Umfeld beeinflusst. Der Alexanderplatz als Einkaufs- und Handelszone hat eine eigene städtebauliche Struktur und ist stark frequentiert. Ebenso ist der Alexanderplatz als ehemaliges Zentrum Ostberlins mit dem Fernsehturm ein touristischer Ort. Vom Alexanderplatz sowie vom Einkaufszentrum Alexa aus besteht eine direkte Blickbeziehung zur Potentialfläche; die Fläche öffnet sich zur Straße hin. Letztlich zeichnet sich das städtebauliche Umfeld der Potentialfläche durch die vielbefahrene Alexander- sowie Grunerstraße aus, die als Grenze zwischen dem Wohnkomplex und dem Alexanderplatz fungiert.

## Rückschlüsse:

Das städtebauliche Umfeld der Potentialfläche weist eine heterogene Baustruktur auf und ist vor allem durch die Nähe zum Alexanderplatz hin geprägt. Die Potentialfläche I ist baulich und atmosphärisch nicht als typischer Wohnraum des Gebiets zu bewerten. Sie erscheint vielmehr als Bindeglied zwischen den Typologien der Randzonen und der Karl-Marx-Allee. Die ergänzende Bebauung muss daher die umliegenden Baustrukturen respektieren und sich diesen unterordnen.

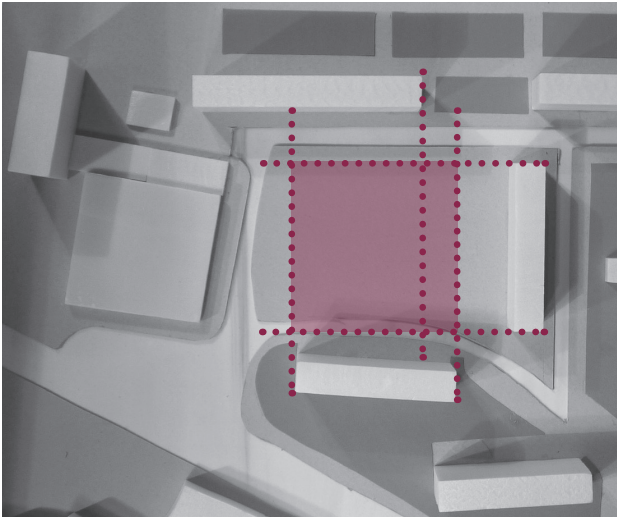


## Höhenstudie:

Die baulichen Entwicklungen außerhalb des Wohngebiets am Alexanderplatz haben ein neue Handels- und Einkaufszone hervorgebracht, die sich durch Punkthochhäuser sowie Shoppingmalls auszeichnet. Die aktuellen Planungen nach den Plänen von Hans Kohlhoff sehen weitere Verdichtungen am Alexanderplatz vor; weitere Hochhäuser befinden sich hier in Planung. Der städtebauliche Ideenwettbewerb für den Verwaltungskomplex im nördlichen Teil des Wohngebiets hat eine Baustruktur hervorgebracht, die zwischen 9 bis 15 Geschossen variiert.

Auf Grund der Planungen und der Höhenentwicklung außerhalb des Wohngebiets muss ein Hochhaus für die Potentialfläche in der weiteren Studie diskutiert werden.

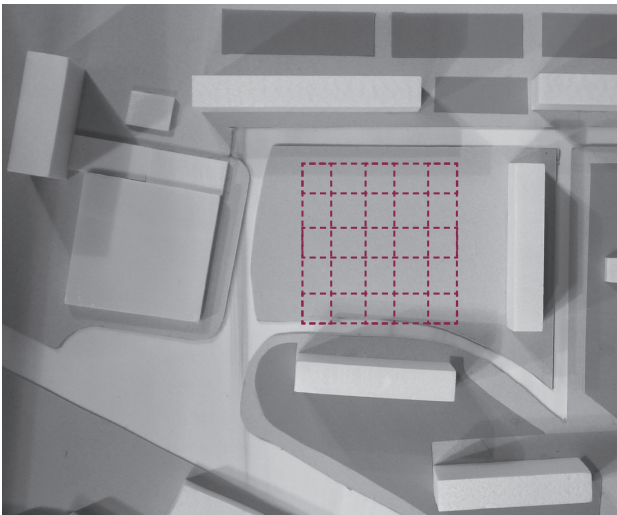
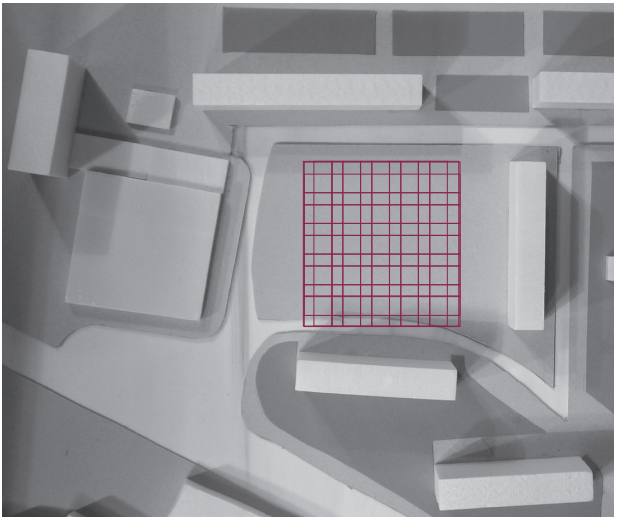




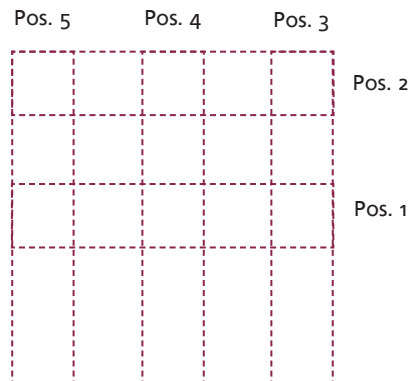
## Position:

Um die ergänzende Bebauung so anzuordnen, dass sie die angrenzenden, charakteristischen Räume des Wohngebiets respektiert, wurden im ersten Schritt die Baukanten der umliegenden Gebäude verlängert. Dadurch entsteht ein quadratisches Baufeld. Innerhalb des Baufelds ergibt sich für die Zeilen- bzw. Scheibenbebauung eine Vielzahl von möglichen Positionen, die sich in einem Raster zusammenfassen lassen.

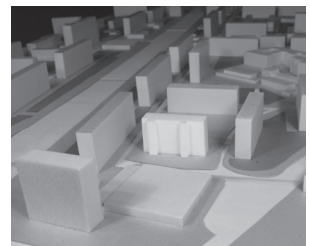
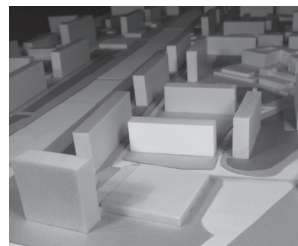
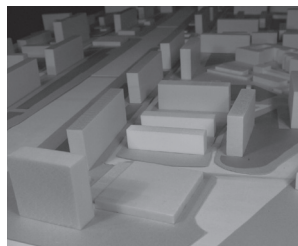
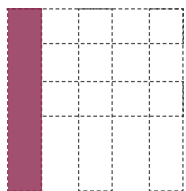
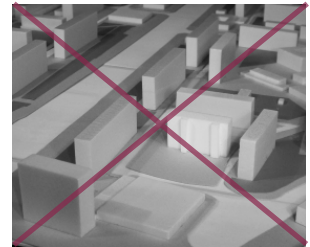
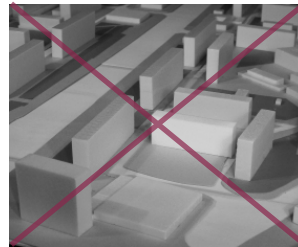
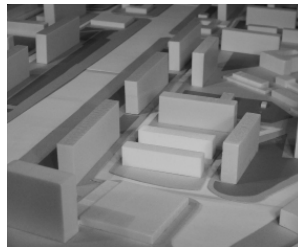
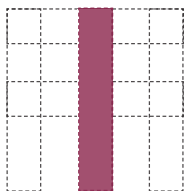
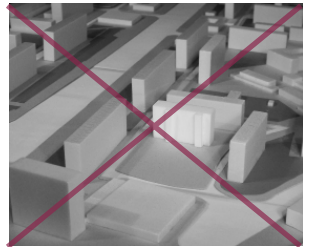
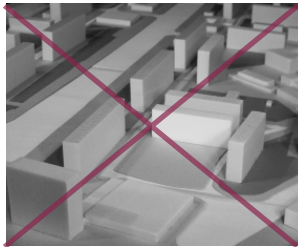
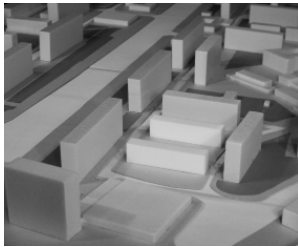
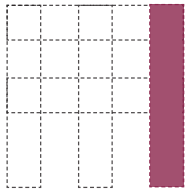
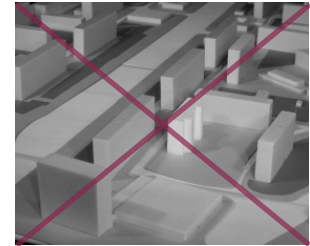
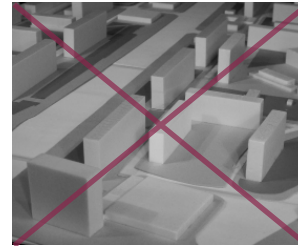
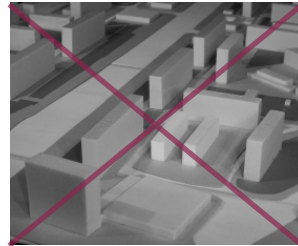
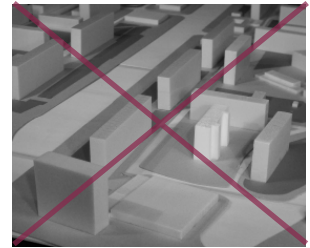
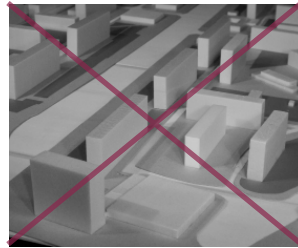
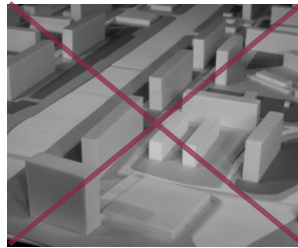
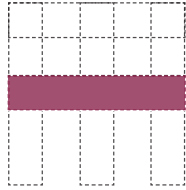
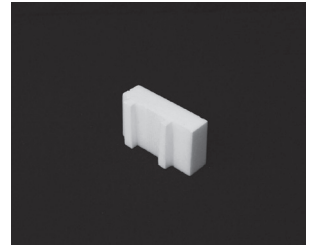
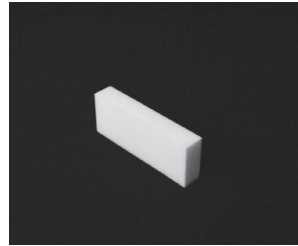
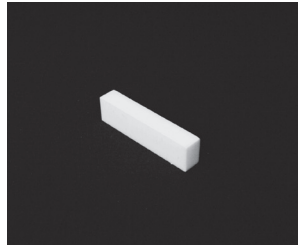
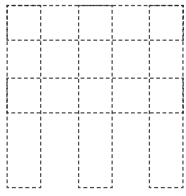
In der Modellstudie sollen die Positionen geprüft werden, die am äußeren Rand der Baufelder liegen. Diese nehmen direkt die Baukanten der umliegenden Bebauung auf. Da eine Erschließungsstraße die Position nahe des Scheibenhochhauses an der Alexanderstraße durchläuft, entfällt diese für die weitere Studie. Zusätzlich werden die Positionen geprüft, die sowohl horizontal als auch vertikal mittig durch das Baufeld verlaufen. Es ergibt sich so ein Raster mit insgesamt fünf möglichen Positionen

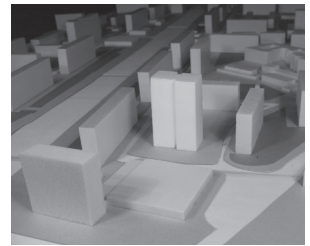
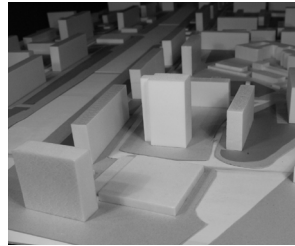
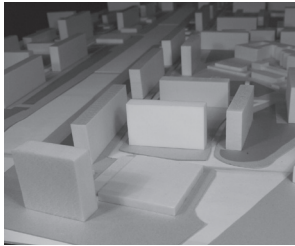
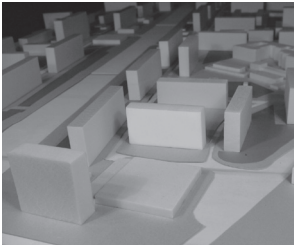
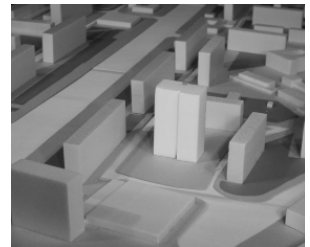
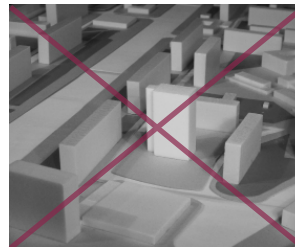
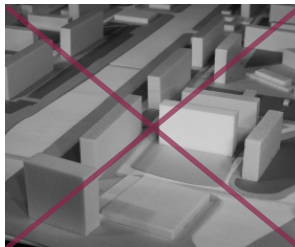
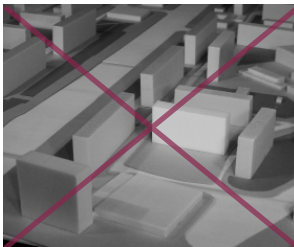
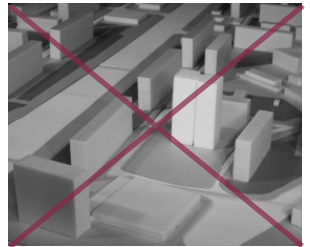
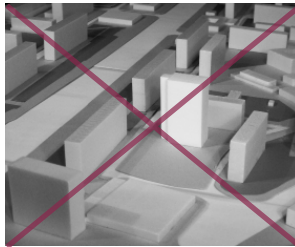
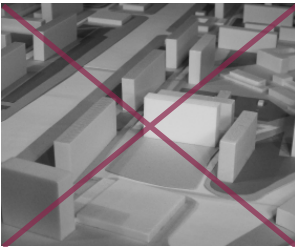
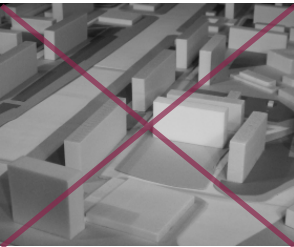
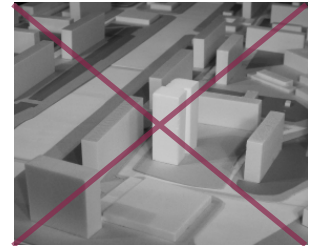
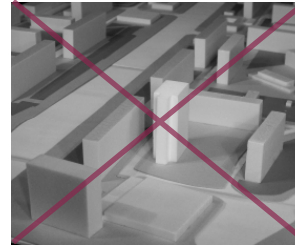
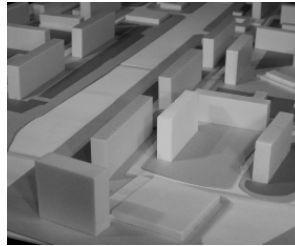
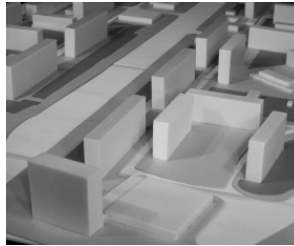
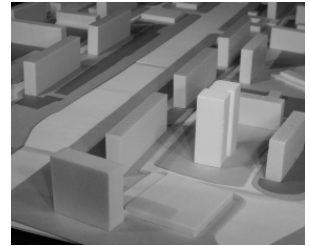
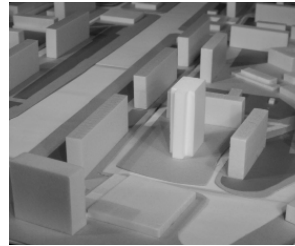
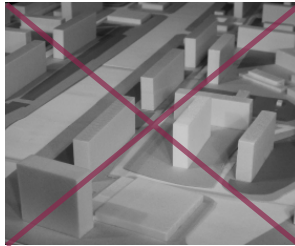
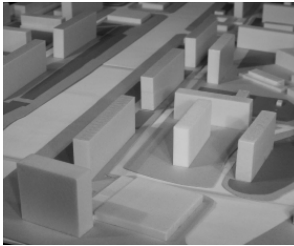
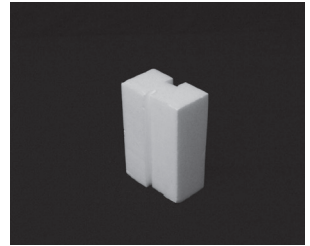
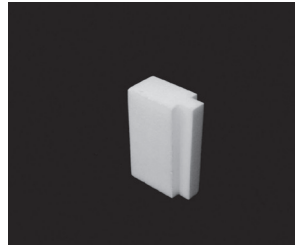
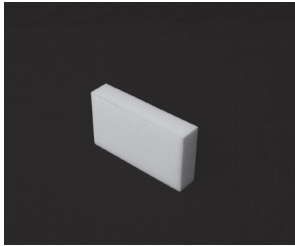
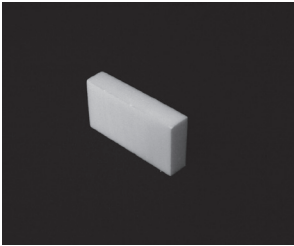


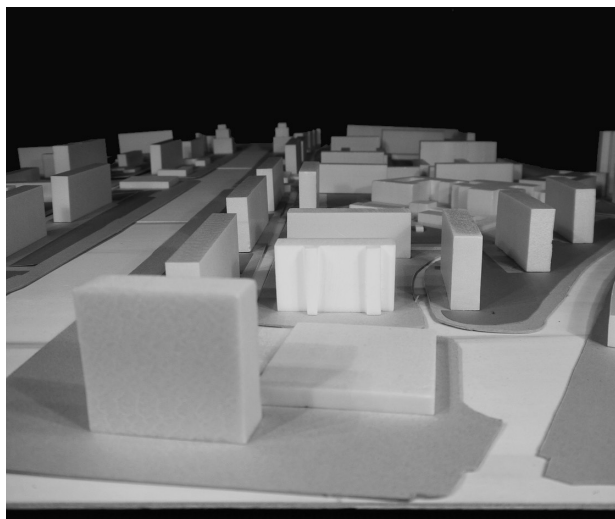
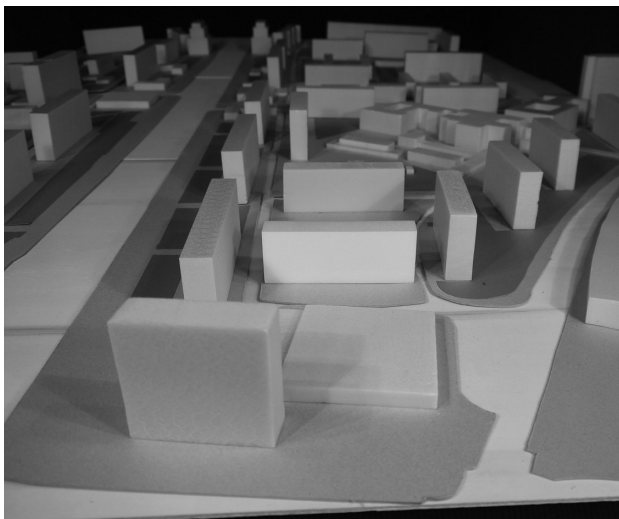
## Positionen











Variante 1:




Das achtgeschossige Scheibenhochhaus ist meinem Empfinden nach der beste Bebauungsvorschlag für die Potentialfläche I. Die Höhe von acht Geschossen ordnet sich den umliegenden zehngeschossigen Typologien unter. Im gesamten Wohngebiet ist häufig das Zusammenspiel von acht- und zehngeschossigen Scheibenbauten zu beobachten, die einzelne Teilräume umschließen. Der achtgeschossige Bau folgt diesem Strukturmerkmal und bildet durch seine vertikale Positionierung eine hofähnliche Situation. Ebenso erscheint ein vertikal ausgerichtetes Gebäude als Verbindungsglied zwischen den Typologien der Karl-Marx-Allee und der Randzonen. Generell ist die vertikale Ausrichtung der neuen Bebauungen der horizontalen vorzuziehen, da nur so zwischen der Bebauung ein abgeschlossener Teilraum entstehen kann. Nur in einzelnen Fällen wie bspw. beim elfgeschossigen Baukörper ist die horizontale Ausrichtung auf Grund von vergleichbaren Situationen innerhalb des Gebiets zu rechtfertigen. Ebenso bietet ein vertikal ausgerichtetes Bau Sichtschutz vom Alexanderplatz zum Inneren des Wohngebiets. Das Gebäude erscheint so als Ergänzung der Randzonen. Aus diesem Grunde halte ich die niedrigere Bebauung mit fünf Geschossen an dieser Position für weniger geeignet, da diese nur innerhalb der Wohngebiete vorkommen.

Variante 2:

Als zweiten präferierten Entwurf für die Potentialfläche halte ich ein neugeschossiges Scheibenhochhaus an derselben Position wie in Variante 1 für geeignet. Die Herleitung ist ähnlich wie beim achtgeschossigen Scheibenhochhaus, zusätzlich rechtfertigt sich dieser Bebauungsvorschlag durch die vergleichbare bauliche Situation im nördlichen Teil des Wohnkomplexes. Dort findet sich ein neugeschossiges Hochhaus hinter dem Verwaltungskomplex. Sowohl die Potentialfläche I als auch die vergleichbare Situation markieren beide den Anfang der Wohngebiete hinter funktionsunterlegten Gebäuden. Der neugeschossige Baukörper würde durch sein erneutes Vorkommen als eine eigene, sich wiederholende Struktur des Gebiets zur Geltung kommen. Auch wenn ich andere Positionen für die Potentialfläche I für denkbar halte, ist meines Erachtens die Position 5 als Lösung zu bevorzugen. Die Positionierung eines Hochhaus an der Potentialfläche I ist meiner Meinung nach denkbar, allerdings bedarf dieser Bebauungsvorschlag weiterer Untersuchungen bezüglich der Form, der Höhe sowie auch der genauen Positionierung.



## Potentialfläche II:

Potentialfläche	
Wohnfunktion	
alter Bauabschnitt KMA	

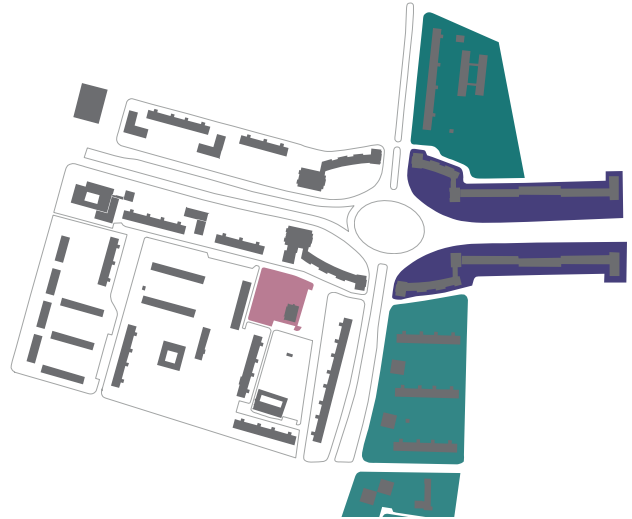
### Beschreibung der Potentialfläche II:

Die Potentialfläche II liegt im südlichen Teil des Wohngebiets direkt hinter dem Straußberger Platz. Auf ihr befindet sich ein weiträumiger Parkplatz sowie ein eingeschossiger Pavillonbau.

Nördlich grenzt sie an die Rundbebauung des Straußberger Platz an; im Osten liegt ein langgezogener zehngeschossiger Scheibenbau der Randzonen. Die Potentialfläche wird auf ihrer östlichen Seite durch ein achtgeschossiges Wohngebäude gefasst; nach Süden öffnet sich die Fläche zu einem Spiel- und Sportplatz hin. Die umliegenden hochgeschossigen Gebäude bilden eine hofähnliche Situation um die Potentialfläche herum.

Innerhalb des Wohngebiets zeigt sich das nähere städtebauliche Umfeld der Potentialfläche überwiegend als typischer Wohnraum. Nahe der Potentialfläche sind viele fünfgeschossige Zeilenbauten, Gemeinschaftsflächen oder eine Kindertagesstätte zu finden.

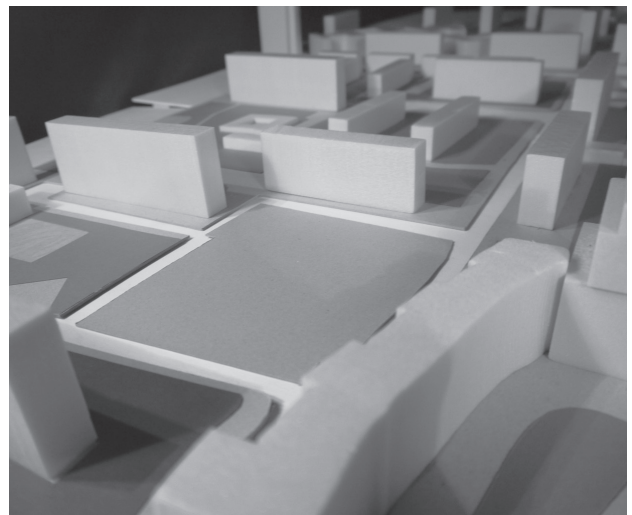
Das städtebauliche Umfeld außerhalb des Wohnkomplexes dient überwiegend der Wohnfunktion. Von der Potentialfläche aus ist allerdings weder die städtebauliche Nachbarschaft noch die vielbefahrende Lichtenberger Straße wahrzunehmen, da diese durch die hohe Bebauung der Randzonen abgetrennt werden.

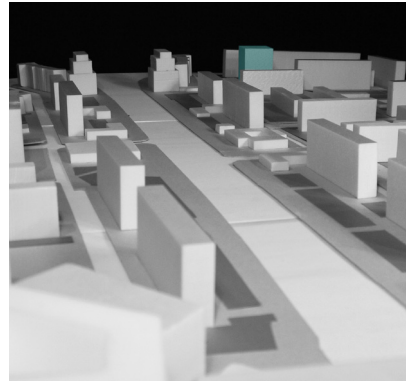
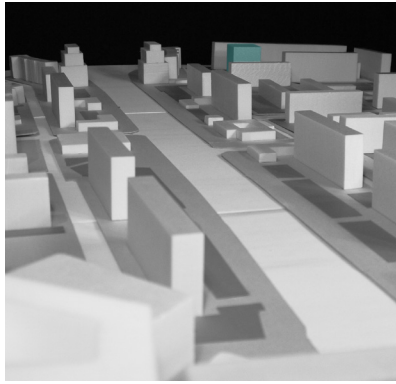
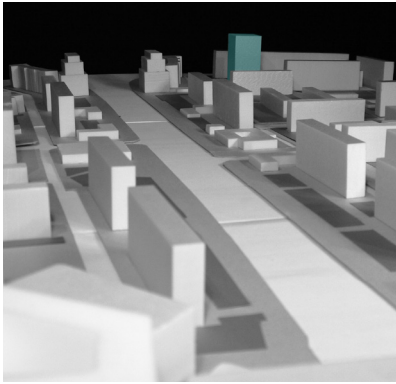


### Rückschlüsse:

Die Potentialfläche weist ähnliche Charakteristika zu den aus der städtebaulichen Analyse hervorgegangenen Wohnraumtypologie auf. Sie liegt innerhalb von hochgeschossigen Zeilenbauten, die eine hofähnliche Situation um die Fläche bilden. Die Potentialfläche II steht nicht im direkten Bezug zu dem städtebaulichen Umfeld außerhalb des Wohnkomplexes.

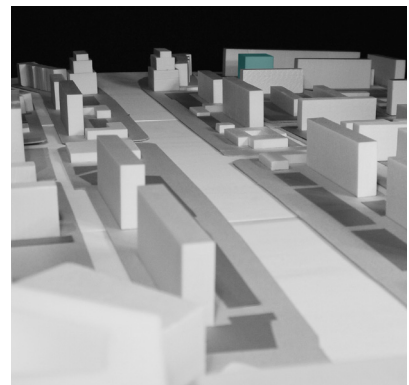
Die Atmosphäre wirkt ruhig und wird durch den Grünraum bestimmt; der öffentliche Raum wirkt auf den Betrachter als halbprivate Zone.





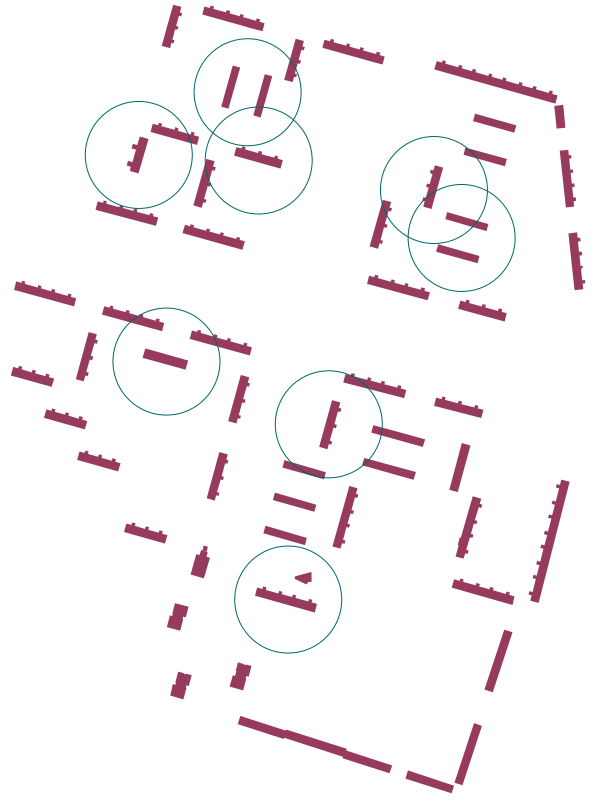
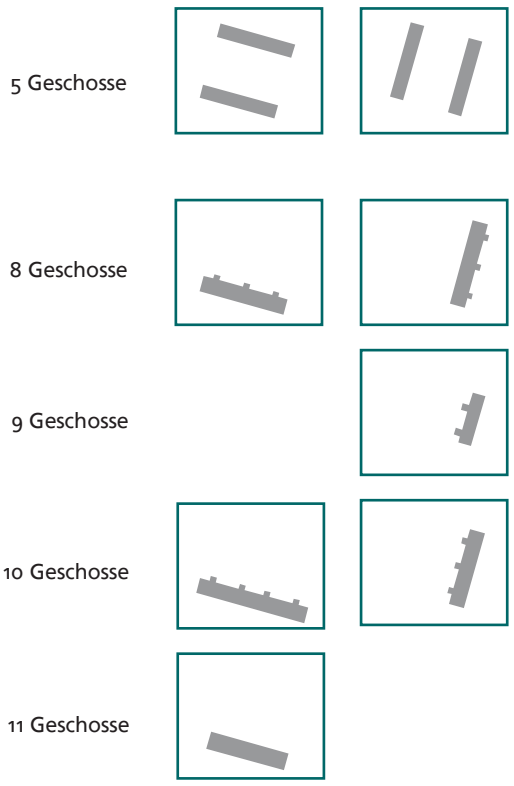
### Höhenstudie:

Aus den Rückschlüssen lassen sich keine Anhaltspunkte für die Einführung eines Punkthochhauses herleiten. Aus diesen Gründen habe ich eine Höhenstudie durchgeführt. Dabei habe ich gleichförmige Kuben, die die Höhen von 18, 13, 11 und 10 Geschossen wiedergeben, in die Potentialfläche eingesetzt. Anschließend habe ich die einzelnen Höhenvarianten aus unterschiedlichen Perspektiven am Modell betrachtet, um zu bewerten, wie diese sich in das Gesamtgebiet einfügen. Ich bin zum Ergebnis gekommen, dass die neue Bebauung nicht mehr als 11 Geschosse haben darf. Die Hochhäuser am Straußberger Platz mit jeweils 13 Geschossen sind wichtige städtebauliche Höhendominanten für beide Teilabschnitte der Karl-Marx-Allee. Eine weitere städtebauliche Höhendominante in direkter Nähe würde den Hochhäusern ihre Strahlungswirkung entziehen. In der weiteren Studie sollen daher nur noch Bebauungsvarianten mit bis zu 11 Geschossen diskutiert werden.

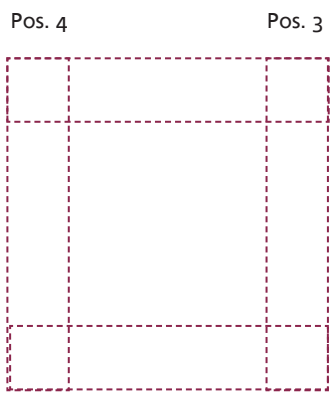


### Position:

Um mögliche Positionen für die Bebauung zu finden, habe ich mir die aus der städtebaulichen Analyse hervorgegangenen Wohngebiete näher angesehen. Ich habe versucht, aus den anderen Wohngebieten ergänzende Baustrukturen abzuleiten und diese auf die Potentialfläche zu übertragen. Für die Potentialfläche ergeben sich so 4 Positionen, die allerdings nicht für alle möglichen Gebäudetypen in Frage kommen. Die einzelnen Positionen korrespondieren mit der Höhe der Gebäude. Die unterschiedlichen Positionen habe ich für die Bewertung in einem Raster zusammengefügt.



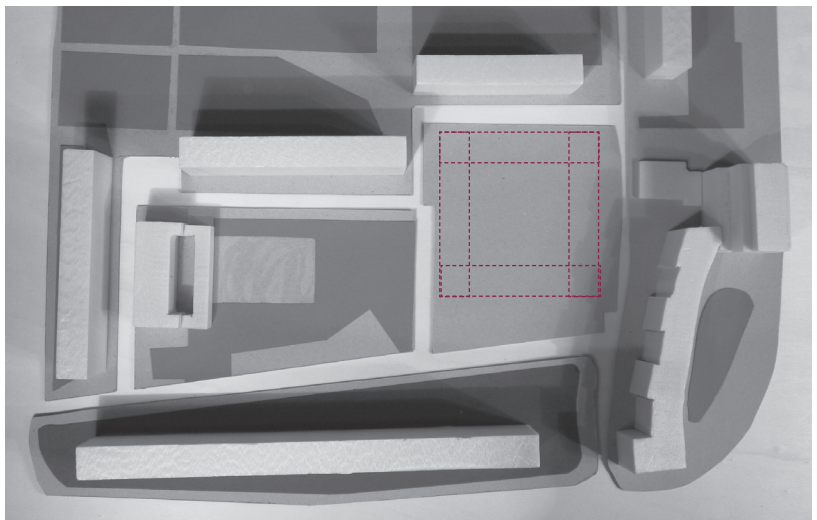
**Positionen**

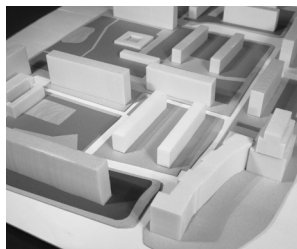
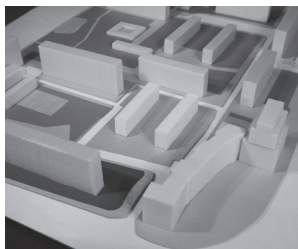
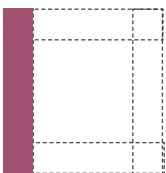
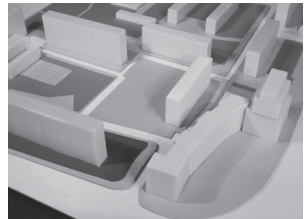
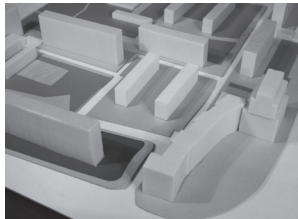
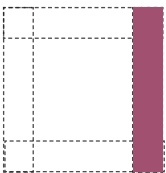
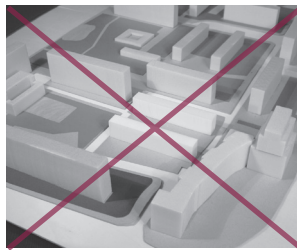
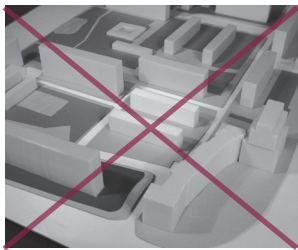
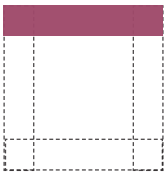
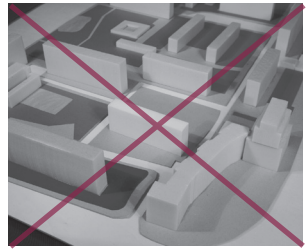
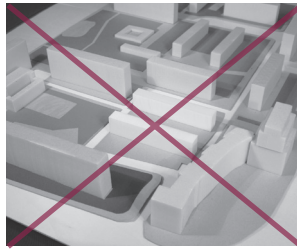
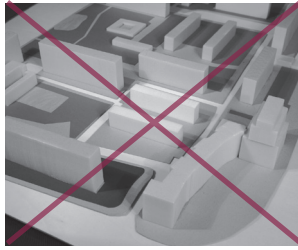
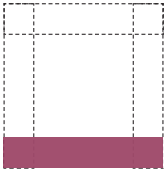
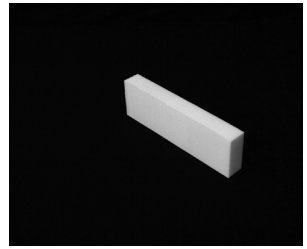
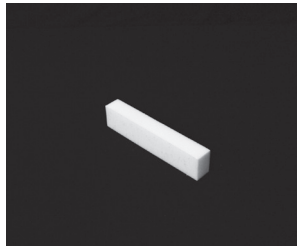
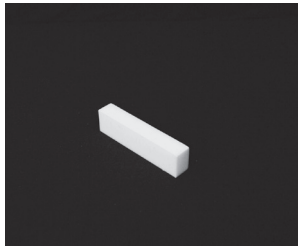
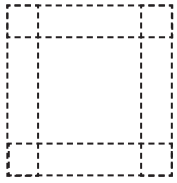


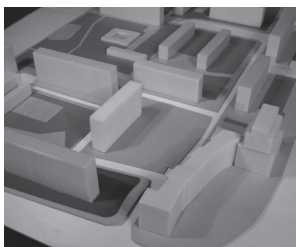
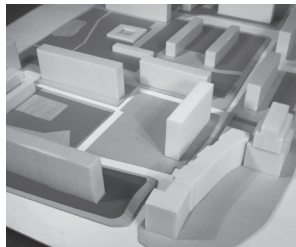
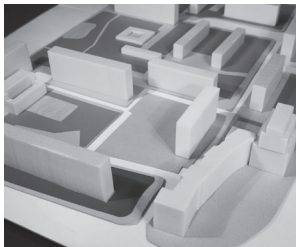
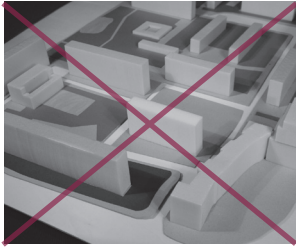
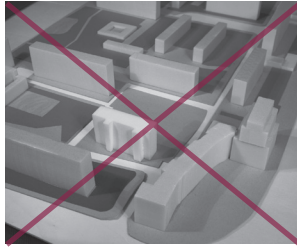
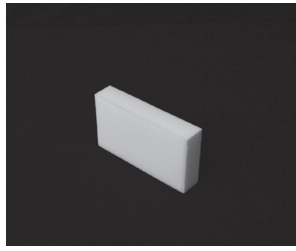
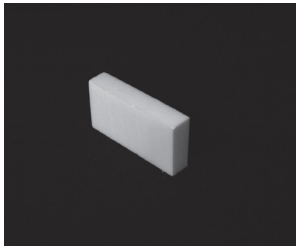
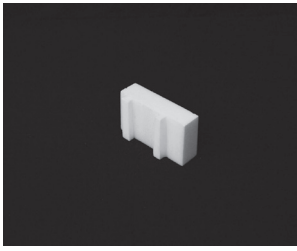
Pos. 4                      Pos. 3

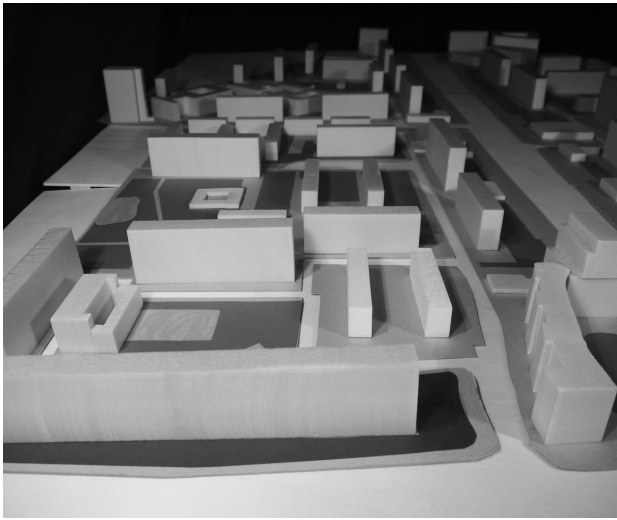
Pos. 2

Pos. 1



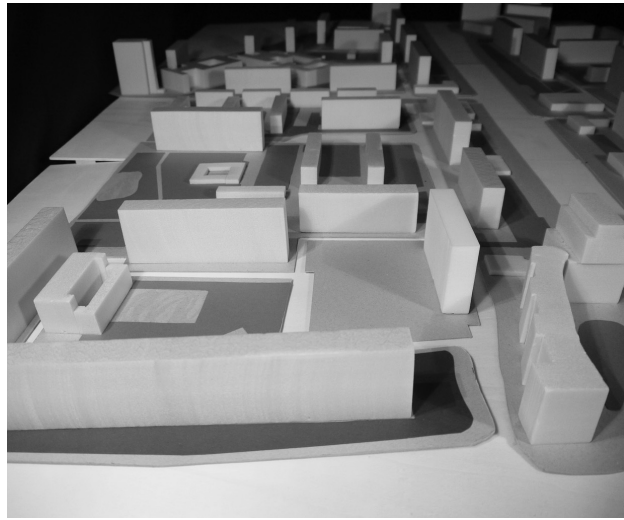






Variante 1:

Die Bebauungsvariante mit zwei horizontal ausgerichteten fünfgeschossigen Zeilenbauten fügt sich meiner Meinung nach am besten in die umliegende Bebauung ein. Im gesamten Wohnkomplex finden sich ähnliche Räume, bei welchen niedrigere Zeilenbauten innerhalb von hofähnlichen Situationen vorkommen. Für die Potentialfläche II ist generell die horizontale Ausrichtung der Neubauten einer vertikalen Ausrichtung vorzuziehen. Im gesamten Wohngebiet ist zu beobachten, dass die hohen Gebäude durch ihre orthogonale Ausrichtung meist geschlossene Räume bilden. Ein vertikal ausgerichtetes Gebäude würde dieses Strukturmerkmal nicht erfüllen.



Variante 2:

Der Bebauungsvorschlag mit einem horizontal ausgerichteten elfgeschossigen Scheibenbau fügt sich meiner Meinung nach ebenfalls gut in die umliegende Bebauung ein. Der Neubau schließt die hofähnliche Situation um die Potentialfläche ab. Der elfgeschossige Scheibenbau kommt zwar nur einmal in dieser Form im gesamten Gebiet vor, allerdings weist genau diese Position Ähnlichkeiten zur Potentialfläche II auf. Nahe der Potentialfläche I im südlichen Teil des Wohngebiets befindet sich der andere elfgeschossige Scheibenbau. Er ist parallel zu den Häusern der Karl-Marx-Allee positioniert und bietet Sichtschutz zu dem hinterliegenden Baustrukturen. Die Doppelung von Baukörpern entspricht den übergeordneten Strukturmerkmalen des 2. Bauschnitts der Karl-Marx-Allee. Die Höhensetzung von 11 Stockwerken respektiert die Hochhäuser des Strausberger Platzes als Höhendominante.



## Fazit

Das Ziel meiner Arbeit, Entwurfsvarianten zu finden, die die bestehende Struktur des 2. Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee erhalten und diese weiterführen, hat dazu geführt, dass ich mich überwiegend mit den städtebaulichen Parametern des Gebiets beschäftigt habe. Aus diesen Gründen habe ich in der Analyse keine Faktoren wie bspw. Wohnungsauslastungen, Mietpreise oder Einwohnerdichte hinzugezogen, die sicherlich für eine allgemeine Analyse des Gebiets notwendig wären, für meine Arbeit allerdings eher hintergründig waren. Eine weniger städtebauliche Zielsetzung hätte das Gebiet gewiss unter anderen Schwerpunkten betrachtet.

Die umfangreiche Dokumentation der Entstehungsgeschichte hat mir geholfen, die Intentionen des ursprünglichen Entwurfs herauszuarbeiten und so die heutige Gestalt des Gebiets besser verstehen zu können. Ich denke, dass der 2. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee ein baulich qualitativ wertvolles Wohngebiet ist, das in das heutige Stadtbild integriert werden kann. Ebenso habe ich den zweiten Bauabschnitt als strukturell funktionierendes Gebiet wahrgenommen, was sich letztlich auch durch Gespräche mit den Bewohnern sowie den Experten bestätigt hat.

Die Kontroverse um das „Planwerk Innenstadt“ hatte eine grundsätzliche Diskussion über den Erhalt oder den „Nicht-Erhalt“ des Gebiets ausgelöst. Glücklicherweise beruht der heutige Planungsstand auf einem allgemeinen Konsens der Erhaltung der Stadtstruktur. Auf Grund der Diskussionen der letzten Jahre habe ich die Zielsetzung der städtebaulichen Analyse sowie der Modellstudie auf den Erhalt des Gebiets gelegt.

Die Entwürfe aus der Modellstudie zeigen Bebauungsvorschläge, die ich aus der Struktur des Gebiets abgeleitet habe. Die näher vorgestellten Bebauungsvarianten sind meines Erachtens die Lösungsvorschläge, die am besten für die Potentialflächen geeignet sind. Die städtebauliche

Analyse empfinde ich als eine geeignete Methode, um die Struktur eines Gebiets zu erfassen und seine Merkmale herauszustellen. In den zahlreichen Gebietsbegehungen habe ich den zweiten Bauabschnitt auf mich wirken lassen und versucht, Strukturmerkmale möglichst objektiv, wie beispielsweise durch ihre quantitative Erscheinung, herzuleiten. Dennoch ist zu beachten, dass ich mich als Verfasser der Arbeit nicht frei von meiner subjektiven Wahrnehmung des Gebiets machen konnte, da ich selbst entschieden habe, welche Strukturmerkmale wichtig und in meine Arbeit aufzunehmen waren.

Die Raster für die Positionierung der Bebauungen beruhen auf den Rückschlüssen der städtebaulichen Analyse sowie der näheren Betrachtung der einzelnen Potentialflächen. Sie begründen einerseits die Positionen der Neubauten, andererseits haben sie mich auch in meiner Gestaltungsfreiheit eingeschränkt. Ich habe keine Entwürfe ausgetestet, die aus den Rastern fallen.

Die Modellstudie hat mir ermöglicht, die einzelnen Bebauungsvorschläge anhand ihres baulichen Umfelds zu bewerten. Alle Entwürfe, die ich in die Raster eingesetzt habe, entsprechen den allgemeinen Strukturmerkmalen des Gebiets und reagieren auf ihr städtebauliches Umfeld. Bei der praktischen Umsetzung habe ich allerdings festgestellt, dass sich viele Entwurfsvarianten – trotz ihrer Herleitung – nicht als geeignet für die jeweiligen Potentialflächen erweisen. Trotz meiner Bemühungen, diese Entscheidungen durch bspw. die erarbeiteten Typologien zu rechtfertigen, ist auch hier oft meine subjektive Wahrnehmung des Gebiets letztlich ausschlaggebend für die Bewertung gewesen. Die Raster alleine waren nicht ausreichend, um die Lösungsvorschläge herauszustellen, die sich bestmöglich in ihr städtebauliches Umfeld einfügen. Ich habe die Raster vielmehr als Vorstufe der Bewertung wahrgenommen.

Städtebauliche Analyse und Modellstudie



beurteile ich als hilfreiche, sehr praxisorientierte Methoden zur Entwurfsfindung; allerdings ist zu berücksichtigen, dass sie immer in Abhängigkeit zu ihrem Verfasser und seiner Zielsetzung stehen. Eine andere Zielsetzung für die städtebauliche Analyse sowie für die Modellstudie - wie beispielsweise die größtmögliche Verdichtung des Gebiets oder die optimale Anpassung des Wohnkomplexes an seine nahen, umliegenden Stadtstrukturen - wäre mit beiden Methoden sicherlich gut zu bearbeiten, hätten jedoch bestimmt zu anderen Ergebnissen geführt.

Mein Ziel der Arbeit, die Struktur des Gebiets zu erhalten, konnte ich gut mit den angewandten Methoden bearbeiten. Erhalten heißt nicht stagnieren, eine behutsame Weiterentwicklung für das Gebiet ist wünschenswert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jegliche Nachverdichtungsmaßnahmen den Freiraum im Gebiet als Teil der Stadtstruktur respektieren müssen. Parallel zu den Neubauprojekten wäre die Aufwertung von einzelnen Grünflächen bzw. Gemeinschaftsflächen empfehlenswert, die zum Teil in eher schlechtem Zustand sind.

Die Potentialflächen sind kleinere Flächen, sodass die Studie sich auf die Form und Position von einzelnen Gebäuden bezieht, wie schon die Wahl des Maßstabs für beim Modellbau gezeigt hat. Das einzelne Gebäude selbst - strukturell oder architektonisch - rückt in den Mittelpunkt des Interesses. Die Ergebnisse der Studie zeigen meist Scheibenbauten für die Potentialflächen. Die Qualität des Entwurfs liegt dabei bei der Anpassung der Gebäude an ihr Umfeld und nicht bei außergewöhnlichen Sonderformen. Die Gebäude sollen eine zeitgemäße Architektur hervorbringen, die im Sinne des Städtebau der 50er und 60er Jahre weiterbaut.

Ich denke, dass meine Studie ein Beitrag zum Erhalt des Gebietes ist.

Während im Hansaviertel jegliche bauliche En-

twicklungen durch den Denkmalschutz geregelt sind, versucht meine Arbeit, durch die intensive Auseinandersetzung mit dem Städtebau strukturenerhaltende Bebauungen zu finden. Der Vorteil der Entwurfsstudie liegt gegenüber anderen Instrumenten wie dem Denkmalschutz oder der Erhaltungsverordnung bei der städtebaulichen Auseinandersetzung mit konkreten Flächen. Die Ergebnisse der Modellstudie haben gezeigt, dass jede Potentialfläche auf Grund ihrer Eigenart einer anderen Herangehensweise bedurfte. In der tabellarischen Auswertung kann dies sofort auf einen Blick abgelesen werden: während bei der Potentialfläche I eine Vielzahl von Bebauungsvarianten getestet wurden, kamen bei der Potentialfläche II nur weniger Varianten in Frage. Die Modellstudie reagiert so auf konkrete örtliche Parameter, was durch übergeordnete Kriterien für eine Weiterentwicklung eines Gebiets - wie bspw. in der Erhaltungsverordnung - eher schwierig wird.

Für Nachverdichtungsmaßnahmen weiterer Flächen innerhalb des Wohngebiets können die Rückschlüsse aus der städtebaulichen Analyse hinzugezogen werden.

Im nächsten Schritt gilt es, die vorgeschlagenen Bebauungen im architektonischen Maßstab weiter zu diskutieren. Die konkreten Bauformen sowie Fassadengestaltungen prägen die Identität des Gebiets ebenso wie seine Stadtstruktur. Es müssen geeignete Architekturen sowie Gestaltungskriterien für diese gefunden werden.





Abb. 46

## Endnoten

1. vgl. Knoll & Hechinger 2006, S.10
2. Sieverts & Irion 1991, S.14
3. Ausstellung Cafe Sybille, 2012
4. Tescheschner 2005, S. 63
5. besser schneller billiger bauen
6. Nicolaus & Obeth 1997, S. 274
7. Tescheschner 2005, S. 48
8. Pistorius 2005, S. 29
9. Pistorius 1987, S 3
10. Nicolaus & Obeth 1997, S. 275
11. Pistorius 2005, S. 37
12. Nicolaus & Obeth 1997, S. 275
13. Nicolaus & Obeth 1997, S. 274
14. Tescheschner 2005, S. 66
15. Leinauer 2005, S. 75
16. Leinauer 2005, S. 91
17. Leinauer 2005, S. 85
18. Kil 2005, S. 182
19. Architektenkammer Berlin (Hrsg.) 1997, S.15
20. Stadtverwaltung für Inneres (Hrsg.) 1999, S. 3
21. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) 1999, S. 130
22. Architektenkammer Berlin (Hrsg.) 1997, S.12
23. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) 1999, S. 168
24. Architektenkammer Berlin (Hrsg.) 1997, S.5.
25. Stadtverwaltung für Inneres (Hrsg.) 1999, S. 4
26. Architekturbüro Meyer Bach Herbstreit Sommerer (Hrsg.) 1996, S. 55
27. Architekturbüro Meyer Bach Herbstreit Sommerer (Hrsg.) 1996, S. 5
28. Bezirk Mitte (Hrsg.) 2011, s. 2
29. Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) 2011, S. 6
30. Erhaltungsverordnung 2000, S. 3 wörtliches Zitat
31. Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) 2011, S 22
32. vgl. Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004)

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: „Kollektivplan“ zum Neuaufbau Berlins, 1946; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 37.

Abb. 2: Kein Titel; Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004): Ostmoderne – Architektur in Berlin 1945-1965, Jovis Verlag, Berlin 2004, S. 20.

Abb. 3: Egon Hartmann, 1. Preis im Wettbewerb, Schaubild von Nordosten; Peters, Paulhans (2002): Eine Zukunft für die Karl-Marx-Allee, Dölling und Galitz Verlag, Hamburg 2002, S. 27.

Abb. 4: Blick entlang der Stalinallee; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 232.

Abb. 5: Hannover-Varenheide; Bundesministerium für Verkehr und Städtebau (2012), Internet: [http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebauforderung/SozialeStadt/soziale-stadt\\_node](http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebauforderung/SozialeStadt/soziale-stadt_node), Stand: 2012, Abfrage: 16.04.2012.

Abb. 6: Blick vom Fernsehturm auf die Karl-Marx-Allee, Anfang 1970; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 285.

Abb. 7: Hansaviertel – Luftbildaufnahme von 1962; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012), [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/includes/fenster.php?bild=/pix/home/denkmal\\_und\\_historie/hansaviertel1962\\_lda\\_800.jpg&titel=Hansaviertel+-+Luftbildaufnahme+von+1962%2C+Copyright%3A+Landesdenkmalamt+Berlin](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/includes/fenster.php?bild=/pix/home/denkmal_und_historie/hansaviertel1962_lda_800.jpg&titel=Hansaviertel+-+Luftbildaufnahme+von+1962%2C+Copyright%3A+Landesdenkmalamt+Berlin), Stand 2012, Abfrage 10.04.2012

Abb. 8 : Planskizze zur Flächennutzung des Zentrums von März 1953; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 46.

Abb. 9: Magnitogorsk, Plan des 1. Wohnkomplexes, Gruppe Ernst May, 1932, Pistorius, Elke (1987): Ernst May in der Sowjetunion 1930-1934 und die Entwicklung seiner städtebaulichen Anschauungen, Internet: [e-pub.uni-weimar.de/opus4/files/1023/Elke\\_Pistorius.pdf](http://e-pub.uni-weimar.de/opus4/files/1023/Elke_Pistorius.pdf), Stand: 2011, Abfrage: 13.04.2012, S. 3.

Abb. 10: Lageplan des Wohnkomplexes Friedrichshain zwischen Strausberger Platz und Ostbahnhof; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 54.

Abb. 11: Wohnkomplex Berlin-Friedrichshain. Blick von Südwesten auf den Strausberger Platz; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 55.

Abb. 12: Strukturschemen „Sozialistischer Wohnkomplex“; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 23.

Abb. 13: Strukturschemen „Sozialistischer Wohnkomplex“; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 23.

Abb. 14: Entwurf Hermann Henselmann von 1957; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

und Umwelt (2012), Internet: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/pix/innenstadt/planwerkstaetten/karl\\_marx\\_allee/entwicklung/040803bg.gif](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/pix/innenstadt/planwerkstaetten/karl_marx_allee/entwicklung/040803bg.gif), Stand: nicht bekannt; Abfrage: 15.04.2012.

Abb. 15: Hermann Henselmann, Perspektivzeichnung zur Fortsetzung der Stalinallee, 1958; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 276.

Abb 16: Überarbeiteter Planungsstand der Entwürfe von Colleïn und Dutschke; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012), Internet: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk\\_innenstadt/planwerkstaetten/karl\\_marx\\_allee/entwicklung3.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk_innenstadt/planwerkstaetten/karl_marx_allee/entwicklung3.shtml), Stand: nicht bekannt; Abfrage: 15.04.2012.

Abb. 17-20: Wettbewerbsentwürfe 1958; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (Hrsg.) (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 24.

Abb. 21: unbekannte Quelle

Abb. 22: Modell des bestätigten Ausführungsentwurfes Werner Dutschke, Josef Kaiser, Edmund Colleïn für das Wohngebiet Karl-Marx-Allee; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 67.

Abb. 23 : Bebauungsentwurf Kollektiv Colleïn/ Dutschke – realisierte Bebauungen; Erhaltungsverordnung für das Gebiet Karl-Marx-Allee Nord/ Süd im Bezirk Mitte gemäß § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB, i. d. F. von 2000, Anhang Plan Nr. 1.

Abb. 24: Baustelle Stalinallee, September 1960; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 279.

Abb. 25 : Außenwandplatten der acht- und zehngeschossigen Wohnblöcke, Aufnahme um 1961; Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004): Ostmoderne – Architektur in Berlin 1945-1965, Jovis Verlag, Berlin 2004, S. 116.

Abb. 26: Blick vom Wohnhochhaus über die Schillingstraße nach Norden, 1966 oder 1967; Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004): Ostmoderne – Architektur in Berlin 1945-1965, Jovis Verlag, Berlin 2004, S. 59.

Abb. 27: Blick über die Allee von Osten, vom Straußbergerplatz, um 1965; Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004): Ostmoderne – Architektur in Berlin 1945-1965, Jovis Verlag, Berlin 2004, S. 58.

Abb. 28: Kein Titel; Erhaltungsverordnung für das Gebiet Karl-Marx-Allee Nord/Süd im Bezirk Mitte gemäß § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB, i. d. F. von 2000, Anhang Plan Nr. 2.

Abb. 29: Berlin, Haus des Lehrers und Kongresshalle (Hermann Henselmann u.a. 1961-1964); von Buttler, Adrian/ Heuter Christoph (2007): denkmal!moderne – Architektur der 60er Jahre – Wiederentdeckung einer Epoche, Jovis Verlag, Berlin 2007, S. 21.

Abb. 30: Planwerk Innenstadt 1999; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (1999), Internet: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk\\_innenstadt/](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk_innenstadt/), Stand: 1999, Abfrage: 10.4.2012.

Abb. 31.: Wandel der Stadtstruktur; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1999): Planwerk Innenstadt Berlin – Ergebnis, Prozeß, Sektorale Planungen und Werkstätten, Kulturbuch Verlag, Berlin 1999, S. 164.

Abb.31: Entwicklung der Bebauungsstruktur Phase 1 – Lageplan; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 67.

Abb. 32: Entwicklung der Bebauungsstruktur Phase 2 – Lageplan; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 69.

Abb. 33: Entwicklung der Bebauungsstruktur Phase 3 – Lageplan; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 71.

Abb. 34: Entwicklung der Bebauungsstruktur Phase 4: Lageplan; Architekturbüro Meyer Bach Herbestreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin, S. 73.

Abb. 36: Planwerk Innenstadt Berlin; Architektenkammer Berlin (Hrsg.) (1997): Planwerk Innenstadt Berlin – Eine Provokation, 2. Aufl., Kupijai & Prochnow, Berlin 1997, S. 5.

Abb. 37: Lageplan Planungsstand 7.10.1998; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1999): Planwerk Innenstadt Berlin – Ergebnis, Prozeß, Sektorale Planungen und Werkstätten, Kulturbuch Verlag,

Berlin 1999, S. 169.

Abb. 38: Lageplan Planungsbestand November 24.11.1998; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1999): Planwerk Innenstadt Berlin – Ergebnis, Prozeß, Sektorale Planungen und Werkstätten, Kulturbuch Verlag, Berlin 1999, S. 169.

Abb. 39: Gebietsausschnitt auf Grundlage des beschlossenen Leitbildes vom 18.5.1999; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1999): Planwerk Innenstadt Berlin – Ergebnis, Prozeß, Sektorale Planungen und Werkstätten, Kulturbuch Verlag, Berlin 1999, S. 174.

Abb. 40: Denkmalschutz; Erhaltungsverordnung für das Gebiet Karl-Marx-Allee Nord/Süd im Bezirk Mitte gemäß § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB, i. d. F. von 2000, Anhang Nr.4.

Abb. 41: kein Titel; Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) (2011): Dokumentation des städtebaulichen Workshopverfahren 2011, Berlin 2011, S. 16.

Abb. 42: kein Titel; Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) (2011): Dokumentation des städtebaulichen Workshopverfahren 2011, Berlin 2011, S. 19.

Abb. 43: Der Konsensplan; Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) (2011): Dokumentation des städtebaulichen Workshopverfahren 2011, Berlin 2011, Anhang Nr. 1

Abb. 44: Vorentwurf für den Bebauungsplan 1-83, 1-83; Bezirk Mitte Berlin (2011) Internet: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/plang/bauleitplanung/oeffentlichkeitsbeteiligung/karl-marx-allee/bebauungsplan-vorentwurf\\_1\\_62\\_1\\_83.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/plang/bauleitplanung/oeffentlichkeitsbeteiligung/karl-marx-allee/bebauungsplan-vorentwurf_1_62_1_83.pdf), Stand 2011, Abfrage:

10.4.2012.

Abb.45: GoogleEarth (Hrsg.) (2012): Internet: [http://maps.google.de/maps?hl=de&bav=on.2,or.r\\_gc.r\\_pw.r\\_qf.,cf.osb&q=berlin+karl+marx+allee&um=1&ie=UTF-8&hq=&hnear=ox47a84e1540e0896d:ox5c322ac9e6a1f7bf,Karl-Marx+Allee,+Berlin&gl=de&ei=r-CVT5C-N8Wd-wb89-mCDg&sa=X&oi=geocode\\_result&ct=image&resnum=2&ved=oCD0Q8gEwAQ](http://maps.google.de/maps?hl=de&bav=on.2,or.r_gc.r_pw.r_qf.,cf.osb&q=berlin+karl+marx+allee&um=1&ie=UTF-8&hq=&hnear=ox47a84e1540e0896d:ox5c322ac9e6a1f7bf,Karl-Marx+Allee,+Berlin&gl=de&ei=r-CVT5C-N8Wd-wb89-mCDg&sa=X&oi=geocode_result&ct=image&resnum=2&ved=oCD0Q8gEwAQ), Stand 2012, Abfrage: 6.04.2012

Abb. 46 : Modell für den Alexanderplatz; der Tagesspiegel (Hrsg.): Internet: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/alexanderplatz-die-riesenkommen-kleckerweise/1308972.html>, Stand: 2008, Abfrage 3.04.2012.

Abb. 47 : Hermann Henselmann, „Haus des Lehrers“ und Kongreßhalle am Alexanderplatz, 1964; Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997, S. 281.

## Quellen

- Architektenkammer Berlin (Hrsg.) (1997): Planwerk Innenstadt Berlin – Eine Provokation, 2. Aufl., Kupijai & Prochnow, Berlin 1997.
- Architekturbüro Meyer Bach Herbstreit Sommerer (1996): Wohngebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt – Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung, Berlin 1996.
- Bezirksamt Mitte von Berlin (Hrsg.) (2011): Begründung zum Entwurf des bebauungsplans 1-60. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB. Stadt Berlin 2011.
- Braum, Michael/ Welzbacher, Christian (2009): Nachkriegsmoderne in Deutschland: Eine Epoche weiterdenken, Birkhäuser, Basel 2009.
- Butter, Andreas/ Hartung, Ulrich (2004): Ostmoderne – Architektur in Berlin 1945-1965, Jovis Verlag, Berlin 2004.
- Büro Stadt Land Fluss (Hrsg.) (2011): Dokumentation des städtebaulichen Workshopverfahren zum zweiten Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee. 2011.
- Durth, Werner (1997): Stadtlandschaften der Moderne, in: Stimmann, Hans (Hrsg.): Von der Architektur zur Stadtdebatte – Die Diskussion um das Planwerk Innenstadt, Verlagshaus Braun, Berlin 2001, S. 95-109.
- Erhaltungsverordnung für das Gebiet Karl-Marx-Allee Nord/Süd im Bezirk Mitte gemäß § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB, i. d. F. von 2000
- Hechinger, Martin/ Knoll, Wolfgang (2006): Architektur-Modelle – Anregungen zu ihrem Bau, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006.
- Irion, Ilse/ Sieverts, Thomas (1991): Neue Städte – Experimentierfelder der Moderne, Deutsche-Verlags-Anstalt, Stuttgart 1991.
- Kil, Wolfgang (2005): Demonstrationen und Feiern in der Karl-Marx-Allee, in: Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 179-187.
- Leinauer, Irma (1998): Der II. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee in Berlin. Ein ungeliebtes Zeugnis der städtebaulichen DDR-Moderne, in: Barth, Holger (Hrsg.): Projekt sozialistische Stadt – Beiträge zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, Dietrich Reimer Verlag, Berlin 1998, S. 161-169.
- Nicolaus, Herbert/ Obeth, Alexander (1997): Die Stalinallee – Geschichte einer deutschen Straße, Verlag für Bauwesen, Berlin 1997.
- Pistorius, Elke (1987): Ernst May in der Sowjetunion 1930-1934 und die Entwicklung seiner städtebaulichen Anschauungen, Internet: e-pub.uni-weimar.de/opus4/files/1023/Elke\_Pistorius.pdf, Abfrage: 13.04.2012.
- Pistorius, Elke (2005): Sowjetische Vorbilder im Städtebau?, in: Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 25-39.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hrsg.) (1999): Planwerk Innenstadt Berlin – Ergebnis, Prozeß, Sektorale Planungen und Werkstätten, Kulturbuch Verlag, Berlin 1999.
- Stadtverwaltung für Inneres (Hrsg.): Amtsblatt für Berlin 49. Jahrgang Nr. 41 vom 13. August 1999



Tscheschner, Dorothea (2005): Neue Bilder für Berlin – Neue Bilder von Henselmann, in: Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Die Karl-Marx-Allee – zwischen Strausberger Platz und Alex, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, S. 41-71.

Union Sozialer Einrichtungen GmbH (Hrsg.) (2012): Ausstellung „Stalinallee“ im Cafe Sybille, Berlin. Besucht am 27.1.2012